

E. a) Themen global, die uns auch bewegen	Seiten E 1– E 27
--	-------------------------

- 01)** Fragile Feuerpause. Die Waffenruhe zwischen Israel und der Hisbollah gibt Hoffnung auf Frieden im Libanon – doch ihre Einhaltung erfordert internationale Unterstützung.
Von Merin Abbass
- 02)** Gefangen in der Eskalationsspirale. Abschreckung soll den Gegner zu Zurückhaltung bewegen – kann aber als Aggression wahrgenommen werden. Gibt es einen Ausweg aus dem Dilemma?
Von Johann Ivanov
- 03)** Fest anschnallen. Trumps Nahost-Politik ist unberechenbar und voller Widersprüche. Könnte ausgerechnet sein unkonventioneller Ansatz zu Frieden führen?
Von Clemens Starke & Marcus Schneider
- 04)** „Viele Länder im Globalen Süden sind bitter enttäuscht“. Verhärtete Fronten: Yvonne Blos aus Baku über die Klimakonferenz in einem Petrostaat und den Streit über die Klimafinanzierung. Interview.
Die Fragen stellte Alexander Isele
- 05)** Die zersetzende Kraft der Inflation. Kriege, Klimawandel, Pandemie: Krisen sind die neue Normalität und heizen die Preise an. Wo bleibt der wirtschaftliche Katastrophenschutz?
Von Isabella M. Weber
- 06)** Bereit für Deals. Asien sieht Trumps Rückkehr ins Weiße Haus deutlich gelassener als Europa. Selbst Peking wittert Chancen.
Von Marc Saxer & Mirco Günther
- 07)** Suche nach dem Rivalen. Die BRICS-Staaten wollen die Dominanz des US-Dollars im Welthandel brechen – doch von ihrem Ziel sind sie noch weit entfernt.
Von Andrés Velasco

E. b) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.	Seiten E 28 - E 34
--	---------------------------

- 01)** Klarer Blick vonnöten. Ohne die USA steht Europa blank da. Deutschland braucht einen Plan, wie Sicherheitspolitik zukünftig aussehen soll – und wie diese bezahlt wird.
Von Sarah Brockmeier-Large
- 02)** Abschied des Hegemons. Kann sich Europa ohne die USA verteidigen? Jammern über Trumps Sieg hilft nicht, jetzt ist Handeln gefragt
Von Simon Weiß

E. c) Europa, Europa und die Welt

Seite E 35

Keine Berichte

E. d) Europäische Union (EU)

Seite E 36

Keine Berichte

E. e) Mitteleuropa

Seite E 37

Keine Berichte

E. f) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 38 – E 87

BR Deutschland (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 38 – E 56)

- 01) KW 48 (25.11. – 01.12.2024) – Da fällt einem nichts mehr ein.
Von Ed Koch
- 02) KW 47 (18. – 24.11.2024) – Straßenkinder. Von Ed Koch
- 03) Augen zu und durch. Von Ed Koch
- 04) KW 46 (11. – 17.11.2024) – Effizienz. Von Ed Koch
- 05) Der Weihnachtsmann ist da! Von Ed Koch
- 06) Vattenfall in Deutschland klar auf Wachstumskurs. Von Ed Koch
- 07) KW 45 (04. – 10.11.2024) - Der Umwelt zuliebe. Von Ed Koch
- 08) Reden Sie mit uns. Von Ed Koch
- 09) So geht's nicht. Von Ed Koch
- 10) Abgebrannt. Von Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 57 – E 82)

- 01) Bloß keine Schokolade. Von Ed Koch
- 02) FUTURE NOW – Central Asia. Zentralasiatischer Musik- und Filmfestival.
Von Ed Koch
- 03) Merkel, who the fuck is Merkel? Von Ed Koch
- 04) Ein Schulbesuch. Von Ed Koch
- 05) Obst und Gemüse. Der Einkauf. Von Ed Koch
- 06) Es grenzt an Betrug. Von Ed Koch
- 07) Das ganz große Besteck. Von Ed Koch
- 08) Langzeitschäden. Von Ed Koch

- 09) Vom Umgang mit dem Gedenken. Gedenktafel für KZ-Außenlager in Lichtenrade eingeweiht. Von Uwe Januszewski
- 10) Berlin freute sich. Von Ed Koch
- 11) Das Ende vom Anfang denken
- 12) Unvergessen: Wolfgang Neuss und Wolfgang Müller. Von Ed Koch
- 13) Future now – Central Asia. Zentralasiatischer Musik- und Filmfestival

Österreich (Seiten E 83 – E 87)

- 01) Österreichs Elefant. Welche Lehren können aus den Wahlen in der Alpenrepublik gezogen werden? Ein Thema steht besonders im Fokus. Von [Eszter Kováts](#)

E. g) Ostmitteleuropa

Seite E 88

Keine Berichte

E. h) Osteuropa

Seiten E 89 – E 104

Ukraine (Seiten E 89 – E 94)

- 01) Pakt für die Ukraine. Im Wahlkampf wird die Unterstützung für Kiew infrage gestellt. Dabei gäbe es einen Weg, diese gegen populistische Angriffe zu verteidigen. Von Karsten Jung
- 02) Kein Grund zur Panik. Trumps Wahl verstärkt die Sorgen in der Ukraine. Es braucht ein realistisches Verständnis der Lage im Land – und einen Waffenstillstand. Von Julija Mendel

Russland (Seiten E 95 – E 104)

- 01) Putins Kurswechsel. Der Kreml antwortet auf westliche Sanktionen mit staatlich gelenkter Kriegswirtschaft – und verschafft sich damit gesellschaftlichen Rückhalt. Von Felix Jaitner
- 02) Was bedeutet Trumps Wahlsieg für Russland? Moskau macht Fortschritte in der Ukraine. Doch eigentlich gibt es im Kreml wenig Grund zum Optimismus. Von Tatiana Stanovaya
- 03) Gebären fürs Vaterland. Der Kreml sucht fieberhaft nach Wegen, die Geburtenrate zu steigern und appelliert an den Nationalstolz junger Frauen. Verfängt die Propaganda? Von Daria Boll-Palievskaya

E. i) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei

Seite E 105

Keine Berichte

E. j) Südosteuropa

Seite E 106

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 107 – E 109

Italien (Seiten E 107 bis E 109)

01) Melonis Maskerade. Im Ausland moderat, zu Hause Hardlinerin: Italiens Regierungschefin treibt gekonnt ihre rechte Agenda voran – ohne die Mehrheit im Land zu verprellen. Von Anna Momigliano

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seite E 110

Keine Berichte



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 27

01) Fragile Feuerpause. Die Waffenruhe zwischen Israel und der Hisbollah gibt Hoffnung auf Frieden im Libanon – doch ihre Einhaltung erfordert internationale Unterstützung

Von Merin Abbass

28.11.2024



Israelische Luftschiage hinterlassen in Beirut eine Schneise der Verwüstung.-picture alliance / Anadolu | Houssam Shbaro

Nach 14 Monaten kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen der israelischen Armee und der Hisbollah konnte endlich eine Waffenruhe erzielt werden. Seit dem Angriff der Hisbollah auf Nordisrael am 8. Oktober 2023 befindet sich die pro-iranische Miliz im Krieg mit Israel. Als Anführer der sogenannten „Achse des Widerstands“ wollte die Hisbollah durch den Raketenbeschuss eine Öffnung der Nordfront erzwingen, um Israel zu einem Waffenstillstand zu drangern und die Hamas vor einem Kollaps zu bewahren – bislang jedoch ohne nennenswerte Erfolge.

Die israelische Armee verfolgt das Ziel, den Norden so zu stabilisieren, dass die rund 60 000 evakuierten Bewohner in ihre Häuser zurückkehren können. Bislang konnte dieses Ziel ebenso wenig erreicht werden wie die vollständige Zerschlagung der Hamas oder die Befreiung der Geiseln im Gazastreifen.

Die Feuerpause ruft bei den Libanesinnen und Libanesen gemischte Gefühle hervor: eine Mischung aus Freude, Erleichterung, Erschöpfung und Skepsis. Freude, weil viele Binnenfluchtlinge endlich aus provisorischen Unterkünften in ihre Dörfer zurückkehren können. Erleichterung, weil viele nicht daran geglaubt hatten, dass die Konfliktparteien tatsächlich eine Einigung erzielen würden. Gleichzeitig herrscht Erschöpfung angesichts des über ein Jahr andauernden Krieges, der seit Oktober 2023 über 1,2 Millionen Menschen zur Flucht aus ihren Häusern, Dörfern und Städten gezwungen hat. Laut dem Arab NGO Network for Development gibt es bisher über 3 768 Tote und mehr als 15 700 Verletzte. Die

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Zahl der Opfer dürfte weiter steigen, da Rettungskräfte viele abgelegene Regionen im Süden des Libanon aufgrund der Zerstörungen noch nicht erreichen konnten und dort weitere Tote unter den Trümmern vermutet werden.

Viele haben allerdings auch berechtigte Skepsis hinsichtlich der praktischen Umsetzung bestimmter Aspekte des Abkommens. Besonders die Regelung zum Recht auf Selbstverteidigung beider Seiten wirft Fragen auf, ebenso wie die Fähigkeit des libanesischen Staates und seiner Armee, den Friedensprozess effektiv zu begleiten. Die politische Krise im Land – vor allem der fehlende Präsident – macht die Übergangsregierung weitgehend handlungsunfähig. Ob sie in der Lage sein wird, den Prozess souverän zu steuern, bleibt abzuwarten.

Die Feuerpause bildet die Grundlage für eine mögliche politische Lösung des Konflikts.

Die Feuerpause bildet die Grundlage für eine mögliche politische Lösung des Konflikts zwischen Israel und dem Libanon beziehungsweise der Hisbollah. Sie eröffnet dem Libanon die Gelegenheit, die Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats von 2006 umzusetzen. Diese sieht unter anderem eine stärkere Rolle der libanesischen Armee sowie den Rückzug der Hisbollah-Kämpfer und anderer bewaffneter Gruppen vor.

Das aktuelle Abkommen verpflichtet die Hisbollah und andere bewaffnete Gruppierungen, sich innerhalb der nächsten 60 Tage 30 Kilometer von der israelisch-libanesischen Grenze hinter den Litani-Fluss zurückzuziehen. Im Gegenzug wird Israel seine Truppen schrittweise aus dem Süden des Libanon abziehen und strategische Stellungen sowie Wachposten an die libanesischen Armee übergeben. Die libanesischen Armee hat bereits damit begonnen, ihre Truppen in den Süden zu verlegen. Im ersten Schritt wurden 5 000 Soldaten stationiert, im nächsten sollen weitere 10 000 folgen. Gemeinsam mit den UNIFIL-Soldaten sollen sie die Grenze zu Israel überwachen, den Waffennachschub der Hisbollah unterbinden und sicherstellen, dass diese keine Gefahr mehr für Israel darstellt. Damit trägt die libanesischen Armee eine zentrale Verantwortung für den Erfolg der Waffenruhe. Die Einhaltung der Waffenruhe wird von einem internationalen Gremium überwacht, das unter der Leitung der USA und Frankreichs steht.

Der von Krisen erschütterte Libanon steht vor gewaltigen Aufgaben. Politisch müssen die demokratischen Institutionen gestärkt werden, allen voran durch die Wahl eines neuen Präsidenten. Sowohl Premierminister Najib Mikati als auch Parlamentspräsident Nabih Berri bezeichneten in ihren Reden zur Waffenruhe am 27. November die Präsidentschaftswahl als oberste Priorität. Auch Hisbollah-Generalsekretär Naim Kasseem forderte in einer Rede die Umsetzung des Taif-Abkommens von 1989, was indirekt ebenfalls die Wahl eines Präsidenten beinhaltet. Dieses politische Momentum muss genutzt werden, denn die Hisbollah wird bemüht sein, innenpolitisch ein neues, kompromissbereiteres Bild abzugeben.

Sozial ist die schnelle Lösung der Binnenflüchtlingskrise entscheidend. Die Rückkehr der Vertriebenen muss organisiert werden, um soziale Unruhen zu vermeiden. Der Umgang mit der schiitischen Bevölkerungsgruppe ist dabei besonders sensibel. Die Hisbollah hat die Feuerpause als eigenen Erfolg dargestellt, als Ergebnis ihres „mutigen Widerstands“ gegen Israel. Trotz enormer materieller und militärischer Verluste kann sie weiterhin mit der starken Unterstützung ihrer Basis rechnen. Um Spannungen zu vermeiden, sollte die Schuldfrage nicht in den Vordergrund rücken. Vielmehr gilt es, das „Wir-Gefühl“ zu stärken und alle gesellschaftlichen Gruppen in den Wiederaufbau einzubinden.

Wirtschaftlich steht der Libanon vor der Mammutaufgabe des Wiederaufbaus.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Wirtschaftlich steht der Libanon vor der Mammutaufgabe des Wiederaufbaus. Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Märkte wurden großflächig zerstört, und die systematische Verbrennung von Agrarflächen und Wäldern durch die israelische Armee hat weite Teile des Landes unbewohnbar gemacht. Laut Berichten libanesischer und arabischer Medien haben die USA ihre Bereitschaft signalisiert, sich am Wiederaufbau zu beteiligen. Es ist essenziell, diesen Prozess schnell und transparent zu gestalten, um Vertrauen zu schaffen.

Militärisch muss die libanesische Armee rasch gestärkt werden, um ihre neuen Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehören die dringend benötigte Unterstützung bei der Ausbildung von Personal und die technische Aufrüstung. Die Armee ist derzeit schwächer als die Hisbollah, die sie kontrollieren soll. Diese strukturellen Defizite müssen behoben werden, um den langfristigen Erfolg der Waffenruhe sicherzustellen.

Es bleibt abzuwarten, wie kompromissbereit die Hisbollah tatsächlich ist. Ihre Haltung könnte entscheidend für das zukünftige politische Klima im Libanon sein. Eine mangelnde Bereitschaft zu Kompromissen birgt das Risiko, Spannungen zwischen den verschiedenen, teils noch bewaffneten, politischen Gruppierungen im Land zu verschärfen – eine reale Gefahr, die viele Libanesen heute fürchten. Die Zeit nach der Waffenruhe wird daher eine politisch äußerst sensible Phase, in der internationale Unterstützung von entscheidender Bedeutung sein wird. Deutschland sollte diese Entwicklungen eng begleiten und dem Libanon nicht nur finanzielle, sondern auch politische und moralische Unterstützung bieten.

Der jetzige Waffenstillstand kann auch sehr schnell wieder brüchig werden. Es besteht das Risiko, dass es zur Wiederaufnahme von Kampfhandlungen kommt. Erste kleinere Zwischenfälle weisen darauf hin, dass dies nicht völlig ausgeschlossen ist. Die Feuerpause im Libanon zeigt jedoch auch, dass politische Verhandlungen und Diplomatie noch erfolgreich sein können – ein wichtiger Lichtblick in einer Zeit, in der das Vertrauen in solche Lösungen schwindet. Das Abkommen könnte den Weg für weitere politische Verhandlungen ebnen, insbesondere in Gaza. Der jüngste Besuch einer ägyptischen Delegation in Katar zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über Gaza ist eine direkte Folge der Feuerpause im Libanon.

Umso dringender ist es, dass Deutschland und die internationale Gemeinschaft alles daransetzen, damit die Feuerpause im Libanon anhält und zu einem dauerhaften Frieden zwischen den Konfliktparteien führen kann.



Merin Abbass, Beirut

Merin Abbass leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Libanon. Zuvor war er Leiter des FES-Büros in Libyen. Er hat Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen in Deutschland und England studiert.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/fragile-feuerpause-7951/?utm_campaign=de_40_20241128&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Gefangen in der Eskalationsspirale. Abschreckung soll den Gegner zu Zurückhaltung bewegen – kann aber als Aggression wahrgenommen werden. Gibt es einen Ausweg aus dem Dilemma?

Von Johann Ivanov

28.11.2024



Russischer Test einer Interkontinentalrakete im Oktober 2024: Abschreckung findet im Kopf des Opponenten statt.- *picture alliance / Associated Press*

Wahrscheinlich werden Historiker erst nach Dekaden einen passenden Begriff für die heutige Zeit finden. Zu viel ist gerade in Bewegung, zu wenig hat sich vollends materialisiert. Neue Ost-West-Konfrontation, Kalter Krieg 2.0, Ende des regelbasierten Systems oder Beginn der multipolaren Weltordnung? An Ideen wird es nicht mangeln; an Versuchen, Parallelen zu früheren Zeiten zu ziehen, sicherlich auch nicht. Manche Begriffe, die nach vergangenen Epochen klingen, werden aber absehbar die strategischen Debatten der kommenden Jahre prägen. „Abschreckung“ ist ein solcher Begriff.

Gründe dafür gibt es viele und die prominentesten liegen auf der Hand. Die vergangenen zehn Jahre waren von zwei großen Brüchen in der europäischen Sicherheitsordnung gekennzeichnet: von Russlands Annexion der Halbinsel Krim im Jahr 2014 und vom Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022, der die „[Zeitenwende](#)“ in der deutschen Politik eingeläutet hat. Bereits in den Jahren zuvor hatte sich eine Verschlechterung in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen abgezeichnet. Aus dem, was passiert ist, und dem, was in Zukunft verhindert werden soll, speist sich der gegenwärtige Abschreckungsdiskurs.

Dabei ist Abschreckung als Konzept heimisch in den Hochzeiten des Kalten Krieges (ihr Ursprung geht in die Antike zurück). NATO-Atomwaffen sollten den konventionell überlegenen Warschauer Pakt von einem Angriff auf Westeuropa abhalten. Heute funktioniert Abschreckung unter anderen Vorzeichen: Ein konventionell und technologisch unterlegenes Russland schreckt mit seinem taktischen und strategischen Nukleararsenal die NATO davor ab, im Krieg in der Ukraine militärisch zu intervenieren.

Nukleare Abschreckung funktioniert, indem Land A von einer Handlung gegen Land B abgehalten wird, da B die Konsequenzen klar und glaubwürdig signalisiert. A berücksichtigt

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

diese bei seiner Entscheidung, wodurch es auf die Handlung verzichtet. Der Abschreckungsdiskurs ist auf strategischer Ebene, dem Einsatz von Atomwaffen, angesiedelt, wuchert aber auch in den konventionellen und ökonomischen Bereich hinein. Der Vordenker der US-Nuklearstrategie [Thomas C. Schelling](#) definierte Abschreckung als die Verhinderung einer Handlung durch Androhung von Konsequenzen. Trotz seiner Bedeutung fristet dieses Thema heute ein Nischendasein.

Die Realität der Abschreckung ist weitaus komplexer als ihre spieltheoretischen Kosten-Nutzen-Kalkulationen.

Die Realität der Abschreckung ist weitaus komplexer als ihre spieltheoretischen Kosten-Nutzen-Kalkulationen. Konflikte sind geprägt von Freund-Feind-Denken, von sprachlich und sozial konstruierten historischen Feindbildern und großem Misstrauen. „Othering“ verhärtet die Fronten, diskursive Grenzen erschweren Verständnis für die Gegenseite. Aktionen der anderen Seite werden oft als Bedrohung wahrgenommen, Paranoia dominiert politische Debatten. Entscheidungsträger überbieten sich mit Härte und Entschlossenheit, statt Lösungen zu suchen. Solche Dynamiken erschweren es, Abschreckungsstrategien zu entwickeln und Konflikte zu entschärfen.

Abschreckung wird in einem Kontext entwickelt, in dem Recht weniger zählt als ihre Funktionsweise und die Vermeidung des schlimmsten Falls. Die moralische Verurteilung der Gegenseite, die oft politische Debatten prägt, kann strategische Überlegungen vernebeln und zu Fehlschlüssen führen. Solche Verzerrungen behindern effektive Abschreckungsstrategien und erschweren das Konfliktmanagement.

Abschreckung erfordert Verständnis für die Psychologie der Gegenseite und die Wahrnehmung von Diskursveränderungen im Konfliktverlauf. Sie funktioniert durch strategische Empathie: Die Kenntnis der Ängste und Sorgen der anderen Seite hilft, Handlungen zu vermeiden, die diese Ängste schüren könnten. Dabei ist es besonders wichtig zu verstehen, dass Abschreckung im Kopf des Opponenten stattfindet. In Konfliktsituationen mit zerstörtem Vertrauen ist es aber schwierig, Entschlossenheit zu signalisieren, die nicht als eine Form der Aggression wahrgenommen werden könnte.

Im aktuellen Krieg in der Ukraine betrachtet Russland möglicherweise eine militärische Konfrontation mit der NATO als bereits im Gange.

Im aktuellen Krieg in der Ukraine betrachtet Russland möglicherweise eine militärische Konfrontation mit der NATO als bereits im Gange. Hinweise darauf liefern Beiträge russischer außenpolitischer Akteure und Kommentare in Medien, die auch westliches Publikum beeinflussen sollen. Diese Perspektive ist für russische Eliten wirkmächtig, unabhängig von westlicher Kritik. Wenn eine Seite glaubt, sich im Krieg zu befinden, die andere dies aber leugnet, beeinflusst dies die Organisation und die Instrumente von Abschreckung.

Diese Asymmetrie in der Interpretation der aktuellen Lage kann zu unterschiedlichen Risikoeinschätzungen auf beiden Seiten führen. Wenn der Westen glaubt, sich weit genug von einer direkten militärischen Auseinandersetzung mit Russland zu befinden, kann er tendenziell zu größeren eskalativen Schritten (aus Sicht Russlands) bereit sein. Darunter fällt auch die Entscheidung, den Einsatz von ballistischen Raketen des Typs ATACMS (aber auch die Marschflugkörper *Storm Shadow* beziehungsweise SCALP) auf Ziele in Russland freizugeben oder perspektivisch Marschflugkörper des Typs JASSM (mit einer Reichweite,

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

je nach Konfiguration, von circa 1 000 Kilometern) an die Ukraine weiterzugeben. Wladimir Putin hat angedeutet, diese Entwicklung als eine direkte Kriegsbeteiligung des Westens zu betrachten.

Der wiederholte Einsatz solcher Raketen durch die Ukraine erhöht die Kriegskosten für Russland. Das Ziel ist, eine Verhaltensänderung zu bewirken. Das kann aber auch dazu führen, dass Russland versuchen könnte, die Kosten für die Ukraine und den Westen hochzutreiben. Dies kann von einer Reihe neuer hybrider Aktionen, einer Eskalation auf dem Schlachtfeld – wie dem jüngsten Einsatz einer experimentellen IRBM *Oreshnik* mit mehrfachen Gefechtsflugkörpern gegen Ziele im ukrainischen Dnipro, wie zusätzlichen Angriffen auf zivile Infrastruktur oder der Weitergabe moderner Antischiffsraketen P-800 *Oniks* an Rebellengruppen im Roten Meer – bis zur Wiederaufnahme von Atomwaffentests reichen.

Wenn Russland glauben sollte, dass seine Abschreckung nicht mehr funktioniert, weil es wiederholten Angriffen mit Raketen ausgesetzt ist, die ohne größere Kosten für den Westen ablaufen, könnte es eine massive Eskalation oder Ausweitung des Konflikts suchen, um eine glaubwürdige Abschreckung wiederherzustellen. Letzteres kann auch weitere *escalate to de-escalate*-Aktionen bedeuten.

Bei solch einer dynamischen und angespannten Situation kann es immer wieder Momente der Fehlkalkulation und Fehlinterpretation geben.

Bei solch einer dynamischen und angespannten Situation kann es immer wieder Momente der Fehlkalkulation und Fehlinterpretation geben. Dann können schnell Automatismen greifen – der *Point of no Return*. Informationen auf beiden Seiten werden nie perfekt sein. Die Ziele einer *Policy* und ihre Konsequenzen können unter Stress auseinanderfallen. Abschreckung als Strategie der Konfliktverhinderung kann dann ins Gegenteil abdriften und zu Konflikteskalation beitragen.

Das Spannungsverhältnis von Abschreckung und strategischer Stabilität einerseits und der Beteiligung an einem bewaffneten Konflikt andererseits, kann zur Auflösung eben dieser strategischen Stabilität zwischen NATO und Russland beitragen. Aber auch längerfristig ausgerichtete Schritte der Abschreckung können (in einem übergeordneten diskursiven Rahmen des Misstrauens und der Feindschaft) zu einer Verstetigung und Verschärfung des Konflikts beitragen.

Die zentrale Aufgabe der NATO, entsprechend des *Strategic Concept 2022*, ist *deterrence and defence*. Auch die deutsche Sicherheitsstrategie betont diesen Ansatz. Der Ausbau militärischer Infrastruktur, so auch die geplante Stationierung der sogenannten *Long Range Fires* (darunter auch Hyperschallwaffen wie *Dark Eagle*) in Deutschland durch die USA, die Anschaffung neuer Plattformen wie F-35 und eine höhere Anzahl von Manövern, sind eine Form der Selbstvergewisserung nach innen und eine Signalisierung von Entschlossenheit nach außen.

Letztere Komponente muss bei Russland nicht zwangsläufig den seitens der NATO erwünschten Effekt erzeugen – nämlich Zurückhaltung. Die Beteuerungen des Verteidigungsbündnisses, dass ihre Aktionen nicht gegen Russland gerichtet sind, werden unter heutigen Bedingungen noch mehr auf taube Ohren in Moskau stoßen als noch in den Jahren zuvor. Vielmehr können diese auf Abschreckung ausgerichteten Maßnahmen der NATO zu einer gesteigerten Wahrnehmung der Unsicherheit führen – und zu Aktionen Russlands mit dem Ziel, diese Unsicherheit zu reduzieren beziehungsweise die Unsicherheit der anderen Seite zu steigern.

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Dies erfolgt beispielsweise durch den Aufbau russischer Kapazitäten, die Stationierung von Atomwaffen an den Grenzen der NATO, die Zunahme von Übungen der Atomstreitkräfte, die Entwicklung neuer Trägersysteme oder die Vertiefung von neuen Bündnissen. Auch der Bereich der sogenannten „esoterischen Superwaffen“ wie dem Hyperschallgleiter *Avangard*, die nuklear bestückte *Poseidon*-Unterwasserdrohne und der nuklear betriebene Marschflugkörper *Burewestnik* gehören zum Aufbau des Abschreckungspotenzials.

Es ist heute besonders wichtig zu erkennen, dass Maßnahmen, die auf Abschreckung zielen, nicht zwangsläufig den gewünschten deeskalierenden Effekt haben müssen.

Der Versuch der NATO, angesichts des Krieges in der Ukraine über Selbstvergewisserung nach innen und Entschlossenheit nach außen für sich selbst mehr Sicherheit zu generieren, führt letztlich zu einem Sicherheitsdilemma. Dies kann zu einer stetigen Steigerung von Potenzialen und Drohungen, einer Aufrüstungs- und Eskalationsspirale führen. Eben weil Russland im Glauben sein könnte, sich bereits in einem Krieg mit der NATO in der Ukraine zu befinden, können politische Forderungen nach dem Einsatz von Waffen gegen russisches Territorium (etwa von Taurus-Marschflugkörpern) zu einer schnelleren Eskalation und Kulmination in Form direkter Kampfhandlungen zwischen Russland und NATO führen.

Die Entscheidung zum Aufbau neuer militärischer Infrastruktur, eine konfrontative Haltung, wird auf Jahrzehnte die Beziehungen zwischen der NATO und Russland prägen – an Verbesserung ist kaum zu denken. Bestenfalls wird sie in mehreren Jahren, nachdem zumindest der militärische Teil des Konflikts in der Ukraine vorüber sein dürfte, in die Debatten um Rüstungskontrolle und Abrüstung einfließen und ein Verhandlungspfad werden.

Für politische Entscheidungsträger ist es heute besonders wichtig zu erkennen, dass Maßnahmen, die auf Abschreckung zielen, nicht zwangsläufig den gewünschten deeskalierenden Effekt haben müssen. Wenn die andere Seite diese Schritte als Bedrohung für ihre Sicherheit wahrnimmt oder sich bereits im Krieg sieht, könnten sie vielmehr die Reste der strategischen Stabilität zwischen beiden Seiten unterminieren.

Was hieraus folgen muss, ist eine vertiefte Debatte und Reflexion um strategische Interessen und gegebenenfalls eine Anpassung und Rekalibrierung dieser Interessen vor dem Hintergrund einer sich weiter verschärfenden sicherheitspolitischen Lage. Innezuhalten und sich Zeit für qualitativ hochwertige Entscheidungen zu nehmen, die sowohl kurzfristige Dynamiken als auch langfristige Entwicklungen reflektieren, ist das Gebot der Stunde.



Johann Ivanov, Berlin

Johann Ivanov ist Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung für den Bereich Frieden und Sicherheit. Zuvor war er Büroleiter der FES in Ghana und stellvertretender Leiter der FES in Indien.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/gefangen-in-der-eskalationsspirale-7949/?utm_campaign=de_40_20241128&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Fest anschnallen. Trumps Nahost-Politik ist unberechenbar und voller Widersprüche. Könnte ausgerechnet sein unkonventioneller Ansatz zu Frieden führen?

Von Clemens Starke & Marcus Schneider

26.11.2024



100 Prozent Vollgas: Wohin steuert Trumps Nahost-Politik? - [picture alliance /newscom/Kevin Dietsch](#)

Die Wahlkampagne von Donald Trump wurde von einigen unerwarteten Äußerungen des zukünftigen US-Präsidenten begleitet. In einer Zeit, in der die israelischen Militäroperationen im Gazastreifen und im Libanon auch in den USA stark polarisieren und in der viele arabisch-amerikanische Wähler von der pro-israelischen Haltung der Biden-Harris-Administration [zutiefst enttäuscht](#) waren, [betonte Trump wiederholt sein Ziel](#), Frieden in die Region zu bringen. Dabei warb er aktiv um Stimmen aus der arabischen Community, insbesondere in wichtigen *Swing States* wie Michigan.

Dennoch [bleibt unklar](#), wie Trumps zukünftige Nahost-Politik, etwa in Bezug auf Gaza, konkret aussehen wird und ob sie tatsächlich [einen anderen Weg als den der Biden-Administration einschlagen wird](#). Zwar erhielt Trump starke [Unterstützung aus dem konservativen, pro-israelischen Lager](#), doch scheint er die andauernden Konflikte in Gaza [eher als PR-Problem für Israel](#) denn als humanitäre Katastrophe für die Palästinenser zu betrachten. Zugleich kündigte er bereits [harte Maßnahmen gegen die palästinensische Solidaritätsbewegung](#) an.

Trump's erste Personalentscheidungen für sein zukünftiges Kabinett deuten in eine ähnliche Richtung: Der designierte Außenminister Marco Rubio hat sich bisher entschieden gegen eine Waffenruhe in Gaza [ausgesprochen](#). Der künftige CIA-Direktor John Ratcliffe [kritisierte](#) die Biden-Administration scharf für ihren angedrohten Stopp von Waffenlieferungen nach

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Israel angesichts der Lage in Gaza. Mike Huckabee, der zukünftige US-Botschafter in Israel, [negierte](#) nicht nur jegliche palästinensische Selbstbestimmung, sondern stellte sogar die Existenz einer eigenständigen palästinensischen Identität grundsätzlich infrage.

Während Trump bei seinem ersten Wahlsieg noch selbst überrascht schien und seine damalige Regierung von häufigem Entlassungen, Personalwechseln, Skandalen und Widersprüchen geprägt war, setzt er im Vorfeld seiner zweiten Amtszeit [auf Loyalität und bekannte Gesichter](#). Das Gewicht der etablierten neokonservativen Regimewechsel-Befürworter und Generäle nimmt ab, während loyale „[CEOs and businessmen](#)“ eine zunehmend zentrale Rolle einnehmen. Gleichzeitig scheinen die Falken im zukünftigen Kabinett wie Rubio zum Teil einige ihrer interventionistischen Positionen [abzumildern](#).

Dieser Trend fügt sich in das *Playbook* Trump'scher Außenpolitik ein, bestehend aus einer Abkehr von Idealen und Werten – seien es Menschenrechte oder Demokratie –, wie sie traditionell als Vorwand republikanischer Interventionspolitik dienten, und einer Hinwendung zu einer Deal-orientierten [Mentalität taktischer Tauschgeschäfte](#).

Der künftige Einfluss der Golf-Araber ist eine der großen Unbekannten.

Die konzeptionelle Grundlage ist eine Politik des „Friedens durch Stärke“ beziehungsweise des „maximum pressure“, wie Robert O'Brien, letzter Nationaler Sicherheitsberater (2019–2021) der ersten Trump-Administration in einem viel-beachteten [Foreign Affairs](#)-Artikel ausführt: Maximaler Druck schrecke Kontrahenten ab, beende alte und verhindere neue Kriege, fordere ein stärkeres Engagement von US-Verbündeten ein, lasse diesen aber auch mehr Verantwortung zuteilwerden. Jason Greenblatt, ehemaliger Nahost-Gesandter unter Trump, [illustriert](#) die Umsetzung dieser Politik am Beispiel Irans: maximaler Druck über Sanktionen und Abschreckung gegenüber Iran einerseits, auch, um Teheran zu einem Umlenken seiner Politikentscheidungen sowie der seiner *Proxies* zu bewegen, und andererseits ein stärkeres Einfordern von mehr Engagement durch lokale US-Verbündete wie Saudi-Arabien.

Dass dieser Ansatz nicht nur die Sichtweise ehemaliger Trump-Regierungsmitglieder widerspiegelt, unterstreicht Brian Hook, der frühere Iran-Gesandte der ersten Trump-Administration und derzeit [verantwortlich für den Transitionsprozess im US-Außenministerium](#). Auch er sieht Iran mit seinem Regime und seiner revolutionären Ideologie als die [Hauptquelle für Instabilität](#) nicht nur am Persischen Golf, sondern in der gesamten Region. Trump habe zwar kein Interesse an einem Regimewechsel, dies sei letztlich eine Entscheidung des iranischen Volkes. Jedoch werde die kommende Trump-Regierung Iran diplomatisch und wirtschaftlich isolieren, nicht zuletzt um ein Zeichen an andere Feinde Amerikas zu senden.

Anders als seine erste Administration stößt Trumps Iranpolitik nun jedoch auf eine veränderte regionale Gemengelage. Während es den regionalen US-Verbündeten, allen voran Riad und Abu Dhabi, damals noch darum ging, Iran maximal zu isolieren, ist seit einigen Jahren eine aktiv herbeigeführte Annäherung festzustellen. Insbesondere Saudi-Arabien könnte fürchten, dass eine zu antagonistische Iranpolitik die Kriegsgefahr auch am Golf erhöht – mit fatalen Auswirkungen auf die eigene Stabilität. Der künftige Einfluss der Golf-Araber ist eine der großen Unbekannten. Während die Saudis mit Biden fremdelten, gilt Trump als Partner, mit dem sich reden lässt.

In Washington zeichnet sich jedoch ein möglicher Konflikt der Einflussnahmen ab. Auf der einen Seite steht Israel, welches die Hardliner in der Trump-Administration unterstützt und

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

eine maximal konfrontative Iranpolitik befürwortet. Auf der anderen Seite Saudi-Arabien, das ein Amerika bevorzugt, welches die [Islamische „Schwester-Republik“ Iran](#) durch pragmatisches, transaktionales *Dealmaking* einhegt, anstatt auf Eskalation zu setzen.

Ideologische Konsistenz dürfte in der zweiten Trump-Regierung kaum zu erwarten sein.

Das in dieser Logik eher der saudischen Sicht zuneigende isolationistische Lager, in erster Linie verkörpert durch den zukünftigen US-Vizepräsidenten J.D. Vance, kann [keineswegs als Iran-freundlich](#) bezeichnet werden. Ausgehend von einer *America First*-Haltung lehnt es einen Krieg mit dem Mullah-Regime als einen weiteren *forever war* jedoch ab. Das amerikanische und das israelische Interesse stehen hier [konträr zueinander](#). Vance [argumentiert](#), dass US-Außenpolitik „smart“ sein müsse, indem sie nicht überall durch Truppenpräsenz agiere, sondern die Entwicklungen in der Region strategisch gestalte – etwa durch diplomatische Initiativen wie die *Abraham Accords* aus Trumps erster Amtszeit.

Damals schlossen vier arabische Länder Frieden mit Israel, was auch als erster Schritt hin zu einer [Normalisierung zwischen Israel und Saudi-Arabien](#) gesehen wurde – allerdings unter weitgehender [Marginalisierung der Palästinenser](#). Das Feiern solcher Megadeals ist exemplarisch für die Trump'sche Herangehensweise. Auch mit dem Iran, den [Trump nach eigener Aussage „sehr erfolgreich“ sehen möchte](#), könnte ein ähnlicher Deal angestrebt werden. Die mögliche Einbindung von Elon Musk in die zukünftige Iranpolitik deutet auf einen kreativen, möglicherweise unkonventionellen Ansatz hin. Die zentrale Frage bleibt jedoch, welche Substanz einen solchen *Deal* untermauern könnte.

Während das neokonservative Lager der Falken an Einfluss eingebüßt hat, zeigt sich sein Fortbestehen dennoch in Gestalten wie Jared Kushner. Der frühere Berater und Schwiegersohn Trumps, einer der Architekten der *Abraham Accords*, zog sich zwar 2021 offiziell aus der Politik zurück und hat [erklärt](#), kein Amt in der nächsten Regierung anzustreben. Dennoch könnte er als informeller Berater zurückkehren. Kushner steht sinnbildlich für jene Fraktion, die in klassisch neokonservativer Manier die Gelegenheit gekommen sieht, die Region im israelisch-amerikanischen Sinne radikal umzugestalten. Seine [öffentlich geäußerten Vorstellungen](#) für eine Nachkriegsordnung sind ebenso erschreckend wie ambitioniert: So schlug er vor, den Konflikt in Gaza durch die Vertreibung der Palästinenser nach Ägypten und eine Annexion der Westbank zu „lösen“. Zudem sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, das iranische Nuklearprogramm militärisch zu zerstören. Eine solche Strategie könnte jedoch genau das Gegenteil von *End Forever Wars* bewirken und die Region weiter destabilisieren.

Ideologische Konsistenz dürfte in der zweiten Trump-Regierung kaum zu erwarten sein. Israel gegen Saudi-Arabien, *America First* gegen Neokonservative – und dazwischen zahlreiche machtbewusste Akteure mit starken Egos. Über all dem steht ein als erratisch bekannter Präsident, der zwar als kriegsavers gilt, aber zugleich einen Hang zu transaktionalen Lösungen und großen Inszenierungen hat.

Der *Personality*-Faktor in der Politik kommt den Familienregimen im Nahen Osten durchaus entgegen, da er diese dort abholt, wo sie selbst stehen. Ein Beispiel dafür ist die Hoffnung im Libanon, dass die familiären Verbindungen von Trumps Tochter Tiffany über ihren Ehemann Michael Boulos, [der libanesischen Wurzeln hat](#), auch Donald Trump für die von Israel attackierte Zedernrepublik einnehmen könnten. Entsteht hier möglicherweise eine „Schlacht der Schwiegersöhne“ – Kushner gegen Boulos? Nahost-Politik als Familienaffäre.

Der *Personality*-Faktor in der Politik kommt den Familienregimen im Nahen Osten durchaus entgegen.

Die derzeitige Transitionsperiode scheint jedoch vor allem Israel zu begünstigen. Trump hatte einst Netanjahu zugerufen: „[Finish the job!](#)“ Dieser Satz scheint der nun per Haftbefehl gesuchte mutmaßliche Kriegsverbrecher durchaus als Gelegenheitsfenster wahrzunehmen, vollendete Tatsachen zu schaffen. In Nord-Gaza setzt die israelische Armee offen auf [ethnische Säuberung](#), während im Libanon zunehmend eine Politik der verbrannten Erde verfolgt wird.

Ein mögliches Ziel dieser Eskalation könnte sein, Trump bei seiner Amtseinführung die Bühne zu bereiten, sich als Friedensbringer zu inszenieren – um so unter dem Deckmantel diplomatischer Lösungen israelische Interessen weiter mit US-Unterstützung abzusichern. Genauso könnte dem israelischen Premier jedoch daran gelegen sein, Trump entgegen dessen isolationistischer Tendenzen mit dem [Fait accompli einer außer Kontrolle geratenen Eskalation mit Iran](#) zu konfrontieren. Für einen umfassenden Krieg, der das iranische Nuklearprogramm entscheidend zurückwirft, wäre Israel auf die militärische Unterstützung der USA angewiesen.

Es sind diese [Widersprüche](#), die die künftige Nahost-Politik Trumps so schwer vorhersagbar machen. Anders als in seiner ersten Amtszeit fehlen nun die sogenannten [adults in the room](#), die damals die problematischsten Instinkte des Präsidenten in Bahnen lenkten, die den langfristigen Interessen der USA als Welthegemonialmacht entsprachen. Ein Stück weit kultiviert das Trump-Lager diese [Unberechenbarkeit](#) des neuen, alten US-Präsidenten sogar bewusst – als strategischen Trumpf gegenüber seinen Gegnern.

Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass auch die in der Eigenwahrnehmung wertebasierte und berechnende Nahost-Politik Joe Bidens weder die regionale Eskalation noch humanitäre Katastrophen verhindern konnte. Die nahezu totale ideologische Selbstaufgabe Amerikas zugunsten israelischer Interessen hat die Weltmacht auf internationaler Ebene isoliert.

Von Trump ist keine großsprecherische Beschwörung einer „regelbasierten Weltordnung“ zu erwarten – ein Konzept, das in der Region ohnehin als Heuchelei gebrandmarkt ist. Weniger Ideologie und mehr pragmatischer Transaktionalismus könnten in der Theorie eine tragfähige Alternative sein. Die Gefahr besteht jedoch darin, dass dieser Transaktionalismus zu einer Politik mit viel Bling-Bling, aber wenig Substanz verkommt. Harte Interessenskonflikte in der Region lassen sich nicht einfach übertünchen.

Zudem bergen [Trumps erratische Persönlichkeit](#), die absehbare Schlacht der Egos innerhalb seiner Regierung und seine Anfälligkeit für externe Einflussnahmen das Risiko, dass es an einer kohärenten Nahost-Strategie mangeln könnte. Für die Akteure der Region bleibt nur eines: Fest anschnallen, es wird holprig.



Marcus Schneider, Beirut

Marcus Schneider leitet das FES-Regionalprojekt für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor war er für die FES unter anderem als Leiter der Büros in Botswana und Madagaskar tätig.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/fest-anschnallen-7941/?utm_campaign=de_40_20241126&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) „Viele Länder im Globalen Süden sind bitter enttäuscht“. Verhärtete Fronten: Yvonne Bloss aus Baku über die Klimakonferenz in einem Petrostaat und den Streit über die Klimafinanzierung

Interview

Die Fragen stellte Alexander Isele

26.11.2024



Eine Erde aus Plastik: Auf der Klimakonferenz in Baku war Protest nur eingeschränkt möglich.-picture alliance / Reuters | Maxim Shemetov

Die Fragen stellte Alexander Isele

Die UN-Klimakonferenz in Baku wurde gleich zu Beginn von der Ankündigung erschüttert, der designierte US-Präsident Trump plane den erneuten Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen. Was bedeutet das für die globalen Anstrengungen gegen den Klimawandel?

Das hat auf inhaltlicher Ebene tatsächlich weniger Auswirkungen, als man annehmen würde. Denn zum einen sind die USA unter Trump bereits einmal aus dem Pariser Abkommen ausgestiegen, ohne dass andere Länder gefolgt wären. Und zum anderen haben sich die USA bei der wichtigsten Frage dieser Konferenz – der Klimafinanzierung – auch bereits unter Joe Biden nicht für mehr Ambitionen eingesetzt oder ihren fairen Anteil geleistet. Trotzdem konnten wir gleich zu Beginn der Konferenz beobachten, dass der argentinische Präsident Javier Milei seine Delegation von der COP29 abgezogen hat. Es bleibt also zu befürchten, dass es dieses Mal doch zu einem Domino-Effekt kommen könnte

und weitere, vor allem rechtspopulistisch regierte Länder Trump folgen könnten. Das wäre in der Tat fatal, da die UN-Klimarahmenkonvention als wichtiger multilateraler Mechanismus bisher erstaunlich krisenfest ist.

Mehrere wichtige Staatsoberhäupter wie Bundeskanzler Olaf Scholz, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Brasiliens Präsident Lula da Silva blieben der Klimakonferenz fern. Wie sehr hat das die COP29 geschwächt?

Das hat die Konferenz in der Tat geschwächt. Viele Staats- und Regierungschefs sahen diese UN-Klimakonferenz nicht als besonders wichtig an und haben ihren Blick bereits nach Brasilien gerichtet, wo nächstes Jahr die COP30 stattfinden wird. Das ist fatal, denn sie zeigen damit, dass Klimaschutz und vor allem die Klimafinanzierung keine große Priorität für sie haben. Für viele Länder im Globalen Süden ist eine ausreichende Finanzierung jedoch überlebenswichtig, um überhaupt Klimaschutz betreiben zu können. Zudem schwächte das Fortbleiben vieler Staatschefs auch das politische Momentum in Baku, da durch sie oft politische Ankündigungen gemacht werden, die zu einem Durchbruch verhelfen. Dies war zum Beispiel auf der [COP26 in Glasgow](#) der Fall. Und es schwächt auch die COP selbst als eines der wenigen noch funktionierenden multilateralen Foren. Solche Foren müssen jedoch gerade in diesen Zeiten zunehmender globaler Polarisierung gestärkt werden.

Die Konferenz fand in Aserbaidzhan statt, einem Land, das stark von fossilen Brennstoffen abhängig ist. Wie beeinflusst dies die Diskussionen über den Ausstieg aus fossilen Energien, der auf der letzten Klimakonferenz beschlossen wurde?

Die Frage, wie die Emissionen weiter gesenkt werden können, um zurück auf einen 1,5-Grad-Pfad zu kommen, kam bei dieser Klimakonferenz definitiv zu kurz. Es war von Anfang an klar, dass die aserbaidzhanische Präsidentschaft in diesem Punkt keine Ambitionen hegt. Eigentlich war vorgesehen, dass sich die sogenannten COP-Troika-Länder – bestehend aus der aktuellen, der vorherigen und der zukünftigen COP-Präsidentschaft, also Aserbaidzhan, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Brasilien – zusammenschließen, um insbesondere auch in diesem Punkt voranzukommen. Jedoch hat Aserbaidzhan im Gegensatz zu [Brasilien](#) kein ambitionierteres nationales Klimaschutzziel vorgelegt. In seiner Eröffnungsrede hat Aserbaidzchans Präsident Ilham Aliyev zudem für Aufsehen gesorgt, indem er die fossilen Energien als „Geschenk Gottes“ bezeichnete. Ohne Führung durch die Präsidentschaft wird es schwierig, andere Länder zur Nachbesserung ihrer Klimaziele zu bewegen. Bis Februar 2025 sind alle Länder gefordert, ihre nationalen Minderungsziele nachzuschärfen. Mit Ausnahme von ganz wenigen Ländern wie [Großbritannien](#), das in Baku angekündigt hat, seine Emissionen bis 2035 um 81 Prozent senken zu wollen, gibt es kaum Länder, deren Bemühungen hier ausreichend sind.

In seiner Eröffnungsrede hat Aserbaidzchans Präsident Ilham Aliyev zudem für Aufsehen gesorgt, indem er die fossilen Energien als „Geschenk Gottes“ bezeichnete.

Die Festlegung eines klaren Pfades zur Abkehr von fossilen Energien ist leider auch nicht Bestandteil der offiziellen Verhandlungsstränge auf den Klimakonferenzen. Im letzten Jahr wurde auf [der Klimakonferenz in Dubai](#) als Erfolg gefeiert, dass die Abkehr vor fossilen Energien im allgemeinen Abschlussdokument explizit gefordert wurde – zusammen mit der Verdreifachung der erneuerbaren Energien sowie einer Verdopplung der Energieeffizienz bis 2030. Ein solches Dokument war jedoch von der aserbaidzhanischen COP-Präsidentschaft gar nicht vorgesehen.

Die aserbaidische Präsidentschaft war jedoch auch aufgrund der schwierigen Menschenrechtssituation problematisch, die keinen offenen Protest vor Ort ermöglichte. Hinzu kamen mangelhafte Vorbereitung und die fehlende diplomatische Erfahrung mit solchen Verhandlungen. Es fehlte somit sowohl am Willen als auch an den Fähigkeiten für eine stärkere Verankerung der Abkehr von fossilen Energien. Dadurch hat diese Klimakonferenz in diesem wichtigen Bereich Rückschritte gemacht und konnte nicht auf den Beschlüssen der letzten COP in Dubai aufbauen.

Ein Hauptfokus der Konferenz in Baku lag auf Finanzierungsfragen. Werden die beschlossenen Klimafinanzierungsziele den Ansprüchen gerecht?

Zuerst einmal ist es wichtig festzuhalten, dass die Industrieländer eine historische Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern haben, die auch klar im Pariser Klimaabkommen festgehalten ist. Denn die Entwicklungsländer haben am wenigsten zur Klimakrise beigetragen, leiden jedoch am meisten unter ihr. Schon in der Vergangenheit sind die Industrieländer dieser Verpflichtung nur unzureichend nachgekommen, denn erst verspätet wurden die bereits für 2020 versprochenen 100 Milliarden jährlich für Klimafinanzierung bereitgestellt.

Es ist völlig klar, dass diese Summe unzureichend ist.

Außerdem ist völlig klar, dass diese Summe unzureichend ist. Einerseits wird der Anpassungsdruck in Folge der voranschreitenden Klimakrise immer größer und somit kostspieliger. Andererseits nehmen die Schäden und Verluste durch Klimakatastrophen immens zu. Und auch wenn der Umstieg auf erneuerbare Energien und die Steigerung von Energieeffizienz sich mittlerweile vielerorts wirtschaftlich lohnen, so erfordern diese Technologien hohe Anfangsinvestitionen. [Schätzungen](#) gehen davon aus, dass Entwicklungsländer für diese drei Bereiche mindestens eine Billion US-Dollar jährlich benötigen, während Klimaaktivistinnen und -aktivisten aufgrund der historischen Schuld der Industrieländer sogar [fünf Billionen US-Dollar jährlich fordern](#).

Wenn also die Industrieländer eine rasche Minderung der Emissionen und eine Abkehr von fossilen Energien auch in den Entwicklungsländern fordern, so muss klar sein, dass dies direkt mit der Frage zusammenhängt, wie stark diese dabei unterstützt werden, um dieses Ziel zu erreichen. Und es leuchtet auch ein, dass der Globale Süden zu Recht wenig kooperativ ist, wenn hier keine verlässlichen und ausreichenden Zusagen gemacht werden.

Laut der Definition der UN-Klimarahmenkonvention von 1992 gelten viele Länder mit mittlerweile hohen Pro-Kopf-Emissionen und Pro-Kopf-Einkommen immer noch als Entwicklungsländer, etwa reiche Petrostaaten oder China.

Offiziell forderte die wichtige Verhandlungsgruppe der Entwicklungsländer (G77 und China) 1,3 Billionen US-Dollar jährlich bis 2035. Die Industrieländer haben jedoch, vermutlich aus Verhandlungstaktik, erst am letzten Verhandlungstag mit 250 Milliarden US-Dollar jährlich eine eigene Zahl für das globale Klimafinanzierungsziel auf den Tisch gelegt. Wichtig ist für viele Länder im Globalen Süden jedoch auch die Qualität der Klimafinanzierung. Sie sollte aus öffentlichen Mitteln und nicht aus privaten Geldern und Krediten bestehen. Denn dies treibt viele Länder in eine noch größere Schuldenkrise.

Daneben hat eine weitere Debatte um die Klimafinanzierung die Gemüter in Baku erhitzt. Denn laut der Definition der UN-Klimarahmenkonvention von 1992 gelten viele Länder mit mittlerweile hohen Pro-Kopf-Emissionen und Pro-Kopf-Einkommen immer noch als Entwicklungsländer, etwa reiche Petrostaaten oder China. Daher forderte vor allem die EU

Seite E 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

eine Verbreiterung der Geberbasis, die auch solche Länder verpflichtet, zur Klimafinanzierung beizutragen.

Die Fronten waren deshalb verhärtet und die COP29 drohte kurz vor Ende zu scheitern. Erst als die Verhandlungen am Samstag in die Verlängerung gingen, haben die [Industrieländer ihr Angebot auf 300 Milliarden](#) jährlich erhöht. Dies entspricht zwar einer Verdreifachung der bisherigen Summe, es deckt aber nur ein Viertel der geschätzten Kosten – und die Summe soll auch aus privaten Geldern bestehen können. Zwar wird das 1,3-Billionen-Ziel auch als Zielgröße erwähnt, jedoch ohne konkrete Verpflichtung. Zudem findet sich diesbezüglich auch der Verweis, dass diese höhere Summe sowohl durch Industrieländer als auch weitere Länder mobilisiert werden soll.

Für die Entwicklungsländer hieß es daher in letzter Minute: *Take it or leave it*. Die Industrieländer betonten dabei, dass die Chance auf einen Deal im nächsten Jahr noch schlechter sein werde. [Zivilgesellschaftliche Akteure aus dem Climate Action Network forderten indes](#) in einem offenen Brief die Länder aus dem Globalen Süden auf, die Verhandlungen ohne Abschluss zu verlassen.

Nach mehr als 30 Stunden Verlängerung kam es in den frühen Morgenstunden am Sonntag doch noch zu einem Abschluss der Verhandlungen. Viele Länder im Globalen Süden sind jedoch über das Ergebnis [bitter enttäuscht](#). So hat der Gipfel zwar den Multilateralismus in letzter Minute gerettet. Das geschah jedoch auf Kosten der Entwicklungsländer, die nun bei der Bekämpfung der Klimakrise weiterhin ohne ausreichende Unterstützung zurechtkommen müssen. So geht weiteres Vertrauen zwischen Globalem Norden und Süden verloren, welches gerade in diesen geopolitisch schwierigen Zeiten dringend benötigt wird.

Welche Aspekte des Klimaschutzes kamen bei dieser COP zu kurz?

Zu Recht wurde der Klimagipfel in Baku von der Frage dominiert, wie viel Geld zukünftig für die Klimafinanzierung zur Verfügung steht. Dies ist eine wichtige Grundvoraussetzung für globale Klimagerechtigkeit. Mindestens genauso wichtig ist jedoch die Frage, wie die Bekämpfung der Klimakrise durch entsprechende qualitative Elemente sozial gerecht erfolgen kann. Auch hierzu gab es offizielle Verhandlungen, die jedoch von den Diskussionen um das globale Klimafinanzierungsziel überschattet wurden.

Bei den Verhandlungen zum Thema Gender gab es zu Beginn Rückschritte bei den Verhandlungen. Denn einige, vor allem arabische Staaten, lehnten die Formulierung ab, dass auch LGBTIQ-Rechte Erwähnung finden sollten. Hier kam es letztlich jedoch zu einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen, der dezidiert menschenrechtsbasiert ist – ein wirklich allzu kleiner Hoffnungsschimmer auf dieser Klimakonferenz.

Mit dem *Just Transition Work Program* hat im letzten Jahr in Dubai zum ersten Mal die sozial gerechte Gestaltung der Transformation offiziell Eingang in die klimapolitischen Verhandlungen gefunden. Da *Just Transition* immer im lokalen Kontext betrachtet werden muss, war es zugegebenermaßen schwierig, hier zu einer Einigung zu kommen. Genauso gab es unterschiedliche Vorstellungen, wie unterschiedliche Akteursgruppen in den Prozess eingebunden werden sollen. Nichtsdestotrotz gab es gute Vorschläge, die Anknüpfungspunkte für die weitere Implementierung boten. Jedoch wurde das *Just Transition Work Program* von einigen Ländern als Faustpfand eingesetzt, um eigene Forderungen bei anderen Themen durchzusetzen. Insbesondere [Saudi-Arabien hat hierbei eine extrem negative Rolle](#) gespielt. Diese Verhandlungen wurden daher auf das nächste Jahr vertagt.

Die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften, die sich auf der Klimakonferenz unermüdlich für *Just Transition* und Klimagerechtigkeit eingesetzt haben, werden weiterhin dafür sorgen, dass diese Themen nicht untergehen. Das macht trotz der extrem enttäuschenden Ergebnisse aus Baku Hoffnung. Es bleibt zu hoffen, dass auch die COP30-Präsidentschaft in Brasilien das so sieht und diese Forderungen in den Mittelpunkt der nächsten Verhandlungen rückt.



Yvonne Blos, Berlin

Yvonne Blos ist Referentin für internationale Klimapolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor hat sie das regionale Klimaprojekt der Stiftung in Asien mit Sitz in Vietnam geleitet und war für den Bereich Monitoring und Evaluierung in der internationalen Arbeit der FES zuständig.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/viele-laender-im-globalen-sueden-sind-bitter-enttaeuscht-7942/?utm_campaign=de_40_20241126&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Die zersetzende Kraft der Inflation. Kriege, Klimawandel, Pandemie: Krisen sind die neue Normalität und heizen die Preise an. Wo bleibt der wirtschaftliche Katastrophenschutz?

Von Isabella M. Weber

19.11.2024



picture alliance / Ikon Images/Gary Waters

Arbeitslosigkeit schwächt Regierungen. Inflation bringt sie zu Fall. Das hat mir einmal ein Regierungsbeamter aus Brasilien gesagt. Aber reiche Länder wie die Vereinigten Staaten

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

haben die politische Zerstörungskraft der Inflation aus dem Blick verloren. Mit den herkömmlichen politischen Instrumenten waren wir nicht ausreichend vorbereitet, und die Biden-Regierung reagierte zu langsam. Donald Trumps Wiederwahl sollte demokratischen Regierungen eine Warnung sein.

In diesen Zeiten, in denen die Katastrophen – Wirbelstürme, Ausbruch der Vogelgrippe, zwei regionale Kriege – sich gegenseitig überlagern, gehören gefährdete Lieferketten mittlerweile zum Alltag. Jede Bedrohungslage bringt das Risiko einer Inflation und eine Destabilisierungsgefahr für Regierungen mit sich. Solche Krisensituationen sind die neue Normalität, und wenn überhaupt etwas aus dem Wahlergebnis in den USA gelernt werden muss, dann dies: Wir müssen neue Wege finden, um unsere Gesellschaft und Demokratie zu schützen.

Die plötzliche Nachricht von Kostenschocks wie dem Ausbruch einer Pandemie oder eines Krieges eröffnet Unternehmen einen größeren Spielraum, sektorübergreifend Preiserhöhungen zu koordinieren.

Eines der drängendsten Probleme, die es zu lösen gilt, ist, dass viele Wirtschaftszweige inzwischen [von Großkonzernen beherrscht werden](#), die aus diesen Einmalereignissen Profit schlagen können. In einem demnächst erscheinenden Artikel haben [mehrere Co-Autoren und ich](#) mit Hilfe von KI und natürlicher Sprachverarbeitung mehr als 130 000 „Earnings Calls“ (Webcasts zu den Quartalsberichten) börsennotierter US-Unternehmen analysiert und festgestellt, dass Unternehmen koordiniert die Preise erhöhen können, sobald es zu Kostenschocks kommt. Dadurch konnten Unternehmen die Auswirkungen der externen Schocks, die durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine verursacht wurden, im Großen und Ganzen weitergeben oder verstärken. Mit anderen Worten: Die plötzliche Nachricht von Kostenschocks wie dem Ausbruch einer Pandemie oder eines Krieges eröffnet Unternehmen einen größeren Spielraum, sektorübergreifend Preiserhöhungen zu koordinieren, weil sie wissen, dass ihre Konkurrenten mit hoher Wahrscheinlichkeit dasselbe tun werden.

Skeptiker wenden ein, die Konzernkonzentration sei schon vor der Pandemie hoch gewesen und dennoch hätten dieselben mächtigen Unternehmen die Preise über viele Jahre stabil gehalten – obwohl die Zinssätze nahe Null lagen. Der Grund dafür war: Wenn ein Unternehmen sich unter normalen Umständen für eine Preiserhöhung entscheidet, ohne zu wissen, ob seine Konkurrenten nachziehen werden, läuft es Gefahr, Marktanteile an die Konkurrenz zu verlieren. So sah die Welt vor der Pandemie aus. Die Globalisierung hatte die effizientesten Just-in-Time-Produktionsnetzwerke aller Zeiten hervorgebracht, und unter dem Druck des Wettbewerbs hielten selbst Riesenkonzerne die Preise größtenteils stabil.

Wenn aber Lieferengpässe entstehen, kommt das gesamte Räderwerk zum Stillstand. Jeder, der etwas produziert, kann natürlich nur eine begrenzte Anzahl an Produkten herstellen. Das bedeutet: Selbst wenn ein Unternehmen die Preise anhebt, können die Wettbewerber nicht einfach ihr Angebot erhöhen, um ihm seine Marktanteile streitig zu machen. Außerdem weiß jedes Wirtschaftsunternehmen, dass die logische Reaktion auf einen Preisschock eine Preiserhöhung ist. Preiserhöhungen sind jetzt eine sichere Sache und für Unternehmen, die auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sind, eine rationale Konsequenz.

Im Zuge der Corona-Krise gelang es den meisten Unternehmen, [ihre höheren Kosten an die Verbraucher weiterzugeben](#) und ihre Gewinnspannen zu halten, wobei einige Konzerne ihre Margen sogar noch steigern konnten. Selbst wenn Unternehmen nach einem Kostenschock ihre Gewinnmargen lediglich stabil halten, [steigen ihre Gewinne](#). Das leuchtet

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

ein, wenn man sich klarmacht, dass für ein teureres Haus auch dann höhere Maklergebühren anfallen, wenn die prozentualen Konditionen dieselben sind. Konzernchefs wissen um diesen Sachverhalt. Genau deshalb konnten wir feststellen, dass bei großen Kostenschöcks, die die gesamte Wirtschaft treffen, Führungskräfte durchaus optimistisch klingen.

Massive Schocks können für die direkt betroffenen Sektoren sogar eine gute Nachricht sein.

Massive Schocks können für die direkt betroffenen Sektoren sogar eine gute Nachricht sein. Nehmen wir das Beispiel Öl. Als die Nachfrage über Nacht einbrach, weil die Menschen während der Lockdowns zu Hause blieben, waren die Fossilbrennstoffunternehmen plötzlich mit einem nie dagewesenen Nachfrageeinbruch konfrontiert und schlossen einige ihrer kostenintensivsten Ölfelder und Raffinerien. Als die Nachfrage sich wieder erholte, kam es deshalb zu einer Verknappung, die zu Rekordmargen führte. [In einem weiteren demnächst erscheinenden Artikel](#) gehen meine Co-Autoren und ich davon aus, dass die amerikanischen Aktionäre börsennotierter Öl- und Gasunternehmen 2022 Nettoerträge von 301 Milliarden US-Dollar verbuchen konnten – eine Versechsfachung gegenüber dem Durchschnitt der vier Jahre vor der Pandemie. Die Gewinne aus dem Öl- und Gassektor überstiegen in diesem Jahr auch die Investitionen der USA in die kohlenstoffarme Wirtschaft in Höhe von 267 Milliarden Dollar.

Öl ist grundsätzlich ein Sektor mit Boom-Bust-Zyklen, aber in Krisenzeiten können wir uns so extreme Gewinnsprünge nicht leisten. Sie stützen einen Sektor, der zurückgefahren werden muss, um den Klimawandel einzudämmen. Zudem verstärken sie die Ungleichheit. Laut unserer neuen Studie strich das reichste Prozent der Bevölkerung 2022, als die Preise für fossile Brennstoffe ihren Höchststand erreichten, durch Aktienbeteiligungen und private Unternehmensbeteiligungen 51 Prozent der Öl- und Gasgewinne ein. Die weniger Wohlhabenden mussten mit einer höheren Inflation zurechtkommen und bekamen nur einen kleinen Teil der Übergewinne aus dem Öl- und Gasgeschäft ab.

Ohne eigenes Verschulden sind Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen die Leidtragenden. Selbst wenn ihre Löhne sich irgendwann angleichen, geraten sie finanziell in Bedrängnis und fühlen sich vor allem betrogen. Das ist der Grund, warum die Anbieterinflation die wirtschaftliche Ungleichheit und die politische Spaltung, die ohnehin schon die Demokratie bedrohen, noch verschärft.

Präsident Joe Biden ergriff einige unkonventionelle Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung – unter anderem die neuen Leitlinien des Kartellrechts, die sich gegen zu große Unternehmensmacht richten, und die Erhöhung des Ölangebots durch die Freigabe der strategischen Erdölreserve. Das war eine wichtige Abkehr von der bisherigen Politik, aber die Maßnahmen waren nur punktuell und retroaktiv. Das wichtigste politische Steuerungsinstrument war nach wie vor die Erhöhung der Zinssätze. Drastische Zinserhöhungen [führten zu einer Verschärfung der Immobilienkrise](#) und zur Verschlimmerung der [Schuldenkrise für Länder des Globalen Südens](#). Sie trieben die Kosten für Investitionen, die zur Bewältigung der Klimakrise dringend benötigt werden, in die Höhe.

Die wirtschaftliche Stabilisierung war früher fester Bestandteil der Katastrophenvorsorge.

Die [wirtschaftliche Stabilisierung](#) war früher fester Bestandteil der Katastrophenvorsorge. Es ist an der Zeit, sie wieder mit einzubeziehen. So wie nach der globalen Finanzkrise einige

Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Banken als „too big to fail“ galten, müssen wir jetzt einige andere Sektoren als „too essential to fail“ einstufen. In essenziellen Sektoren sollte von einer reinen Effizienzlogik zu strategischen Redundanzen übergegangen werden. Das erfordert politisches Handeln.

Häfen und andere kritische Infrastrukturen sollten ausreichende Reservekapazitäten und gut bezahlte Arbeitskräfte vorhalten, damit der Betrieb bei Bedarf hochgefahren werden kann. Die Strategische Erdölreserve (*Strategic Petroleum Reserve*, SPR), ein staatlicher Ölpuffer, muss systematisch dafür genutzt werden, bei abstürzenden Preisen zu kaufen und bei explodierten Preisen zu verkaufen, um auf diese Weise Preisextreme zu vermeiden. Öl sollte bei zu geringer Nachfrage auf dem freien Markt gekauft werden, damit die Preise nicht einbrechen, und bei drohender Unterversorgung verkauft werden, um eine Preisexplosion zu verhindern. Solche antizyklischen Käufe und Verkäufe von Pufferbeständen auf den Rohstoffmärkten funktionieren nach demselben Prinzip wie die Offenmarktgeschäfte der Zentralbanken auf den Geldmärkten.

Einfach nur Ölvorräte freizugeben, wenn die Preise in die Höhe schießen, greift zu kurz. Die Erfahrungen während der Pandemie lehren, dass ein Preisverfall zu einem plötzlichen Rückgang der Produktionskapazitäten führen kann, was wiederum zu drastischen Preissteigerungen führt, sobald die Nachfrage wieder anzieht. Und noch eine weitere Lehre lässt sich ziehen: Auf globalen Märkten ist es sinnvoll, Stabilisierungsmaßnahmen international zu koordinieren – wie es die Internationale Energieagentur für ihre Mitgliedstaaten getan hat. Und in den Bereichen, in denen Terminmärkte existieren, können die Pufferbestände Termingeschäfte kaufen, wenn die Preise fallen, und sie bei steigenden Preisen verkaufen, um für Stabilisierung zu sorgen.

Eine [antizyklische Preisstabilisierung](#) durch Pufferbestände ist nicht nur für Öl wichtig. Es braucht sie auch für kritische Mineralien, um Anreize für Investitionen in die grüne Lieferkette zu schaffen, und für Grundnahrungsmittel wie Getreide, damit starke Rohstoffpreisschwankungen infolge von Extremwetterereignissen vermieden werden können. Zusätzlich zur Bevorratung mit lebensnotwendigen Gütern brauchen wir außerdem Maßnahmen, mit denen staatliche und private Interessen auf das Ziel der Krisenfestigkeit ausgerichtet werden. Solange Unternehmen in Katastrophenzeiten mit steigenden Gewinnen rechnen, weil Versorgungsengpässe drohen, können wir nicht davon ausgehen, dass sie sich im bestmöglichen Interesse der Allgemeinheit auf Notfälle vorbereiten. [Gesetze gegen Preistreiberei](#) und [Übergewinnsteuern](#) sind hier relevante politische Instrumente.

Die wichtigste Hauptaufgabe bleibt natürlich die Bekämpfung der Ursachen von Krisensituationen. Das ist vor allem in Zeiten des Klimawandels eine Mammutaufgabe. Einstweilen braucht es ein systemisches Gesamtpaket von Puffervorräten, Regulierungen und Notfallgesetzen. Ohne diesen wirtschaftspolitischen Katastrophenschutz sind die Lebensgrundlagen der Menschen und der Ausgang von Wahlen auch dem nächsten Schock schutzlos ausgeliefert.

Dieser Artikel erschien zuerst in The New York Times.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Isabella M. Weber, Amherst

Isabella Weber ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der *University of Massachusetts Amherst*, Forschungsassistentin am *Fairbank Center* der *Harvard University* und *Fellow* des *Open Society Foundations (OSF) Ideas Workshop*

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/die-zersetzende-kraft-der-inflation-7927/?utm_campaign=de_40_20241119&utm_medium=email&utm_source=newsletter

06) Bereit für Deals. Asien sieht Trumps Rückkehr ins Weiße Haus deutlich gelassener als Europa. Selbst Peking wittert Chancen

Von Marc Saxer & Mirco Günther

14.11.2024



Verkauft sich gut: Donald Trump.- *picture alliance / empics | Andrew Milligan*

In Asien wird die Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus gelassener betrachtet als in Europa. Verbündete und Gegner machen sich keine Illusionen darüber, was auf sie zukommt: Ein erratic President, der bei den großen Linien seiner Politik gegenüber der Region dort wieder aufnimmt, wo er 2020 aufgehört hat. Mit Sorge wird daher ein neuerliches Aufflammen der Handelskriege betrachtet, die sich negativ auf die eigenen Entwicklungschancen auswirken würden. Im Gegensatz zu den Konfliktherden in Europa und dem Nahen Osten, für die eine *America First*-Präsidentschaft höchst disruptiv zu werden droht, hoffen asiatische Akteure eher auf eine Fortsetzung des Status quo – möglicherweise sogar auf den einen oder anderen pragmatischen Deal.

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Aus chinesischer Sicht macht es kaum einen Unterschied, wer ins Weiße Haus einzieht. Peking hat betont gelassen auf den Wahlausgang reagiert. Denn auch in China ist bekannt, dass in Washington parteiübergreifende Einigkeit besteht, den Hegemoniekonflikt mit China weiterzuführen – auch wenn ein heißer Krieg als kaum gewinnbar gilt und daher vermieden werden soll. So, wie die Biden-Administration die China-Politik ihres Vorgängers weitergeführt und verschärft hat, wenngleich mit dem sichtbaren Bemühen um pragmatischen Austausch und offene Kommunikationskanäle, dürfte auch Trump die Konfrontation mit dem großen Rivalen fortsetzen.

Aus chinesischer Sicht macht es kaum einen Unterschied, wer ins Weiße Haus einzieht.

Uneinigkeit besteht allerdings darüber, wie diese Auseinandersetzung geführt werden soll. Das hängt davon ab, welche Denkschule in der zweiten Trump-Regierung den Ton angeben wird. Die *Primacists* um den ehemaligen stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberater Matthew Pottinger wollen die globale Dominanz der USA sichern, indem sie im Wettbewerb mit China wie seinerzeit mit der Sowjetunion auf Sieg setzen. Die *Priorisierer* um den designierten Vizepräsidenten J.D. Vance wollen sich aus Europa und dem Mittleren Osten eher zurückziehen, um die amerikanischen Ressourcen ganz auf China konzentrieren zu können. Trumps eigener Instinkt ist eher der eines *Isolationisten*, der sich gänzlich aus den *Forever Wars* und den [Verpflichtungen des Hegemons](#) zurückziehen möchte – allerdings bereit ist, amerikanische Interessen mit harten Bandagen durchzusetzen. Mit Blick auf die Auseinandersetzung mit China deuten die Nominierungen – Marco Rubio als designierter Außenminister, Pete Hegseth als Verteidigungsminister und Mike Waltz als Nationaler Sicherheitsberater sind ausgewiesene China-Falken – allerdings eine weitere und möglicherweise sogar deutliche Verschärfung an.

Peking stellt sich nach der vorsichtigen Entspannung des letzten Jahres auf eine weitere disruptive Phase ein, in der ein schwelender Handelskonflikt wieder zu einem Handelskrieg aufflammen könnte. Auf der anderen Seite hat Trump, bekannt als *Dealbreaker-in-Chief*, wiederholt seine Bereitschaft zu Kompromissen signalisiert, sofern diese den Interessen der USA dienen. Der 2020 abgeschlossene *Phase-One-Deal* zur Beilegung der Handelsstreitigkeiten mit China zeigt, dass seinen Worten auch Taten folgen können. Auch strategisch sieht Peking in einer Trump-Administration Chancen: Sollten sich die USA wie erwartet wieder aus multilateralen Foren zurückziehen und sich bei globalen Herausforderungen wie dem Kampf gegen den Klimawandel ihrer Verantwortung entziehen, ist China bereit, dieses politische Vakuum auf der Weltbühne zu füllen und den Globalen Süden stärker hinter sich zu versammeln. Die Charmeoffensive Chinas gegenüber Europa – für Peking der entscheidende *swing state* der internationalen Politik – würde entsprechend verstärkt werden.

In den kommenden vier Jahren wird es für Indien entscheidend sein, die strategisch wichtigen Beziehungen zu Washington weiter auszubauen.

Im Gegensatz zu China – und auch zu vielen anderen US-Verbündeten – hat Indien stark von positiven Beziehungen zu den letzten beiden US-Regierungen profitiert. Dennoch wird die erneute Wahl Donald Trumps Auswirkungen auf das indisch-amerikanische Verhältnis haben und Neu-Delhi dazu zwingen, seine Prioritäten in den bilateralen Beziehungen neu zu justieren. Die Bedeutung dieser Beziehungen hat in den letzten zehn Jahren erheblich zugenommen, getragen von einer zunehmenden Übereinstimmung in geopolitischen Zielen, wichtigen wirtschafts- und handelspolitischen Interessen, einer großen indischen Diaspora, bestehendem Vertrauen sowie einer aktiven Zusammenarbeit in internationalen Institutionen. Indiens Positionierung beruht auf Pragmatismus, Transaktionsbereitschaft und

günstigen Voraussetzungen – möglicherweise verstärkt durch die persönliche Nähe zwischen Premierminister Modi und Präsident Trump. In den kommenden vier Jahren wird es für Indien entscheidend sein, die strategisch wichtigen Beziehungen zu Washington weiter auszubauen, die nächste US-Regierung in allen relevanten Politikfeldern für indische Interessen zu gewinnen und sich nicht vom erwarteten Protektionismus der Trump-Administration überraschen zu lassen. Letzteres stellt eine echte Bedrohung für das indische Wachstumsmodell und damit für die Kerninteressen des Landes dar.

Um das Potenzial der bilateralen Beziehungen effektiv und strategisch auszuschöpfen, bieten sich insbesondere die Bereiche Technologie-, Handels- und Wirtschaftspolitik sowie die strategische Ausrichtung auf den Indo-Pazifik und die Rolle Chinas als gemeinsamen geopolitischen Hauptgegner an. Abzuwarten bleibt, wie sich die jüngste chinesisch-indische Annäherung auf dem BRICS-Gipfel im russischen Kasan weiter ausgestaltet. Neu-Delhi kann Washington am erfolgreichsten einbinden, wenn die indische transaktionale Herangehensweise mit Pragmatismus und Interessenspolitik reflektiert wird – Eigenschaften, für die *Dealmaker* Donald Trump bekannt ist. Für Indiens strategische Ausrichtung sind weiterhin diplomatisches Geschick und eine tiefgehende Analyse der US-amerikanischen strategischen Rationalitäten und Interessen erforderlich. Diese dürften sich weniger stark ändern, als in Europa vermutet wird, wenngleich Ton und Durchsetzungsart variieren könnten. Neu-Delhi scheint dennoch gut auf „Trump II“ vorbereitet zu sein.

Trumps Ansage an die asiatischen Alliierten ist dieselbe wie die gegenüber den Europäern: Nur wer zahlt, wird geschützt.

Für die amerikanischen Verbündeten Japan, Südkorea und die Philippinen hingegen stellt die Trump-Regierung ein ähnliches Sicherheitsrisiko dar wie für die Europäer. Um den chinesischen Provokationen im Ost- und Südchinesischen Meer zu begegnen, sind die Anrainerstaaten auf den Schutz der Vereinigten Staaten angewiesen und haben große Anstrengungen unternommen, ihre bilateralen Bündnisse mit den USA zu vertiefen. Trumps Ansage an die asiatischen Alliierten ist allerdings dieselbe wie die gegenüber den Europäern: Nur wer zahlt, wird geschützt. Um dieser Unsicherheit Herr zu werden, versuchen sich der konservative koreanische Präsident Yoon Suk Yeol, der neugewählte japanische Regierungschef Shigeru Ishiba und der philippinische Präsident Ferdinand Marcos als „Trump-Flüsterer“ zu positionieren und schmeicheln ihm mit Lob. Insbesondere in Seoul ist die Sorge um die Belastbarkeit des US-amerikanischen Schutzschirms im Angesicht von immer stärkeren nordkoreanischen Provokationen groß.

Besonders schwierig dürfte die Lage für Taiwans Präsidenten werden, da er stets das Fernziel der Unabhängigkeit von China verfolgt hat. Im Stile eines Schutzgelderpressers forderte Trump Taipeh im Wahlkampf auf, für seine Verteidigung zu zahlen, denn die amerikanische Versicherungspolice sei nicht umsonst zu haben. Umgekehrt will der designierte Vizepräsident Vance die US-Unterstützung der Ukraine nach Taiwan umleiten. In der angespannten Lage um Taiwan birgt ein derart erratischer Kurs große Gefahren, da er zu strategischen Fehlkalkulationen auf allen Seiten führen kann. Unterstützer von Trump würden dem entgegenhalten, dass gerade diese Unberechenbarkeit die strategische Ambiguität – ab welcher Schwelle und in welcher Form die Supermacht dem Inselstaat beistehen würde – wiederherstellen könnte. Damit, so ihre Argumentation, könnte die amerikanische Abschreckungsfähigkeit, die zuletzt stark gelitten hat, gestärkt werden.

Die meisten südostasiatischen Staaten wollen unbedingt vermeiden, sich für eine Seite entscheiden zu müssen.

Und Südostasien? Wie bereits in seiner ersten Amtszeit, dürfte die Region weit unten auf Trumps Agenda stehen. Dem Republikaner nimmt man weiterhin übel, dass er sich bei ASEAN-Gipfeln dreimal in Folge hat vertreten lassen. Dabei könnte er sich unter den semi-autoritären Herrschern der Region durchaus in seinem Element fühlen. Mit Spannung wird die außenpolitische Ausrichtung des neuen indonesischen Präsidenten Prabowo Subianto beobachtet, der seinen Unmut über die US-amerikanische Gaza-Politik offen zeigt und bei seiner ersten Auslandsreise die Nähe zu Chinas Staatschef Xi Jinping suchte. Ähnliche Ansichten teilt der malaysische Premierminister Anwar Ibrahim. Jenseits solcher ans heimische Publikum gerichteter Signale wollen die meisten südostasiatischen Staaten jedoch unbedingt vermeiden, sich für eine Seite entscheiden zu müssen, und werden auch weiterhin sicherheitspolitisch mit den USA zusammenarbeiten. In vielen Hauptstädten macht man sich Hoffnungen, von der westlichen Diversifizierungsstrategie profitieren zu können. Startet Trump einen neuen Handelskrieg, dürften wie beim letzten Mal viele Güter über Südostasien den Weg auf den amerikanischen Markt finden.

In Asien kursiert das Bonmot, dass auf die regelbasierte nun eine Deal-basierte Ordnung folgt. Unter den pragmatischen Realisten der Region wird dies durchaus wohlwollend aufgenommen. Besonders begrüßt wird die Aussicht auf eine Reduzierung der als hochmütig und einmischend empfundenen Rhetorik zu Demokratie und Menschenrechten. Nicht zufällig basieren die Grundwerte der „westfälischen Region“ Asien, wie sie in der ASEAN-Charta verankert sind, auf Souveränität, territorialer Integrität, Nichteinmischung und ziviler Konfliktbeilegung. Gleichzeitig haben kleinere und mittlere Mächte ein starkes Interesse am Fortbestand völkerrechtlicher Regeln, um dem chinesischen Expansionstrieb, beispielsweise im Südchinesischen Meer, entgegenzuwirken.

Das größte Risiko einer Trump-Präsidentschaft liegt vermutlich in seinem erratischen Verhalten, das die Glaubwürdigkeit der USA als verlässlicher Sicherheitspartner in der Region untergräbt. Falls sich die amerikanischen Verbündeten für eine [Hedging-Strategie](#) entscheiden – also Zweigleisig fahren, dabei ihre Abhängigkeit von den USA reduzieren und sich Alternativen offenhalten –, könnte dies China ermutigen, seine Einflussphäre weiter auszudehnen. Ob sich Peking dabei für ein aggressiveres Auftreten oder eine Charme-Offensive entscheidet, ist offen.



Mirco Günther, Berlin

Mirco Günther ist Leiter des Asien-Pazifik-Referats der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war er FES-Landesvertreter in Afghanistan und Leiter des FES-Regionalbüros in Asien. 2014 baute er die OSZE-Beobachtungsmission in der Ostukraine mit auf und war für die Organisation auch in Kasachstan und Tadschikistan tätig.

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/bereit-fuer-deals-7915/?utm_campaign=de_40_20241114&utm_medium=email&utm_source=newsletter

07) Suche nach dem Rivalen. Die BRICS-Staaten wollen die Dominanz des US-Dollars im Welthandel brechen – doch von ihrem Ziel sind sie noch weit entfernt.

Von Andrés Velasco

14.11.2024



Kann die BRICS-Allianz den mächtigen US-Dollar vom Thron stoßen? -*picture alliance/dpa/TASS/Alexander Shcherbak*

Was Fotomotive angeht, war das vom BRICS-Gipfel in Kasan (Russland) nicht besonders inspirierend: fünf Autokraten und drei demokratisch gewählte Staatsoberhäupter, die einen Diktator unterstützen, der sein Land aufgrund eines Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs wegen Kriegsverbrechen nicht verlassen darf.

Als die BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien und China; Südafrika kam 2010 hinzu) 2006 ins Leben gerufen wurde, vertrat sie den berechtigten Anspruch, die aufstrebenden Wirtschaftsmächte der Welt zu vertreten. Letztes Jahr hätte die Gruppe ihren Status durch Einladung großer (wenn auch unvollkommen) demokratischer Schwellenländer wie Mexiko, Nigeria und Indonesien festigen können. Stattdessen wurden vier Autokratien (Ägypten, Äthiopien, der Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate) aufgenommen, von denen drei nicht in der ersten Liga der Weltwirtschaft spielen.

Der Hauptzweck der BRICS-Gruppe besteht heute darin, Russland und China als Führer des sogenannten (und unzutreffend benannten) Globalen Südens darzustellen. Passend zu diesem Ziel hatte das Treffen in Kasan einen entsprechend G7-feindlichen Schwerpunkt: den mächtigen US-Dollar vom Thron zu stoßen und (im Welthandel und -finanzwesen) durch eine von den BRICS-Staaten ausgegebene Währung zu ersetzen. Hauptbefürworter der Initiative ist der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der aus gesundheitlichen Gründen (er ist 79 Jahre alt und kürzlich zu Hause gestürzt) nicht persönlich an dem Gipfel teilnehmen konnte.

Im Januar 2023 kündigte Lula an, dass sein Land und Argentinien eine gemeinsame Währung einführen würden, die langfristig auch Paraguay und Uruguay umfassen und zur

Seite E 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Währung des Handelsblocks Mercosur werden würde. Dazu kam es nicht, und eine Entthronung des Dollars durch eine BRICS-Währung wird es auch nicht geben – zumindest nicht so, wie Lula sich das vorstellt.

In jedem einführenden Lehrbuch der Wirtschaftswissenschaften steht, dass eine Währung drei Funktionen erfüllen muss. Erstens muss sie als Rechnungseinheit dienen: Der Preis für einen Laib Brot wird in US-Dollar, kolumbianischen Pesos oder kenianischen Schillingen angegeben. Auf früheren BRICS-Gipfeln haben die Mitglieder daher die Schaffung einer gemeinsamen Rechnungseinheit erörtert, die vorläufig als R5 bezeichnet wird (da die Währungen aller fünf ursprünglichen BRICS-Mitglieder mit „R“ beginnen). Die Durchführbarkeit dieses Vorschlags würde davon abhängen, als wie stabil sich der R5 erweisen würde. Der Löwenanteil des Welthandels wird in US-Dollar abgewickelt, und zwar nicht aufgrund einer von den USA ausgehenden Verschwörung, sondern einfach deshalb, weil die niedrige Inflation in den USA den Dollarpreis der meisten Waren einigermaßen vorhersehbar macht.

Der Löwenanteil des Welthandels wird in US-Dollar abgewickelt, und zwar nicht aufgrund einer von den USA ausgehenden Verschwörung.

Eine Währung muss zudem als Tauschmittel dienen. Ein Mechaniker, der einen Hamburger essen möchte, lässt sich zunächst in der Landeswährung bezahlen und kauft dann mit dem Geld eine Mahlzeit in einem örtlichen Restaurant. Das globale Äquivalent dazu ist, dass ein Einwohner Delhis, der Kaffee aus Brasilien kaufen möchte, zunächst indische Rupien verwendet, um US-Dollar zu kaufen, mit denen er den brasilianischen Exporteur bezahlt, der dann die Dollar in brasilianische Real umtauscht, mit denen er seine Arbeiter entlohnt.

„Jede Nacht frage ich mich, warum alle Länder ihren Handel auf den Dollar stützen müssen“, sagte Lula in einer Rede vor der Neuen Entwicklungsbank in Shanghai im vergangenen Jahr. Die Antwort ist eigentlich ganz einfach. Um den Lebensunterhalt ihrer Familien zu bestreiten, brauchen die brasilianischen Zuckerarbeiter Real, die sie leicht und billig mit US-Dollar kaufen können, aber nicht mit indischen Rupien, südafrikanischen Rand oder äthiopischen Birr.

In der Schlusserklärung des Gipfels von Kasan wird dazu aufgerufen, im Handel untereinander vermehrt die Währungen der BRICS-Mitglieder zu nutzen statt des Dollars. Das freilich würde nur funktionieren, wenn der Handel zwischen zwei beliebigen Ländern immer ausgeglichen wäre. Würden zum Beispiel die brasilianischen Verbraucher Reis aus Indien im Wert des Kaffees kaufen, den die Inder in Brasilien kaufen, würde jede Handelsperiode damit enden, dass keine Partei mehr die Währung der anderen Partei hält. Wäre der Wert der indischen Ausfuhren nach Brasilien allerdings systematisch geringer als der Wert der brasilianischen Ausfuhren nach Indien, würden brasilianische Unternehmen große Rupien-Guthaben anhäufen – was sich von selbst verbietet.

In den Diskussionen im Gefolge von Kasan wurde hervorgehoben, wie sich die Dinge ändern würden, wenn die BRICS-Länder digitale Währungen ausgeben würden – etwas, womit China in den letzten zehn Jahren begonnen hat. Bei den heutigen Währungen laufen alle internationalen Transaktionen in den und aus dem Dollar über Geschäftsbanken, während bei Transaktionen in digitaler Währung private Zwischenhändler wegfallen und nur die Notenbanken beteiligt sind. Aber das Problem der Handelsungleichgewichte würde nicht verschwinden. Wäre es für die brasilianische Notenbank in Ordnung, hohe Guthaben in digitalen Rupien, digitalen iranischen Rial oder selbst digitalen Renminbi zu halten? Sicherlich nicht.

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine haben die Notenbanken Chinas, Indiens, des Irans, der Türkei und anderer Länder ihre Reserven diversifiziert.

Das gleiche Problem würde sich stellen, wenn eine BRICS-Währung (egal, ob Papier oder digital) die lokalen Währungen im Handel innerhalb der BRICS-Gruppe ersetzen würde. Das Problem rührt aus der dritten lehrbuchmäßigen Verwendung einer Währung her: der als Wertaufbewahrungsmittel. Wenn es um Ersparnisse geht, verwenden wir nur Währungen, bei denen wir darauf vertrauen, dass sie nicht eingefroren, beschlagnahmt oder durch Inflation in ihrem Wert gemindert werden. Um dieses Prinzip in der Praxis zu betrachten, genügt ein Blick auf die Devisenreserven der Notenbanken. Etwa 60 Prozent der weltweiten Devisenreserven werden in Dollar gehalten; im Jahr 2000 waren es noch 72 Prozent. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil des Renminbi von null auf lediglich 2,6 Prozent.

Dass der Renminbi in einem derartigen Schneckentempo angenommen wird, ist zum Teil auf die zahlreichen Kapitalverkehrskontrollen zurückzuführen, die China aufrechterhält. Aber vor allem liegt es daran, dass der Wert des Dollars durch die staatlichen Institutionen der USA – einschließlich des Rechtssystems – gestützt wird, die nach wie vor weitaus glaubwürdiger sind als die chinesischen.

All dies bedeutet nicht, dass die Rolle des Dollars als globale Reservewährung für alle Zeit garantiert ist. Wie Großbritannien vor einem Jahrhundert feststellen musste, können sich die Dinge ändern, wenn der Anteil eines Landes an der Weltwirtschaft zu stark schrumpft. Und da die Währung eines Landes nur so gut ist wie seine Institutionen, sind die Trump'schen Eskapaden und die Dysfunktionalität in Washington nicht gerade hilfreich. Dasselbe gilt für das Einfrieren russischer Auslandsguthaben und den Ausschluss russischer Banken von westlichen Zahlungssystemen – so gerechtfertigt diese Sanktionen aus politischer und ethischer Sicht auch gewesen sein mögen.

Seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine haben die Notenbanken Chinas, Indiens, des Irans, der Türkei und anderer Länder ihre Reserven diversifiziert, um zumindest einen Teil ihrer Bestände dem Zugriff der USA zu entziehen. Haben sie sich dazu entschlossen, mehr von den Währungen der jeweils anderen zu kaufen, so wie es die Rhetorik des BRICS-Gipfels nahelegt? Weit gefehlt. Stattdessen kauften sie Gold und trieben dessen Preis in Rekordhöhen. Diese harte Realität könnte Lula zu noch mehr schlaflosen Nächten verdammen.

© *Project Syndicate*

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Andrés Velasco, New York

Andrés Velasco ist Ökonom und Professor. Von 2006 bis 2010 bekleidete er das Amt des Finanzministers in Chile. Er war Mitglied der Lehrkörper der Universitäten in Harvard, Columbia und New York. Zurzeit ist er als Professor an der *School of International and*

Seite E 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Public Affairs (SIPA) tätig. Velasco veröffentlichte zahlreiche Bücher und Aufsätze zur internationalen Ökonomie und Entwicklung.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/suche-nach-dem-rivalen-7910/?utm_campaign=de_40_20241114&utm_medium=email&utm_source=newsletter

01) Klarer Blick vonnöten. Ohne die USA steht Europa blank da. Deutschland braucht einen Plan, wie Sicherheitspolitik zukünftig aussehen soll – und wie diese bezahlt wird

Von Sarah Brockmeier-Large

14.11.2024



Was braucht die Bundeswehr, und wie schnell? - picture alliance/dpa | Focke Strangmann

Es dauerte keinen einzigen Tag, bis sich Deutschland nach der [Wiederwahl von Donald Trump](#) wieder um sich selbst drehte. Das Fundament der europäischen Nachkriegsordnung steht auf dem Spiel und in der Bundesrepublik diskutiert man nach dem Bruch der Ampel-Regierung, ob man an Weihnachten Wahlkampf machen darf, welche Pensionsansprüche die Ampel-Mitglieder haben und ob Olaf Scholz die Gefühle von Christian Lindner verletzt hat. Es beschleicht einen das unheimliche Gefühl, dass wir es sogar diesmal wieder schaffen könnten, wie in vergangenen Wahlkämpfen, fundamentale außen- und sicherheitspolitische Fragen auszuklammern. Doch das kann sich Deutschland diesmal nicht leisten. Nicht nur all jene in der Politik, die in einer neuen Regierung Verantwortung übernehmen wollen, müssen in den nächsten Wochen Antworten liefern, die zur Größe der neuen Herausforderungen passen. Auch Medien und Experten stehen in der Verantwortung, hier immer wieder kritisch nachzufragen.

Trumps Politik wird erratisch sein, aber einiges lässt sich zumindest als wahrscheinlich voraussagen: Die amerikanische Unterstützung der Ukraine könnte komplett wegfallen. Ohne diese Unterstützung wird die Ukraine den Krieg verlieren und in einen für sie und Europa unvorteilhaften Deal gezwungen werden. Gut möglich, dass dies geschieht, ohne dass die Europäer überhaupt mit am Verhandlungstisch sitzen. Gleichzeitig steht die [Abschreckung gegenüber Russland durch die NATO](#) auf dem Spiel: Sowohl Trump als auch sein designierter Vizepräsident haben die NATO-Beistandspflicht immer wieder zumindest in Zweifel gezogen oder klagemacht, dass sie bereit sind, diese als Druckmittel gegenüber den Europäern einzusetzen. Sollte Russland die NATO-Beistandspflicht testen wollen, stehen Bundeswehrsoldaten in Litauen in der ersten Reihe. Und es ist erst ein paar Wochen her, dass die Chefs der deutschen Nachrichtendienste im Bundestag eindrücklich gewarnt haben, dass hybride russische Angriffe in Deutschland nicht nur möglich sind, sondern bereits stattfinden.

Seite E 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Und das ist nur ein Teil der außenpolitischen Herausforderungen. Europa wird die Bemühungen zur Stabilisierung der eigenen Nachbarschaft genauso hochfahren müssen wie die Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel, bei denen die USA ausfallen werden. Es wird mit den Konsequenzen eines potenziell noch stärker eskalierenden Krieges im Nahen Osten ebenso umgehen müssen wie mit möglichen Handelskriegen und Zöllen gegenüber europäischen Gütern sowie mit US-amerikanischem Druck, sich einer konfrontativeren Politik gegenüber China anzuschließen.

Ein geschlossenes Europa mit genügend politischem Willen kann Trump konkrete Angebote machen, um sich Zeit zu kaufen.

Die europäische Abhängigkeit vom militärischen Schutzschirm der USA lässt sich nicht von heute auf morgen beenden. Aber ein geschlossenes Europa mit genügend politischem Willen kann Trump konkrete Angebote machen, um sich Zeit zu kaufen. Das hieße unter anderem, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken und ein europäisches Versprechen, die [Verteidigungsausgaben deutlich zu erhöhen](#) – in Richtung von eher drei als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Auch gemeinsame europäische Schulden werden notwendig sein. Und es gilt, immer wieder als Europa Kompromisse zu finden, auf die eigenen Stärken zu schauen und sich nicht spalten zu lassen.

Ob genau das auch nur halbwegs gelingt, hängt ganz wesentlich von Deutschland ab. Dazu braucht es aber nicht nur eine „stabile“ Regierung in Deutschland, wie es in diesen Tagen immer wieder heißt. Es braucht auch eine, die die deutsche Bevölkerung schon im Wahlkampf auf schwierige Abwägungsentscheidungen und Zumutungen einstellt. Und es braucht eine Regierung mit Geld.

Hier wird es weder reichen, „Frieden“ zu plakatieren, noch pauschal mehr Verteidigungsausgaben zu fordern, ohne zu sagen, wo denn das Geld dafür herkommen soll. Laut einer [Studie des Thinktanks Dezernat Zukunft](#) fehlen rein rechnerisch 193 Milliarden Euro, um bis 2030 das mögliche Ziel von 2,5 Prozent des BIP zu erreichen. Diese Rechnung beinhaltet aber bereits einen Sprung des Verteidigungshaushalts von regulär um die 50 Milliarden auf 80 Milliarden Euro ab 2028 aus der mittelfristigen Finanzplanung der Ampel-Regierung. Doch wo diese 30 Milliarden herkommen sollen, weiß bisher niemand. Nimmt man die 2,5 Prozent als Ausgangspunkt – und es ist nicht ausgemacht, dass das genug ist –, läge der tatsächliche Mehrbedarf also eher in der Nähe von 300 Milliarden Euro. Angenommen, man würde diese Lücke gleichmäßig auf die nächsten sechs Jahre verteilen, ginge es um 50 Milliarden Euro pro Jahr. Man müsste mehr als ein Viertel des Etats für Arbeit und Soziales streichen, um auf diese Summe zu kommen. Selbst wer die Etats für Bildung und Forschung, Gesundheit, Entwicklungs- und Außenpolitik in Gänze streichen würde, hätte immer noch keine 50 Milliarden zusammen. Bei einem möglichen Drei-Prozent-Ziel ginge es eher um 70 Milliarden pro Jahr. Diese Summen lassen sich nicht einfach irgendwo einsparen.

Die fiskalpolitischen Herausforderungen hören hier ja nicht auf. Denn gleichzeitig müssen alle Parteien, die eine Regierung anführen wollen, eine Vision anbieten, die die notwendige sicherheitspolitische Reaktion auf die veränderte Weltlage mit konkreten Ideen kombiniert, wie sie für die Menschen in Deutschland die Zukunft gestalten wollen, und für die dafür [notwendigen Investitionen in Deutschland](#) das Geld aufbringen. [Laut Umfragen](#) befürwortet immer noch eine Mehrheit der Deutschen die Unterstützung der Ukraine sowie höhere Verteidigungsausgaben. [Doch zeigen Studien](#), dass viele Menschen die grundsätzliche Handlungsfähigkeit des Staates – eben auch in der Außenpolitik – infrage stellen, wenn sie in ihrem Alltag ständig erleben, dass der Staat nicht funktioniert. Wenn die

Seite E 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Bahn nicht fährt, die Kitas schließen, Brücken einstürzen. Auch für Investitionen in Infrastruktur, in Bildung, in deutsche und europäische Wettbewerbsfähigkeit wird also das Geld vorhanden sein müssen. Und gleichzeitig braucht es bei diesen riesigen Summen konkrete Vorschläge, wie Geld besser ausgegeben werden kann, etwa durch umfassende Verwaltungsreformen, Digitalisierung und Bürokratieabbau sowie – nicht zuletzt in der Sicherheitspolitik – bessere Koordinierung und Abstimmung auf nationaler und europäischer Ebene.

Um diese Summen zusammenzukriegen, wird es realistischerweise alles brauchen: Kürzungen, Steuererhöhungen sowie eine Reform der Schuldenbremse.

Um diese Summen zusammenzukriegen, wird es realistischerweise alles brauchen: Kürzungen, Steuererhöhungen (wie eine Vermögenssteuer) sowie eine Reform der Schuldenbremse. Wie genau ein neuer fiskalpolitischer Konsens aussehen sollte, ist eine Frage der Aushandlung politischer Prioritäten – nicht zuletzt in den Koalitionsverhandlungen. Aber die Grundvoraussetzung hierfür sind politische Parteien, die bereits im Wahlkampf die Dimensionen deutlich machen, um die es geht. Die beschreiben, was für die europäische Sicherheit, den Zusammenhalt und die Demokratie in Europa auf dem Spiel steht und was das mit dem Leben jedes Einzelnen in Deutschland zu tun hat.

Und es braucht Journalistinnen und Journalisten, die immer wieder nach den sicherheitspolitischen Plänen der Parteien fragen und danach, wie sie diese genau bezahlen wollen, sowie Expertinnen und Experten, die die Lücke zwischen den Herausforderungen und bisherigen Politikvorschlägen verdeutlichen. In Deutschlandfunk-Interviews mit Friedrich Merz und Rolf Mützenich nur zwei Tage nach der Trump-Wahl kamen die Stichworte „Russland“ und „Ukraine“ noch nicht einmal vor. In bisherigen Interviews [fordert Friedrich Merz Mehrinvestitionen in die Verteidigung](#), ohne genau erklären zu müssen, wo das Geld herkommen soll. Das reicht nicht mehr.

Es ist schon eine ziemliche Katastrophe, dass sich Deutschland bei der Amtsübernahme Donald Trumps im Januar 2025 mitten im Wahlkampf befinden wird. Genau in dem Moment, in dem der amerikanische Präsident damit beginnen wird, den Zusammenhalt in Europa auf die Probe zu stellen. Unter diesen Umständen ist es umso wichtiger, dass in den nächsten 100 Tagen vom Wahlkampf sowohl nach innen als auch nach außen das Signal ausgeht: Wir haben den Ernst der Lage verstanden.



Sarah Brockmeier-Large, Berlin

Sarah Brockmeier-Large leitet das Berliner Büro des Leibniz-Instituts für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF) und ist *non-Resident Fellow* am *Global Public Policy Institute* in Berlin.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/klarer-blick-vonnoeten-7920/?utm_campaign=de_40_20241114&utm_medium=email&utm_source=newsletter

**02) Abschied des Hegemons. Kann sich Europa ohne die USA verteidigen?
Jammern über Trumps Sieg hilft nicht, jetzt ist Handeln gefragt**

Von Simon Weiß

12.11.2024



NATO-Übung in Europa: Reicht die Abschreckung, auch ohne die USA? - *picture alliance / Zumapress | U.S. Army*

Donald Trump ist zurück und wird die kommenden vier Jahre die Geschicke der USA bestimmen. In Europa löst das, abgesehen von wenigen Ausnahmen wie Viktor Orbán, tiefe Besorgnis aus. Denn seit Monaten orakeln viele Beobachter, dass mit einer erneuten Präsidentschaft Trumps sicherheits- und verteidigungspolitisch harte Zeiten auf die EU, besonders auf Deutschland, zukommen könnten. Die Sorge wächst, künftig im Umgang mit Moskau weitgehend auf sich gestellt zu sein.

Diese Besorgnis beruht vor allem auf Erfahrungen aus Trumps erster Amtszeit, seinen oft unberechenbaren Äußerungen und der veränderten geopolitischen Lage seit 2022. Durch den potenziellen „Abschied des Hegemons“ drängen sich wichtige Fragen auf: Erstens, können die Europäer die militärische Unterstützung der Ukraine alleine schultern? Zweitens, kann sich die EU oder wenigstens der europäische Teil der NATO gegen Moskau verteidigen? Dabei spielen Faktoren wie politischer Wille, klare Signale und die Wirkung von Abschreckung selbstverständlich eine wichtige Rolle. Das ist schwer zu ermessen in der aktuellen Situation. Letztendlich beruhen die Antworten auf greifbaren, zählbaren Faktoren: den tatsächlichen [militärischen Fähigkeiten in Europa](#).

Wie könnte die Unterstützung für die Ukraine weitergehen, wenn sich die USA zurückziehen? Ohne die USA gaben die europäischen NATO-Partner im vergangenen Jahr bereits 373,5 Milliarden US-Dollar für Verteidigung aus. Dieser Wert wird 2024 voraussichtlich deutlich über 400 Milliarden steigen und im nächsten Jahr weiter zulegen. Doch der vollständige Rückzug der USA würde in entscheidenden Bereichen empfindliche Lücken hinterlassen, die Europas Sicherheitslage beeinträchtigen könnten.

Um diese Lücken zu füllen, müsste Europa erheblich mehr von seinem Tafelsilber, sprich modernen Waffensystemen, in die Ukraine liefern.

Um diese Lücken zu füllen, müsste Europa erheblich mehr von seinem Tafelsilber, sprich modernen Waffensystemen, in die Ukraine liefern. Das ist grundsätzlich machbar, setzt jedoch starken politischen Willen voraus. Washington stellt aktuell einen großen Anteil am NATO-Gesamtbestand: 37 Prozent der gepanzerten Truppentransporter und Schützenpanzer sowie 53 Prozent der Luft- und Raketenabwehrsysteme stammen aus den USA. Gerade Letztere sind für die ukrainische Verteidigung entscheidend. Die aus unterschiedlichen Systemen zusammengewürfelte Luftverteidigung der Ukraine wird von der russischen Armee tagtäglich herausgefordert, hat einen hohen Raketenverbrauch und musste in diesem Jahr empfindliche Materialverluste erleiden.

Obwohl europäische NATO-Staaten, insbesondere Deutschland mit den IRIS-Systemen, die Ukraine massiv unterstützen, wäre ein Stopp US-amerikanischer Lieferungen ein kaum zu kompensierender Rückschlag. Während die USA auf bestehende Reserven zurückgreifen können, müssten europäische Staaten ihre Rüstungsproduktion ausweiten, um die eigene Verteidigungsfähigkeit nicht zu gefährden. Bisher hat der Abnutzungskrieg in der Ukraine zunächst ältere Geräte sowjetischen Designs verschlissen, bevor auf eingemottete, ältere westliche Systeme zurückgegriffen wurde. Viele dieser Systeme älterer Generationen lagern weiterhin bei europäischen Armeen und in der Industrie.

Die Frage bleibt, in welchem Fall (abhängig von der Frontlage) und in welchem Ausmaß (abhängig von vorhandenen Soldaten) solche Systeme zukünftig an die Ukraine geliefert werden. Ein aktuelles Beispiel aus Frankreich zeigt, wie europäische Länder im Falle eines US-Rückzugs einspringen könnten: So konnte Paris eine leichte Brigade der Ukraine mit 128 älteren VAB-Truppentransportern vollständig ausstatten. Ob solche Maßnahmen jedoch europaweit Schule machen, bleibt fraglich, da der Personalmangel der Ukraine weiterhin ein großes Problem darstellt.

Unterm Strich kann Europa den Rückzug der USA kompensieren, müsste dafür jedoch deutlich tiefer in die Tasche greifen.

Unterm Strich kann Europa den Rückzug der USA kompensieren, müsste dafür jedoch deutlich tiefer in die Tasche greifen. Offen bleibt dabei zudem, welchem Ziel diese Lieferungen dienen sollen. Dazu bedarf es eines erfolgsversprechenden, belastbaren Kriegsführungsmodells auf ukrainischer Seite. Unklar ist zudem, ob Europa und Kiew sich auf ein gemeinsames Verständnis von Erfolg einigen können.

Und damit zur zweiten Frage: Kann der europäische Teil der NATO sich selbst verteidigen? Russlands Aufrüstung stellt eine Bedrohung dar, die oft mit Blick auf die „blank“ liegenden Armeen Europas diskutiert wird. Hier hilft ein nüchterner Blick auf die Fakten: Russlands Verteidigungsausgaben sind in den letzten 15 Jahren und besonders seit Kriegsbeginn stark gestiegen. Von 36,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2008 wuchsen sie auf 74,8 Milliarden im Jahr 2023 an und sollen in diesem Jahr auf etwa 140 Milliarden verdoppelt werden. Die europäischen NATO-Staaten geben im gleichen Zeitraum jedoch über 400 Milliarden US-Dollar aus – kaufkraftbereinigt verringert sich der Vorsprung vor Russland jedoch. Trotzdem wird Europa im laufenden Jahr und in 2025 weiterhin deutlich mehr Geld für Anschaffungen, Übungen sowie Forschung und Entwicklung bereitstellen als Moskau. Hinzu kommt, dass es für ein hinreichendes Funktionieren des russischen Rüstungssektors notwendig ist, die zahlreichen Sanktionen zu umgehen, was spürbare Mehrkosten mit sich bringt.

In den vergangenen 15 Jahren ist die russische Armee um etwa sieben Prozent gewachsen und umfasst heute rund 1,1 Millionen Menschen. In den kommenden Jahren soll sie auf 1,5 Millionen wachsen. Bei allen europäischen NATO-Verbündeten zusammengenommen sank die Truppenstärke im gleichen Zeitraum um etwa 28 Prozent und lag 2023 bei rund 1,89

Seite E 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Millionen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen europaweit einheitlichen Trend, es gibt deutliche regionale Unterschiede. So verzeichneten einige kleinere Streitkräfte in Zentraleuropa erhebliche Zuwächse (Litauen plus 185 Prozent, Ungarn und Lettland plus 27 Prozent), während größere Armeen in Westeuropa verkleinert wurden (Deutschland minus 26 Prozent, Frankreich minus 42 Prozent und Italien minus 45 Prozent).

Bei der Ausrüstung der europäischen Streitkräfte spielt die technologische Qualität (Kampfwert) der Waffensysteme eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Bedeutung von Lufthoheit demonstrieren Israel im Nahost-Konflikt sowie Russland, wenn auch begrenzt, im Krieg in der Ukraine. Ohne USA und Kanada verfügten die NATO-Staaten Ende 2023 über 1 772 Kampfflugzeuge der vierten und fünften Generation. Dieser Wert ist dieses Jahr spürbar gestiegen, vor allem mit der steigenden Auslieferung der F-35 an europäische Luftstreitkräfte. Russland hingegen besitzt lediglich 679 Maschinen vergleichbarer Qualität. Bis 2030 werden insgesamt 560 F-35 an europäische Armeen ausgeliefert sein. Russland kann hingegen kaum mit einem vergleichbaren Ausbau seiner Luftstreitkräfte rechnen: Von den 76 Su-57-Kampfflugzeugen der fünften Generation, die 2019 bestellt worden waren, wurden bis heute nur etwa 25 ausgeliefert.

Wer sich intensiver mit den russischen Militärreformen und den Entwicklungen im Rüstungssektor der letzten Jahrzehnte befasst, erkennt den großen Unterschied zwischen der schnellen Produktion technisch einfacher Kamikazedrohnen und der Modernisierung alter Kampfpanzer einerseits und der Kapazität zur Herstellung hochmoderner Hauptwaffensysteme andererseits. Zählt man zu diesen Fakten die aktuellen Schwierigkeiten der russischen Armee hinzu, in der Ukraine entscheidende Fortschritte zu erzielen, scheint ein konventioneller Angriff auf europäische NATO-Staaten derzeit kaum durchführbar und eher einem Himmelfahrtskommando gleichzukommen.

Die Ausgangsbasis für Europa ist also keine Aussichtslose und kann zudem aus eigener Kraft verbessert werden.

Die Ausgangsbasis für Europa ist also keine Aussichtslose und kann zudem aus eigener Kraft verbessert werden. Statt den Ausgang der Wahlen in den USA zu beklagen, sollten europäische Staaten ihre Hausaufgaben machen. Die Personalgewinnung und die Aufstockung der Munitionsbestände auf ein angemessenes Maß sind dabei zentrale Prioritäten. Die verstärkte multinationale Übungsintensität der letzten Jahre geht ebenfalls in die richtige Richtung. Da die großen Armeen des Kalten Krieges nicht mehr bestehen, ist es wichtig, in Friedenszeiten die Einsatzbereitschaft der schnellen Eingreiftruppen zu optimieren, um auf eventuelle Überraschungsangriffe – etwa im Baltikum – rasch reagieren zu können.

Beim Schließen möglicher Fähigkeitslücken müssen Entscheidungsträger sorgfältig abwägen, wann eine Bestellung unmittelbar erfolgen muss, weil die Bedrohungs- und Fähigkeitsanalyse dies erfordert, und wann es sinnvoll ist, Defizite in enger Zusammenarbeit mit Verbündeten zu beheben. Letzteres kann länger dauern, was jedoch kein allzu großes Problem darstellt. Schon heute strahlt Europa für potenzielle Aggressoren eine ausreichend glaubhafte Abschreckung aus.

Schon heute strahlt Europa für potenzielle Aggressoren eine ausreichend glaubhafte Abschreckung aus.

Die tägliche Flut an Berichten über militärische Defizite in Europa, gefolgt von Meldungen über Russlands zunehmende Aufrüstung, wechselt sich ab mit Darstellungen, die Putin

Seite E 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

bereits am Boden sehen, weil Moskau auf veraltete, 70 Jahre alte Waffensysteme angewiesen ist. Dieses ständige Auf und Ab in der Berichterstattung verzerrt die Bedrohungswahrnehmung und verunsichert die Bevölkerung. Eine offene, transparente Kommunikation über die eigenen militärischen Fähigkeiten im Vergleich zu Russland ist daher entscheidend, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verteidigungsfähigkeit Europas zu stärken.

Darauf aufbauend braucht es eine schrittweise und klug im Bündnis abgestimmte Stärkung der eigenen Fähigkeiten. Fehlentscheidungen könnten immense Kosten verursachen, die zu Einschnitten im sozialen Bereich oder zu höherer Staatsverschuldung führen – Entwicklungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen und damit die Verteidigungsfähigkeit von Demokratien gefährden können. Angesichts der Lage in Washington gilt es, keine übereilten Maßnahmen zu treffen, sondern mit klarem Blick auf die eigene Stärke die langfristige Sicherheit zu sichern. Eine Gesellschaft, die diese Zusammenhänge versteht, in der Debatten ohne Panikmache geführt werden können, ist dafür die beste Voraussetzung.



Simon Weiß
Wien

Simon Weiß ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/abschied-des-hegemons-7913/?utm_campaign=de_40_20241112&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Keine Berichte

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 38 – E xx)

01) KW 48 (25.11. – 01.12.2024) – Da fällt einem nichts mehr ein.
Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 632-01

1. Dezember 2024

49. Jahrgang

KW 48

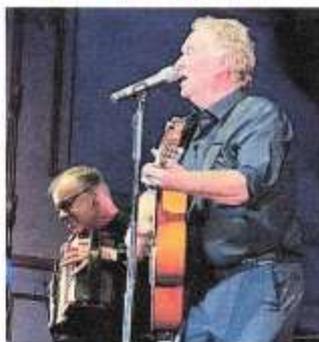
Da fällt einem nichts mehr ein

Das war ja mal wieder eine Woche, in der die Politik die Showbühnen zu beherrschen versuchte, ich nenne nur zwei Namen: Merkel und Lindner. Dazu gleich mehr. Beginnen möchte ich aber mit einer wunderbaren Show, mit zu Herzen gehenden Liedern und einem Erzähler, bei dem man nie müde wird, ihm zuzuhören, auch wenn die eine oder andere Geschichte aus seinem Leben längst bekannt ist.



Die Woche begann für mich mit einem Konzert von **Klaus Hoffmann** in der Hamburger **Laeiszhalle**.

Eine Reise nach Hamburg lohnt sich immer, besonders, wenn Klaus Hoffmann dort auftritt. Hamburg ist für Hoffmann, natürlich neben Berlin, die wichtigste Stadt in seiner Karriere. Schon 1975 gab er im Schauspielhaus der Stadt seinen ersten Konzertabend und wurde 1978 von dem legendären **Boy Gobert** ans Thalia-Theater verpflichtet. Fotos: Ed Koch



Sein Tourneeprogramm beendet Klaus Hoffmann auch in diesem Jahr traditionell mit seinem Silvesterkonzert am **31. Dezember, um 15:00 Uhr**, in der Komödie, diesmal im Ernst-Reuter-Saal in Reinickendorf. Wenige Resttickets sind noch vorhanden.

www.stille-musik.de



Screenshot ZDF

Alles, was über das Buch von **Angela Merkel** zu sagen ist, drückt dieses Bild in **Oliver Welkes** *heute-show* aus. Der satirische Wochenrückblick lohnt sich mal wieder.

<https://www.zdf.de/comedy/heute-show>



Screenshot ZDF

Besonders schön auch der Beitrag von **Dietmar Wischmeyer** über **Christian Lindner**.

Werfen wir also einen Blick auf das **D-Day-Papier** der FDP. Im Laufe eines langen Lebens hat man ja schon viele Strategiepapiere gelesen, die irgendwo im Hinterzimmer verfasst wurden und „aus Versehen“ das Licht der Öffentlichkeit erreichten. Es gibt einen Grundsatz, den Politiker nicht begreifen wollen: **Alles, was schriftlich festgehalten wird, und sei es noch so brisant und geheim, gelangt an die Öffentlichkeit.**

Dass eine Partei aus einer Koalition wieder aussteigen möchte, wenn sie sich darin nicht wohlfühlt, kann man nachvollziehen. Die FDP-Strategen haben dafür aber ein Kriegsszenario verfasst, das seines Gleichen sucht.

Nehmen Sie sich bitte die Zeit und lesen die „**D-Day Ablaufszenarien und Maßnahmen**“ durch, die der engste Kreis um den Bundesvorsitzenden und Generalsekretär unter Beteiligung des Bundesgeschäftsführers verfasst hat. **Christian Lindner** und **Bijan Djir-Sarai** behaupten, nichts davon gewusst zu



haben, was um sie herum aufgeschrieben wurde. Das kann man glauben, aber auch nicht. Der Generalsekretär, der vehement behauptete, dass es dieses Papier nicht gäbe, nachdem die Medien schon darüber berichteten, ist zurückgetreten. Neben „Wir sind Papst“ ist die Schlagzeile von **BILD** „Der Falsche geht“ fast genauso treffend. **Djir-Sarai** musste gehen, weil er nicht wusste, was in seinem Vorzimmer passiert, vor allem aber muss der Parteivorsitzende die Verantwortung übernehmen und ebenfalls zurücktreten, auch wenn es vermutlich das vorläufige Ende der FDP wäre.

Die bisherigen Erklärungsversuche von Lindner in verschiedenen Interviews haben nicht überzeugt.



ARD

Zur besten Sendezeit, gleich nach dem **Tatort** mit dem verheißungsvollen Titel „Schweigen“ darf Lindner um **21:45 Uhr** bei **Caren Miosga** reden. Mit dabei sind **Moritz Schularick**, Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft, der für eine Reform der Schuldenbremse plädiert, insbesondere um angesichts der veränderten Bedrohungslage dringend benötigte Investitionen in die Verteidigung zu ermöglichen, und **Eva Quadbeck**, Chefredakteurin des RedaktionsNetzwerk Deutschland.

Wenn das die alten Ägypter gewusst hätten, was man mit ihren Pyramiden für einen Unsinn anstellen kann...

D-Day Ablaufpyramide

Phase I Impuls

1. Statement CL vor Presse - Kern-Line wird zu Beginn und Ende des Statements platziert (**Schlachtruf**) - 3-5 gute Argumente, warum das Ampel-Aus und rasche Neuwahlen besser für Deutschland, die Wirtschaft und die Menschen ist - Sprache für U3 Gespräche und U2-Papier finalisieren

Phase II Narrativ qualitativ setzen

2. Video CL für Partei versenden (zeitgleich mit Statement oder davor) - Emotionaler, nahbarer als Statement, **Schlachtruf** wiederholen - Hinweis aus a.o. BPT im Dezember; Call to Action Mitglieder

3. Statement CL als Video auf allen Kanälen verbreiten (<30 Minuten)

4. Unterrichtung von BTF und BuVo (15 Uhr)

5. Telefonliste TOP-Multiplikatoren abarbeiten

Phase III Narrativ quantitativ verbreiten

6. Kacheln und Kurz-Videos aus Statement für SoMe-Kanäle MdBs, MdLs, LV, LTF, KV, OV verteilen (Beginn 4h nach Statement)

7. Erste digitale Kreisvorsitzendenkonferenz (D-Day Abends)

8. Argumentepapier/Q&A zum Ampel-Aus wird an die Partei verschickt

9. Zweite digitale Kreisvorsitzendenkonferenz (D-Day +1)

Phase IV Beginn der offenen Feldschlacht

10. 24/7 Community Management

11. Pressearbeit/Hintergrund

12. Start Mitgliederkampagne „Partei ergreifen“

12. Sitzung des Bundesvorstandes am 11.11. Einberufung a.o. BPT

13. Digitale Parteihintergründe

Die FDP hat das gesamte geplante Kriegsgeschehen inzwischen selbst veröffentlicht. Wer einen Blick in die finstersten Niederungen einer einst liberalen Partei werfen möchte, nur zu.

<https://www.fdp.de/media/6739/download?inline>

Gleich zu Beginn und immer wieder taucht das Namenskürzel **CL** auf. Wer mag damit wohl gemeint sein? Zwischen dem 4. und 10. November wollte die FDP ihren Koalitionspartnern den Krieg erklären. Kannte **Olaf Scholz** das Papier, wohl kaum, aber instinktiv hat er Lindner am 6. November gefeuert.

Tja, so kann es gehen. D-Day bedeutet eigentlich „Tag der Entscheidung“, das D dürfte für die FDP aber eher für „Doom“, also Untergang stehen.

Heute ist der 1. Advent. Machen Sie etwas aus diesem sonnigen Tag, zum Beispiel mit einem Besuch beim **Lichtenrader Lichtermarkt am Dorfteich in Alt-Lichtenrade, von 13:00 bis 19:00 Uhr** erwarten Sie zahlreiche Ehrenamtsorganisationen mit ihren Angeboten. Viel Spaß.

Ed Koch

02) KW 47 (18. – 24.11.2024) – Straßenkinder. Von Ed Koch



KW 47 – Straßenkinder

In einem Monat ist Heiligabend. Die Vorweihnachtszeit ist in vollem Gange. Die seit September in den Supermärkten ausliegenden Lebkuchen und Dominosteine kann man nicht mehr sehen, geschweige denn verzehren. Die wichtigste Frage in diesen Tagen scheint zu sein, „Hast Du schon Deine Weihnachtsgeschenke beisammen?“ Noch ein Spielzeug für die Kinder mit maximaler Aufmerksamkeit bis zum 1. Januar? Noch ein Elektrogerät für die Gemahlin, das ihr die Arbeit in der Küche erleichtert? Und für den Herren die üblichen Socken? Den Kindern alles hinstellen, was sie bereits geschenkt bekamen, die Küchenarbeit gemeinsam bewältigen und auf neue Socken verzichten!

Ja, verzichten ist das Gebot der Stunde. Man hat doch alles, jedes weitere Geschenk verstopft nur die Wohnung. Weihnachten ist die Zeit, in der man besonders an Menschen denken sollte, denen es nicht so gut geht wie einem selbst. Zahlreiche Organisationen kümmern sich um diese und brauchen Unterstützung, die sie von staatlichen Stellen gar nicht oder nur unzureichend bekommen. Wie wäre es denn, unter dem Weihnachtsbaum eine Zahlungsüberweisung zu platzieren und der verdutzten Familie zu erklären, dass dies das Geschenk an Menschen sei, die es mehr als man selbst bräuchten.

Bekannt wie „Bolle“ ist in Berlin der Straßenkinder e.V., 1996 initiiert von **Astrid** und **Eckhard Baumann**. 2010 haben sie das Kinder- und Jugendhaus *Bolle* gegründet. 200 Kinder und Jugendliche werden von 42 Festangestellten an drei Standorten in Berlin betreut und vor der Obdachlosigkeit bewahrt. 2010 erhielt **Eckhard Baumann** für seine Tätigkeit das Bundesverdienstkreuz. www.straßenkinder-ev.de



Das Bundesverdienstkreuz trägt auch **Markus Seidel** an seinem Revers. Es ist eine wichtige, wenn auch preiswerte Anerkennung des Staates für außergewöhnliche Leistungen von Bürgern für Bürger. Seidel ist Vorstandsvorsitzender der **Off Road Kids**

Stiftung, auf dem Foto mit der Berliner Standortleiterin **Ines Fornaçon**. Die Hilfsorganisation **Off Road Kids** gibt es seit 1993 – zunächst als Verein und heute als Stiftung. Das Ziel ist es seit jeher, die bestmögliche, dauerhafteste Zukunftsperspektive für junge Menschen zu finden, die durch Obdachlosigkeit bedroht sind. Die Zahlen sprechen für sich:

- Vor Obdachlosigkeit bewahrte junge Menschen seit 1993: 11.510
- ...davon 2023 untergebracht: 1.576
- Junge Menschen in Beratung 2023: 7.378
- Beratungs- und Betreuungstermine 2023: 20.837

Wie **Eckhard Baumann** in seiner Berliner Organisation, so ist auch **Markus Seidel** bei seinem bundesweiten Projekt ständig unterwegs, um Geld zu sammeln, damit die Arbeit erfolgreich weitergeführt werden kann. Dabei hat er einflussreiche Unterstützer, so zum Beispiel den ehemaligen Bahnchef **Rüdiger Grube**, dem immer wieder Jugendliche an den zahlreichen Bahnhöfen auffielen, die da nicht hingehörten. Heute ist **Prof. Dr. Rüdiger Grube** Vorsitzender des Stiftungskuratoriums und Schirmherr der **Off Road Kids** Stiftung. www.offroadkids.de

Gestern Abend hatte ich das Glück, am Tisch von **Markus Seidel** und **Ines Fornaçon** bei einer ganz außergewöhnlichen Veranstaltung zu sitzen, und natürlich haben wir uns für Anfang 2025 verabredet, um in einem weiteren Beitrag ausführlich auf die Arbeit der **Off Road Kids** Stiftung hinzuweisen.



Klaus-Dieter Heinken vom **LIONS CLUB** Berlin-International, **Rüdiger Grube** und der Inhaber des **EUREF-Campus** Berlin, **Reinhard Müller**, hatten in den Festsaal des **Gasometers** zu einer Benefiz-Gala eingeladen, die natürlich in der **Sky Lounge** begann. Für 200 Euro Teilnehmerbeitrag wurden die rund 400 Gäste kulinarisch von **Thomas Kammeier**, **Markus Semmler** und **Wolfgang Becker** verwöhnt. Geboten wurde auch ein musikalisches Programm, mit klassischer und jazziger Musik, moderiert von **Jörg Thadeusz**.



Benefiz-Veranstaltungen erscheinen oft ambivalent. Auf der einen Seite gut betuchte Menschen, auf der anderen Seite Menschen, die wenig, bis nichts haben und oftmals auf der Straße leben müssen. Jetzt kommt das Aber. Spendenaufrufe reichen nicht aus, es muss ein Rahmen geschaffen werden, der Wohlhabende animiert, etwas von ihrem Geld für gemeinnützige Zwecke abzugeben.



Foto links: Rüdiger Gruber, rechts Klaus-Dieter Heinken

„Unser Lions Club Berlin-Intercontinental hat in der Zeit von 1999 bis 2021 ca. 2,6 Mio. € für die Christiane Herzog-Stiftung (Mukoviszidose) bei ähnlichen Benefiz-Galas zusammenbringen können. Seit 2020 ist Mukoviszidose wesentlich leichter zu therapieren (ohne längere – immer wiederkehrende – Krankenhausaufenthalte). Eine Spenden-Gala war daher nicht mehr notwendig. 2021 fand daher die letzte Veranstaltung im EUREF-CAMPUS mit einem Reinerlös von 163.500,00€ statt.

Nun hat sich unser Club entschieden, dabei mitzuhelfen, dass unsere Kinder nicht zu Straßenkindern werden bzw. wenn sie es schon sind, sie zurückzuholen in ein lebenswertes und sinnvolles Leben. Im Angesicht der Tatsache, dass wir hier in Berlin viel zu viele Kinder und Jugendliche haben, die auf der ‚Kippe stehen‘, ist Berlin leider ein Schwerpunkt. Die Station der Off Road Kids im S-Bahnhof Bellevue ist gut ausgestattet, aber es fehlt das Geld für mehr notwendige Mitarbeiter.

Das wollen wir ändern. Und zwar nicht nur mit einer einmaligen Aktion; der Abend am 23.11.2024 soll vielmehr der Auftakt für jährlich wiederkehrende Veranstaltungen zugunsten der Off Road Kids werden - so wie wir 22 Jahre lang die Christiane Herzog Stiftung unterstützt haben.“, sagte uns **Klaus-Dieter Heinken**.

Der Plan scheint aufgegangen zu sein. Einnahmen generiert man natürlich über das Eintrittsgeld, vor allem aber durch eine Tombola, denn etwas zu gewinnen, ist das größte Glück. Allein durch die Tombola, deren erster Preis eine Reise nach Dubai war, kamen rund 20.000 Euro zusammen. Richtig an die

Portemonnaies ging es aber bei der Verlosung zahlreicher Gemälde und Kunstobjekte.



Ewerdt Hilgemann, auf dem Foto mit seinem Sohn **Kai**, stellte eine Miniaturausgabe seiner berühmten Stahlskulpturen, die durch den Entzug von Luft immer wieder neue Formen bilden, zur Verfügung, von denen einige auf dem EUREF-Campus und auch vor der Zentrale der IBB-Bank an der Bundesallee stehen.



Bei Veranstaltungen dieser Art darf **Klaus Wowerit** nicht fehlen, zumal, wenn er Teil eines Preises ist, als Guide auf einer Schifffahrt auf Berlins Gewässern. Auch Phoenix-Reporter **Gerd-Joachim von Fallois** gehörte zu den prominenten Gästen der Gala.



War als Moderator und Auktionator voll in seinem Element, **Jörg Thadeusz**, **Pino** und **Maria**, die auf dem EUREF-Campus das italienische Restaurant *Schmiede* betreiben, mussten an diesem Abend nicht in der Küche stehen oder servieren, sondern konnten sich auch mal verwöhnen lassen.

2

Impressum: paperpress - seit 1976 - paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch - Mathias Kraft - Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press - Postfach 42 40 03 - 12082 Berlin - E-Mail: paperpress@berlin.de - Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierreg.de

paperpress erscheint kostenlos - Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de - Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Neben zahlreichen Kunstwerken wurden auch sehr praktische Dinge versteigert, so zum Beispiel ein Besuch in der Sky-Lounge für 50 Personen, ein Koch-Event im Spitzenrestaurant THE CORD für 16 Personen oder ein Golfturnier für vier Personen.



Einen Gag wollten sich **Klaus-Dieter Heinken** und die beiden Auktionatoren **Jörg Thadeusz** und **Andreas Lukoschick** nicht verkneifen. Bei einer Auktion in New York wurde die Installation „Comedian“ des italienischen Künstlers **Maurizio Cattelan** für 6,2 Millionen Dollar versteigert. Eine Kopie der mit einem Gaffa-Tape befestigten Banane wurde mit dem Einstiegsgebot von 3,3 Millionen Euro angeboten. 800 Euro war das Werk dann tatsächlich einem Gast wert.

177.000 Euro sind durch die Gala für die Off Road Kids zusammengekommen. Ein sehr gutes Ergebnis. Möge es dazu beitragen, dass die Straße nicht zum Zuhause für Kinder und Jugendliche wird.

Was noch?

Wenn man sich diese Woche im Rückblick anschaut, möchte man lieber abschalten. Das Bild, das die SPD bot, ist, volkstümlich gesagt, unter aller Sau. Bei aller Sympathie für den beliebtesten deutschen Politiker **Boris Pistorius** muss man festhalten, dass er eine mögliche Kanzlerkandidatur am Köcheln hielt. Hat er wirklich geglaubt, dass dieser in einem Paralleluniversum lebende amtierende Kanzler **Olaf Scholz** einfach so den Weg frei macht? Scholz glaubt an den Sieg am 23. Februar, alle Zeichen sprechen dagegen. Pistorius hätte entweder öffentlich seine Kandidatur erklären sollen, oder früher verzichten. Er hatte stets nur ausgeschlossen, nicht Papst werden zu wollen. Toller Gag. Am 16. Dezember lässt sich Scholz nun das Misstrauen aussprechen. Aber

vielleicht geht auch das schief, wenn sich die AfD entschliesse, für seinen Verbleib zu stimmen. Wir befinden uns in der Nörrischen Zeit, da ist alles möglich.

Die Diskussionen über die Ausstiegszenarien von Scholz und Lindner aus der Ampel-Koalition sind ermüdend. Ich war nie ein Freund von **Christian Lindner**, ihn aber als „schlechten Menschen“ zu deklassieren, ist stillos.

Olaf Scholz hat seinen Wahlkreis, wie bekannt, in Brandenburg. Ein anderer Brandenburger, nämlich Ministerpräsident **Dietmar Woidke**, hat kurz vor dem ohnehin anstehenden Ende der Koalition aus SPD, CDU und Grünen, die Grüne Gesundheitsministerin **Ursula Nonnemacher** entlassen, weil diese am letzten Freitag im Bundesrat für die Krankenhausreform stimmen, während Woidke das Gesetz in den Vermittlungsausschuss schieben wollte, was angesichts der politischen Lage das Aus bedeutet hätte. Die Grünen sind ohnehin nicht mehr im Landtag, in Brandenburg wird es künftig eine Koalition der SPD mit dem BSW geben.

Vor der Bundesratssitzung hat Woidke seine Ministerin rausgeworfen und ihr quasi im Flur die Entlassungsurkunde überreicht, denn Nonnemacher wollte sich in einer Rede vor dem Bundesrat für die Reform aussprechen. Das wollte Woidke verhindern. Sofort nach dem Rauswurf wurden Nonnemachers Dienstmails gesperrt und nach Hause konnte sie mit dem Taxi fahren, denn auch der Dienstwagen stand ihr nicht mehr zur Verfügung. So eine Szenario kennt man eigentlich nur aus Diktaturen.

Genutzt hat es Woidke nicht, denn die Krankenhausreform ist auch ohne Zustimmung Brandenburgs vom Bundesrat beschlossen worden. Das Zeichen das Woidke in Richtung seines neuen Koalitionspartners BSW, der ebenfalls gegen die Reform ist, senden wollte, hat sich pulverisiert.

Wenn sich Koalitionäre bei einer Abstimmung nicht einig sind, enthält sich das Bundesland der Stimme. Eine Situation wie am 22. März 2002, als **Manfred Stolpe** und **Jörg Schönbohm** beim Zuwanderungsgesetz unterschiedlich abgestimmt haben, hätte sich am 22. November 2024 sicherlich nicht wiederholt. Nonnemacher wollte nur eine Rede halten, deren Inhalt von der Meinung des Ministerpräsidenten abweicht. Das müsste in einer Demokratie möglich sein.

Ed Koch

(auch Fotos)

03) Augen zu und durch. Von Ed Koch



Augen zu und durch

Niemand weiß, mit welchem Ergebnis die SPD am 23. Februar 2025 durch Ziel gelaufen wäre, hieße der Kanzlerkandidat **Boris Pistorius** und nicht **Olaf Scholz**. Ob Pistorius seine Beliebtheitswerte zum Sieger gemacht hätten, ist angesichts des derzeitigen Abstands zur Union von 19 Prozent sehr unwahrscheinlich. (CDU/CSU 33%, SPD 14%).

Wie sagte der bayerische Philosoph **Markus Söder** so richtig, als er mal wieder nicht Kanzlerkandidat wurde: „Die Würfel sind gefallen“, die Gegenkandidaten, erst **Armin Laschet** und aktuell **Friedrich Merz**, hatten die höhere Punktzahl. Was muss das für ein Schmerz sein, den Söder mit sich rumträgt, gegen Laschet und Merz verloren zu haben.

Sagen wir es einmal volkstümlich: „Den Abgeordneten der SPD geht der Arsch auf Grundeis!“ Das Parlament verkleinert sich von aktuell 736 Sitzen auf 630. Nicht nur das. Für die Berliner SPD-Abgeordneten wird es besonders eng. Hinter der Berliner CDU (24%), Grüne (22%), AfD (17%) liegt die SPD laut Umfrage von **Infratest dimap** im Auftrag des **rbb** bei 13 Prozent, also auf Platz Vier. Für den Bund gesamt: Union 33%, SPD und Grüne 14%, AfD 19%.

Eigentlich wäre es völlig egal gewesen, ob Scholz jetzt den Biden gemacht hätte oder nicht. Das Vorbild USA ist ohnehin kräftig in die Hosen gegangen. Und die SPD zerreißt es, so oder so. Der Kampf um die Kanzlerschaft entscheidet sich nicht zwischen **Friedrich Merz** und **Olaf Scholz**, sondern zwischen **Friedrich Merz** und **Robert Habeck**. **Katrin Göring-Eckardt** hat bei **Sandra Maischberger** gesagt, worauf es wirklich ankommt: **Robert Habeck** sehe am besten aus. Ungläubig fragte Maischberger nach, ob es darauf ankomme, Ja, auch, vor allem, je öfter man Merz und Scholz in die Gesichter schaut. Der Wahlkampf-Song der SPD steht schon fest, es ist „Wunder gibt es immer wieder“ von **Katja Ebstein**.

Viele Menschen fragen, was ist schuld daran, warum kommt das Glück, nicht zu mir? Fangen mit dem Leben viel zu wenig an. Dabei steht Olaf schon vor der Tür. Wunder gibt es immer wieder, am 23. Februar könnten sie geschehn. Also: Augen zu und durch!

Blicken wir auf Berlin: Der **Tagesspiegel Checkpoint**, nach eigenen Angaben „Berlins beliebtester Newsletter“, was **paperpress**-Leser sicherlich anders sehen, titelt heute: „**Raed Salehs Rückkehr ins Zentrum der Macht.**“



Foto: Ed Koch

War er da jemals weg? Wie schön wäre es doch, wenn **Raed Saleh** auch Parteivorsitzender wäre, wie **Kai Wegner**. Macht nichts. Er sitzt auch so in der Mitte und die beiden SPD-Vorsitzenden **Martin Hikel** und **Nicola Böcker-Giannini** außen am Katzenisch. Saleh sagt bei der Haushalts-Pressekonferenz am 19. November so wichtige Dinge wie: „Die Aufgabe von Politik sei es, für Stabilität, Ruhe und Sicherheit zu sorgen.“ Böcker-Giannini ergänzte: „Die soziale Stadt bleibe erhalten“, und Hikel sprach von einem „wichtigen Meilenstein.“

Das Leben von **Raed Saleh** besteht, oberflächlich betrachtet, aus vielen Niederlagen. Regierender Bürgermeister durfte er nicht werden, Parteivorsitzender war er, wurde aber nicht wiedergewählt. Die wichtigste Funktion, die des Fraktionsvorsitzenden, hat Saleh aber seit 2011, also 13 Jahren inne. Damit steht er kurz vor dem Rekord, denn nur ein anderer Fraktionschef war bislang länger im Amt als er, mit 15 Jahren **Alexander Voelker** (1958-1973).

Parteivorsitzende dürfen schlaue Reden halten. In den Ortsvereinen, Bezirken und auf Parteitagungen können die Genossinnen und Genossen ihre Meinung äußern. Politik wird aber im Abgeordnetenhaus gemacht. Und da hat **Raed Saleh** sein Machtzentrum. Zum Haushalt durften sich die Parteichefs und Senatsmitglieder äußern, entschieden haben aber die Fraktionsvorsitzenden. Die Story im Tagesspiegel ist überschrieben mit: „Wie Fraktionschef **Raed Saleh** wieder zum mächtigsten Politiker in der Berliner SPD wurde.“ Was für ein Unsinn. Das ist er seit 2011. Nach der Niederlage um den Parteivorsitz schien es kurz so, schreibt der **Tagesspiegel**, „dass Saleh von der Wucht dieses Ergebnisses mitgerissen werden könnte.“ „Das System Raed ist am Ende“, sagte damals ein Mitglied des SPD-Landesvorstands in völliger Fehleinschätzung der Steherqualitäten Salehs.

Erst 2026 stellt sich die Frage nach einem Spitzenkandidaten. **Franziska Giffey** dürfte aus dem Rennen sein. Vielleicht Bezirksbürgermeister **Martin Hikel**? Nie aus dem Rennen ist jedoch **Raed Saleh**.

Ed Koch

04) KW 46 (11. – 17.11.2024) – Effizienz. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-20

17. November 2024

49. Jahrgang

KW 46 - Effizienz

Als hätten wir keine anderen, vor allem eigene Probleme, schauen unsere Medien ständig auf die USA. Ja, ein wichtiger Partner für uns, aber nicht der einzige. Besonders genervt haben mich die vielen Dokumentationen in ARD und ZDF im Vorfeld der US-Wahlen. Keine hat den Erdrutschsieg von **Donald Trump** vorausgesagt, aber **Markus Lanz** („Amerika ungeschminkt“) und **Ingo Zamperoni** („Wirklich nochmal Trump, Amerika?“) konnten mal wieder auf Kosten der Gebührenzahler die USA bereisen, und Zamperoni bei der Gelegenheit seine Familie wiedersehen.

Besonders ineffizient ist es, wenn die Moderatoren der Hauptnachrichten-Magazine „tagesthemen“ und „heute-journal“ live aus Washington, D.C., berichten und dort ihre eigenen Korrespondenten interviewen, was man technisch auch aus den Studios in Hamburg und Mainz machen könnte, und außerhalb von Wahlen auch macht.

Bei **Wikipedia** lernen wir: „Effizienz ist die oft messbare Fähigkeit, Fehler zu vermeiden oder Material, Energie, Mühe, Geld und Zeit bei der Ausführung einer Aufgabe zu verschwenden. In einem allgemeinen Sinne ist es die Fähigkeit, Dinge gut, erfolgreich und ohne Verschwendung zu erledigen.“ Soweit die Theorie.

Eigentlich ist es schlimm genug, dass wir voraussichtlich demnächst mit einem Bundeskanzler **Friedrich Merz** leben müssen. Ein Mann, der nur aus Rache wegen seiner Demütigung durch **Angela Merkel** wieder Fraktionsvorsitzender werden wollte, und nach zwei erfolglosen Versuchen auch Parteichef wurde. Und nun das Sahnehäubchen und der vermutliche Gleichstand mit Merkel, Bundeskanzler ab 2025. Auch **Donald Trump** verdanken wir einer Schmähung, die ihm **Barack Obama** bei einem Bankett im Weißen Haus antat. Obama verscheißerte Trump vor allen Leuten und seine spätere Kandidatur wurde zu einem Rachefeldzug gegen das Establishment der Hauptstadt. Vielleicht sollte man vorsichtiger im Umgang mit **Alice Weidel** sein, wohin das führen könnte, sehen wir.

Natürlich interessiert es uns, wer demnächst die Ministerposten im Kabinett Merz übernehmen wird. Da werden viele Namen von verdienten Christdemokraten genannt, die, wie Merz selbst, keine Regierungserfahrung haben. Das allein ist keine Schande. Wollen wir aber wirklich noch einmal **Jens Spahn**, **Julia**

Klößner und **Alexander Dobrindt** auf der Regierungsbank sehen? Darüber sollten Lanz und Zamperoni Dokumentationen machen, die Reisekosten hielten sich in Grenzen. Die CSU soll Interesse am Landwirtschaftsministerium geäußert haben, nachdem sie das Verkehrsressort mit ihren Experten **Peter Ramsauer**, **Alexander Dobrindt** und **Andreas Scheuer** in die Tonne getreten hat. Nun also das Landwirtschaftsministerium, wo die CSU auch schon Spuren hinterlassen hat. Erinnern Sie sich noch an **Hermann Höcherl**, **Ignaz Kiechle**, **Horst Seehofer** oder **Ilse Aigner**? Das waren Sternstunden für die bäuerlichen Dunghaufen.

Ein Freund, der in den USA lebt, berichtete mir, dass **Donald Trump** plane, bei seinen Überlegungen, Washington, D.C., umzukrempeln, das Landwirtschaftsministerium dorthin zu verlegen, wo Landwirtschaft stattfindet, zum Beispiel in den mittleren Westen der USA. Sollte also die CSU das Landwirtschaftsministerium übernehmen, könnte es nach Bayern verlegt werden. Ob das effektiv wäre, ist eine andere Frage.

Was jedes Land, jede Region, jede Stadt braucht, vor allem auch Berlin, ist eine Behörde, wie sie jetzt in den USA entsteht, das „Department of Government Efficiency“ (kurz **DOGE**). Geleitet wird diese Behörde von zwei Milliardären, **Elon Musk** und **Vivek Ramaswamy**. Von Zweiterem habe ich zuvor noch nie etwas gehört.

Nun suchen die beiden Leiter von Trumps neuer Lieblingsabteilung *Mitarbeiter mit hohem IQ*, womit ein Großteil der Wählerschaft von Trump schon mal ausscheidet, *die bereit sind, mehr als 80 Stunden pro Woche zu arbeiten – und zwar ohne Gehalt*. Da kommen wiederum einige Trump-Wähler in Frage, die reich genug sind. *„Wir sind den Tausenden von Amerikanern sehr dankbar, die ihr Interesse bekundet haben, uns bei DOGE zu helfen“*, heißt es in einem der ersten Beiträge des „Department of Government Efficiency“ auf Musks Internetplattform X, wo das Konto der neuen Behörde bereits mehr als 1,4 Millionen Follower hat.

„Wir brauchen keine weiteren Teilzeit-Ideengeber“, erklären die Leiter. „Wir suchen hochqualifizierte Revolutionäre für eine kleine Regierung, die bereit sind, 80+ Stunden pro Woche an unrühmlichen Kostensenkungen zu arbeiten. Elon und Vivek werden das Beste eine Prozent der Bewerber prüfen.“ Neben einem hohen IQ und der Bereitschaft, über zehn Stunden täglich unentgeltlich zu arbeiten, werden offenbar keine weiteren Qualifikationen verlangt. Musk

1



beschreibt die Tätigkeit als „sehr mühsame Arbeit, bei der man sich viele Feinde macht und das Gehalt gleich null ist“ Eine Begründung für die fehlende Bezahlung geben die beiden Milliardäre, die ebenfalls kein Gehalt beziehen werden, in ihrer Stellenausschreibung nicht.

Musk, der Millionen in Trumps Wahlkampf investiert hat, profitiert von dessen Sieg. „Die Kursrally der Tesla-Aktie nach Trumps Wahlsieg hat Elon Musks Vermögen um 21 Milliarden Dollar gemehrt.“ tagesschau

Musk rechnet vor, dass es möglich sei, „die Bundesausgaben um zwei Billionen Dollar zu senken – was etwa einem Drittel der US-Ausgaben im letzten Fiskaljahr entspräche. Konkrete Angaben, wie dieses Ziel erreicht werden soll, machte Musk jedoch nicht.“ Das Konzept wird ganz einfach umzusetzen sein, indem tausende von Beschäftigten in den Ministerien entlassen werden. Bereits am 4. Juli 2026 soll die Arbeit der Behörde enden. Trump bezeichnete dies als „perfektes Geschenk an Amerika zum 250. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung.“ Ob es dann noch Beschäftigte in den Ministerien gibt, die mitfeiern könnten, ist offen. Quelle: Berliner Zeitung

Eine Behörde zu unterhalten, die sich mit Effizienz beschäftigt, kann nicht schaden. Die Frage ist nur, ob dieses Ziel allein durch Entlassungen erreicht werden muss. In Berlin werden wir eine effiziente Verwaltung wohl nie hinbekommen. Die Konstruktion Senat und zwölf Bezirke, die immer mehr Rechte zugestanden bekommen, wird das verhindern. Wir können gespannt sein, was aus der Berliner Verwaltungsreform wird. Als jemand, der über 50 Jahre für eine Bezirksverwaltung tätig war, ist mir der Begriff Reform von Anfang an sehr vertraut. Besser geworden ist die Lage nach jeder Reform allerdings nicht.

Was noch?

Wenn Ihnen auf dem Weihnachtsmarkt ein Mann, gehüllt in einen roten Mantel begegnet, Vorsicht!, es könnte **Olaf Scholz** sein. Nehmen Sie keine Geschenke an, egal, welche Farbe die Mäntel der Weihnachtsmänner haben.

Die einzige Zeit im Jahr, in der man wirklich einmal andere Gedanken haben möchte als sich mit der bescheidenen politischen Lage zu beschäftigen, versauen uns die Politiker auch noch. Eigentlich dürfen Wahlplakate zwei Monate vor dem Urnengang aufgestellt oder aufgehängt werden. Davon nehmen die Parteien hoffentlich Abstand, denn an Heiligabend möchte niemand Plakate aufstellen und schon gar nicht sehen. Zu viele Weihnachtsmänner können ei-

nem auch die Stimmung vermiesen. Wählen am 23. Februar 2025, Mitten im Winter, ist auch nicht schön, wir haben das am 12. Februar 2023 bei der Berliner Nachwahl erlebt, zwar mild, aber feucht und Nieselregen bei sieben Grad. Was die Bundestagswahlen betrifft, müssten sie künftig immer vier Jahre danach im Februar stattfinden. Es sei denn, eine Koalition entschlösse sich, im Sommer zu zerbrechen.



Foto: ARD BR

Apropos Koalition zerbrechen. In der rbb-InfoRadio-Reihe „Matthay fragt“, hatte **Sabine Matthay** gestern **Albrecht von Lucke** zu Gast. Lucke ist profunder Politikexperte und Schnellsprecher. Man muss sich konzentrieren, damit einem nichts entgeht. Es lohnt sich aber. Das knapp halbstündige Gespräch ist äußerst interessant, erklärt Lucke doch sehr präzise, wie es zu dem Koalitionsbruch kam und wer davon am meisten profitiert.

<https://www.inforadio.de/rubriken/debatte/matthay-fragt/2024/11/bundesregierung-scheitern-beendigung-albrecht-von-lucke.html>

Olaf Scholz, so wird es kolportiert und nicht dementiert, soll gesagt haben, **Christian Lindner** sei ein „schlechter Mensch.“ **Hubertus Heil** schreibt über die FDP auf X: »Verantwortung als Fremdwort, Börsartigkeit als Methode.“ **SPD-Politiker haben empört auf Medienberichte reagiert, wonach die FDP sich seit Ende September auf ein Ende der Ampelkoalition vorbereitet haben soll und sehen darin „politische, menschliche und historische Abgründe“.** Bereits im Sommer soll Scholz über die Entlassung von Lindner nachgedacht haben, und seine Rauswurfrede lag seit langem fertig in der Schublade. Worüber regt sich die SPD auf? Man muss kein Freund von Lindner oder der FDP sein, sie aber zu verunglimpfen, ist kein guter Stil, sondern eine Reaktion aus der Verzweiflung heraus, gescheitert zu sein. Denn, es hätte, wie wir heute wissen, Rettungsmöglichkeiten der Ampel gegeben. Im Gegensatz zu **Robert Habeck** wollte **Olaf Scholz** das nicht mehr. Abgerechnet wird am 23. Februar 2025.

Ed Koch

05) Der Weihnachtsmann ist da! Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-16

14. November 2024

49. Jahrgang

Der Weihnachtsmann ist da!



40 Tage vor Weihnachten ist der Mann mit dem weißen Bart und dem roten Mantel im brandenburgischen **Himmelpfort** eingetroffen. Auf unterschiedlichen Wegen erreichte er bislang die kleine Gemeinde mit dem schönen Namen und einem besonderen Postamt.

Heute war seine Anreise spektakulär wie nie zuvor, denn er legte mit dem aus den Medien deutschlandweit berühmtesten Wasserfahrzeug am Ufer des Himmelpforter Haussees an, dem knallgelben **DHL-Solarschiff**. Die **Deutsche Post** und **DHL** haben in Kooperation mit der Reederei **Solarwaterworld** und dem Berliner Hafenlogistiker **BEHALA** dieses Schiff entwickelt, das normalerweise Pakete zwischen dem Südhafen Spandau und dem Westhafen transportiert. Für den Weihnachtsmann machte das Schiff eine Pause und fuhr von Berlin nach Himmelpfort.



Am Ufer wurde der Weihnachtsmann von sieben Kamerateams, zahllosen Fotografen und von Kindern der Grundschule aus dem Nachbarort Bredereiche begrüßt. Ein Empfang, wie ihn sich König Charles oder unser Bundespräsident nicht besser hätte wünschen können. Und natürlich sangen die Kinder dem

Weihnachtsmann in Erwartung eines Geschenks etwas vor. Das gab es dann auch.



Fotos: Reisten extra aus Berlin an, um dem Weihnachtsmann diese besondere Bootsfahrt zu ermöglichen: Solarboot-Kapitän **Dirk Braumann**, **Louise Ahrens**, COO (Chief Operating Officer) der Solarwaterworld AG, und DHL-Projektleiter **Andreas Schwager**, den wir wegen des markanten Aufdrucks auf seiner DHL-Jacke ausnahmsweise von hinten zeigen.

Wie alles begann

Die Geschichte, wie Himmelpfort zur Wunschzetteldressadresse wurde, hat sich niemand ausgedacht. Sie ist tatsächlich so entstanden. Himmelpfort (coeli porta) wurde am Beginn des 14. Jahrhunderts für die Konventsgebäude des Zisterzienserklosters angelegt. Rund 500 Menschen leben heute auf den knapp 30 Quadratkilometern.



Hier gab es und gibt es ein Postamt, das sich keine Sorgen machen muss, eines Tages, wie so viele im ganzen Land, geschlossen zu werden. 1984, da gehört der Ort

zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR), kamen zwei Kinder aus Sachsen und Berlin auf die wagemutige Idee, dem Weihnachtsmann schreiben zu wollen. Als Adresse hielten sie Himmelpfort für die richtige. Die damalige Postmitarbeiterin konnte diese Briefe natürlich nicht zustellen, wollte sie aber auch

1



nicht mit dem Vermerk „Empfänger unbekannt“ zurückschicken. Deshalb antwortete sie selbst den Kindern.



Das sprach sich schnell herum, denn die Anzahl der Wunschzettel nahm Jahr für Jahr zu. Die Postmitarbeiter vor Ort konnten die Mengen irgendwann nicht mehr selbst bewältigen. Deshalb engagierte die Deutsche Post 1995 erstmals zwei „Weihnachtsmannhelfer“ und beschäftigt inzwischen 20 Weihnachtsgel für die Beantwortung der Briefe. Nach der Anzahl der Briefe ist die Weihnachtspostfiliale in Himmelpfort mittlerweile die größte in Deutschland: Im vergangenen Jahr trafen bis Heiligabend über 300.000 Wunschzettel aus 60 Ländern ein.

Im vergangenen Jahr trafen bis Heiligabend über 300.000 Wunschzettel aus 60 Ländern ein.



In den vergangenen Monaten sind bereits rund 8.000 Wunschzettel in Himmelpfort angekommen. Die Antwortbriefe des Weihnachtsmannes sind in diesem Jahr erstmals mit einer sprechenden und singenden Weihnachtsbriefmarke mit dem Motiv „Weihnachten für Kinder – Weihnachtsbäckerei“ frankiert. Der Clou dabei ist, dass man die Briefmarke sogar hören kann, z. B. Liedzeilen des Ohrwurms „In der Weihnachtsbäckerei“ von **Rolf Zuckowski**, kurze Dialoge der abgebildeten Personen, die Weihnachtsgeschichte oder Wissenswertes rund um den Advent. Mit einem tiptoi-Stift von Ravensburger können Kinder und Erwachsene diese Audioinhalte auf dem - mit viel Liebe zum Detail gestalteten - Motiv zum Klingeln bringen.

So werden aus der diesjährigen Weihnachtspost auch ein echtes, weltweit einmaliges Hörerlebnis und eine Entdeckungsreise für Jung und Alt.



In Himmelpfort gibt es auch das Haus des Weihnachtsmanns mit seiner liebevoll eingerichteten Wohnung.

Die Kinder sollten ihre Wunschzettel bis zum 2. Advent (8. Dezember 2024) abschicken, damit die Antwort noch rechtzeitig bis Heiligabend auf den Weg gebracht werden kann. Ganz wichtig ist, dass jedes Kind den korrekten und vollständigen Absender auf den Brief schreibt, damit der Weihnachtsmann ihnen antworten kann. Bis Heiligabend wird er mit seinen fleißigen Weihnachtsgeltern wieder Kinderbriefe aus Deutschland und aller Welt lesen und beantworten. Über das Briefzentrum in Hennigsdorf bei Berlin werden die Antwortbriefe an die Kinder in aller Welt versandt.

Der Weihnachtsmann wird an den Wochenenden bis Heiligabend und auch am 23. Dezember 2024 jeweils von Donnerstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr mit einigen Weihnachtsgeltern in der Weihnachtspostfiliale (Weihnachtsmannhaus, Klosterstraße 23, 16798 Himmelpfort) sitzen. Vom Podest vor dem Weihnachtshaus aus können kleine und große Besucher jederzeit einen Blick in das Innere der weihnachtlich geschmückten Weihnachtspostfiliale werfen. Weitere Informationen unter

www.deutschepost.de/himmelpfort

Was für eine schöne Geschichte in dieser Zeit, in der die Welt aus den Angeln zu geraten scheint. Zu Weihnachten steht unser Land mit einer Regierung ohne parlamentarische Mehrheit da, in den USA stellt der neue Präsident eine Regierungsmannschaft zusammen, die bestenfalls für eine Geisterbahn taugt, in der Ukraine und im Nahen Osten sterben durch unsinnige Kriege jeden Tag Soldaten, Zivilisten und Kinder. Selten war das Rufen nach einer friedlichen und frohen Weihnacht so deutlich zu hören wie heute. Übrigens: Fahren Sie nach Himmelpfort und genießen Sie die angenehme Ruhe im Brandenburger Land.

Ed Koch

Quelle: Deutsche Post

Fotos: Uwe Januszewski, Ed Koch, Andreas Schwager

06) Vattenfall in Deutschland klar auf Wachstumskurs. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-13

11. November 2024

49. Jahrgang

Vattenfall in Deutschland klar auf Wachstumskurs

In den letzten Jahren war von Vattenfall vornehmlich dann etwas zu hören, wenn wieder ein Unternehmensteil verkauft, besser gesagt, zurück an Berlin verkauft wurde. Das war 2021 mit dem Stromnetz der Fall und in diesem Jahr mit dem Fernwärmenetz. Der Verkauf der GASAG ist hingegen in diesen Tagen gescheitert. Vattenfall hält - ebenso wie der französische Energieversorger Engie - 31,575 Prozent der Anteile, E. ON 36,85.



Auf der heutigen Pressekonferenz in der Firmenzentrale am Südkreuz wollten sich die Unternehmensvertreter zu dem Vorgang nicht äußern.



Der Finanzchef von Vattenfall Deutschland, **Robert Zurawski**, wollte lieber über die beachtlichen Investitionen des schwedischen Staatskonzerns in Deutschland sprechen. Vattenfall ist nach wie vor Grundversorger für Berlin und Hamburg. Allein in Berlin

sind rund 1.000 Mitarbeitende tätig. *Fotos: Ed Koch*

Bis 2028 sind hierzulande mehr als 5 Milliarden Euro an Investitionen in fossilfreie Erzeugungsanlagen, E-Mobilität sowie andere Produkte und Energiedienstleistungen vorgesehen.

Auch nach dem Verkauf des Berliner Fernwärmegegeschäfts ist Vattenfall als Energieversorger in Deutschland weiterhin umfassend entlang der Wertschöpfungskette aktiv: „Einerseits produzieren wir

*Strom in unseren Wind- und Solarparks und stellen dem Strommarkt über Pumpspeicherkraftwerke und Batterien die notwendige Flexibilität zur Verfügung,” erklärt **Robert Zurawski**. „andererseits vermarkten wir diesen Strom über Partnerschaften mit der Industrie und beliefern unsere mehr als 5 Millionen Endkunden mit Strom und Gas. Hinzu kommen vermehrt Lösungen für die Energiewende zu Hause. Zudem bauen wir unsere Ladeinfrastruktur für E-Mobilität massiv aus.“*

Vattenfall erzeugt seinen Strom fast ausschließlich ohne fossile Brennstoffe. Künftig will Vattenfall jedes Jahr rund 500 Megawatt an Solarparks und 300 Megawatt an Großbatterien fertigstellen - und zwar ausschließlich in Kombination beider Technologien, um die schwankende Solarerzeugung an den Stromverbrauch der Verbraucher anzugleichen.

Ein Schwerpunkt liegt außerdem auf Agri-PV; der Verbindung aus Landwirtschaft und Solar für eine bessere Flächennutzung. Bis 2028 sollen die geplanten Offshore-Windparks Nordlicht 1 und 2 mit einer Kapazität von 1,6 Gigawatt in Betrieb gehen. Und auch bei Onshore-Windanlagen ist die Projektpipeline von Vattenfall mit rund 1,5 Gigawatt sehr gut gefüllt.

Robert Zurawski: *„Deutschland ist der am schnellsten wachsende Markt für erneuerbare Energien in Europa. Der Strombedarf wird bis 2030 voraussichtlich um 40 Prozent steigen und könnte sich bis 2045 sogar verdoppeln.“* Aktuellen Zahlen der Bundesnetzagentur zufolge, lag der gesamtdeutsche Stromverbrauch 2023 bei rund 457 Terrawattstunden (TWh). Eine Terrawattstunde entspricht einer Milliarde Kilowattstunden (kWh). Der Stromverbrauch des Autors dieses Beitrages liegt jährlich bei rund 1.000 kWh, nur, um mal die Größenordnungen darzustellen. **Robert Zurawski** zeigt sich zuversichtlich, dass der immer weiter steigende Strombedarf gedeckt werden kann, wenn *„die Rahmenbedingungen stimmen.“* Und diese gibt die Politik vor, die gegenwärtig, was kein Zitat des Vattenfall-Finanzchefs ist, nicht besonders verlässlich ist, auch mit Blick auf die USA.

In Folge der Energiekrise wollen sich aktuell viele energieintensive Industrieunternehmen mittel- und langfristig mit Grünstrom eindecken - nicht nur aus Imagegründen und Klimaschutzanstrengungen, sondern auch, um Kosten zu sparen. Möglich machen das industrielle Strompartnerschaften und Lieferverträge, deren Nachfrage bei Vattenfall aktuell spürbar anzieht. So gab es in diesem Jahr entsprechende

1



Vereinbarungen mit dem Chemiekonzern Evonik und dem Stahlproduzenten Salzgitter. Private Stromlieferverträge bewegen sich hier in der Regel in einer Größenordnung zwischen 100 und 800 Gigawattstunden pro Jahr – bei Laufzeiten um die zehn Jahre.

„Strompartnerschaften bieten Erzeugern und industriellen Verbrauchern von erneuerbarem Strom gleichermaßen Investitionssicherheit, stabile Preise und Risikostreuung“, betont Zurawski.

Als integrierter Energieversorger möchte Vattenfall künftig verstärkt auf digitale Tools und Kompetenzen setzen – insbesondere im Energiehandel und im Vertriebsgeschäft: „Unser Ziel ist, auf diese Weise unser Anlagenportfolio optimal zu steuern, uns vom Wettbewerb zu differenzieren und unseren Kundenstamm zu vergrößern“, sagt Zurawski. Mit dem steigenden Anteil erneuerbarer Quellen benötige der Strommarkt künftig mehr Systemflexibilität, die Vattenfall über eigene Erzeugung aus Pumpspeicherkraftwerken und Großbatterien sowie perspektivisch auch Wasserstoff bereitstellen möchte. „Auf der Kunden-seite werden dynamische Verträge für Haushalte und die Vermarktung von Flexibilität für Erzeuger und Abnehmer von Strom eine immer wichtigere Rolle spielen.“

Und auch das wachsende Endkundengeschäft von Vattenfall entwickelt sich weiter: „Unsere mehr als 5 Millionen Kunden erwarten von uns heute nicht nur Strom- und Gasverträge, sondern Lösungen für die Energiewende zu Hause wie Wärmepumpen, PV-Anlagen, Stromspeicher oder Wallboxen. Wir koordinieren hier den gesamten Prozess von der individuellen Vor-Ort-Beratung bis zur technischen Installation der Anlagen“. Vattenfall kooperiert deshalb bundesweit mit rund 150 Handwerksbetrieben.

Zudem will Vattenfall bis 2028 insgesamt 500 Millionen Euro in die Ladeinfrastruktur für E-Autos investieren und ist hier entlang der gesamten Wertschöpfungskette aktiv: angefangen bei der Installation von Ladesäulen über deren Betrieb und Wartung bis hin zum Stromverkauf über eigene E-Ladetarife. Über alle Geschäftsbereiche hinweg plant Vattenfall bis zum Jahr 2028 mehr als 5 Milliarden Euro im deutschen Markt zu investieren.

Salopp angemerkt, durch den Verkauf der Netze in Berlin sieht die Einnahmeseite von Vattenfall recht gut aus. Schön, dass dieses Geld wieder investiert wird.

*Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle: Vattenfall*



KW 45 Der Umwelt zuliebe

Durch die Wahl von **Donald Trump** in dieser Woche erleiden die weltweiten Bemühungen, das Klima zu retten, einen herben Rückschlag. Gleich am ersten Tag seiner am 20. Januar 2025 beginnenden Amtszeit, will er aus dem Pariser Klimaschutzabkommen wieder aussteigen. Mit dem Schlachtruf „*Drill, Baby, drill!*“, also bohre, was das Zeug hält, setzt Trump weiter auf fossile Energiequellen wie Gas und Öl. Klimaschutzende Energiegewinnung ist nicht seine Sache. Im Wahlkampf hat er sich lustig über die Windräder in Deutschland gemacht. Katastrophale Überschwemmungen, wie aktuell in Spanien, sind für Trump nicht mehr als Wetterphänomene, die nichts mit dem Klimawandel zu tun haben.

Wir möchten in diesem Wochenrückblick über drei Projekte berichten, die sich dem Klimawandel entgegenstellen.

- Berlins bekannteste **Naturschutzstation** in Marienfelde
- Eine Pflanzaktionen für mehr Bildung zur **StadtNatur**
- **Wärmepumpen**, die durch verbale politische Ungeschicklichkeiten Angst auslösten, dennoch eine große Bedeutung für den Klimaschutz haben



Foto: Ed Koch

Am Montag erschien **Björn Lindner** vor dem Ausschuss der BVV Tempelhof-Schöneberg für *Ordnung, Grün, Umwelt und Klimaschutz*. Seit 2007 ist Lindner NaturRanger in Marienfelde. Er ist das Original, dessen Konzepte inzwischen viele andere übernommen haben. Eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Geländes der ehemaligen Mülldeponie, spielte und spielt das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit als Umweltstadtrat 2006

hat **Oliver Schworck** (SPD) die Naturschutzstation zu seinem Lieblingsprojekt erklärt und alles getan, um sie finanziell über Wasser zu halten. Das ist bis heute auch gelungen. Die Naturschutzstation ist nicht nur ein wichtiger Anlaufpunkt für Schulklassen und Kitas (Grünes Klassenzimmer), sondern auch für junge Menschen, die sich um Naturschutz kümmern wollen (JuniorRanger – Die Zwiebelfrösche). Schworck ist, wenn auch als Stadtrat nicht mehr für den Naturschutz zuständig, nach wie vor Schirmherr der JuniorRanger. Die spannende Geschichte und das umfangreiche Programm der Naturschutzstation finden Sie unter:

<https://naturschutzstation-marienfelde.de/das-ehrenamt>

Warum erschien nun **Björn Lindner** am Montag vor dem Ausschuss? Der Tagesordnungspunkt 5 lautete: Zukunft der Naturwacht Marienfelde. Das Wort Zukunft klingt natürlich schon beunruhigend. Es ging, worum sonst, vor allem um die finanzielle Zukunft. 411.000 Euro erhält die Station jährlich für ihre Arbeit, einschließlich des Personals. 211.000 Euro davon kommen vom Bezirk, 200.000 Euro vom Senat.

Selten sind sich parteiübergreifend Bezirksverordnete bei einem Thema so einig, wie bei diesem. **Saskia Ellenbeck** (Grüne), die derzeit zuständige Stadträtin für den Umweltschutz, hielt, wie alle anderen Rednerinnen und Redner auch, einen fiammenden Appell zur Erhaltung der Naturstation. Und alle versprochen, ihre Kanäle in den Senat zu nutzen, um eine Zusage für die fehlende Hälfte der Finanzierung zu bekommen.

Es traf sich gut, dass auf den Donnerstag dieser Woche das große Dankeschön-Treffen für alle Unterstützer der Naturschutzstation terminiert war. Titel der Veranstaltung: *Sauvesper*, Ausgabe Nummer 15.



Begrüßung der Gäste der „Sauvesper“, Stadtrat Oliver Schworck und Björn Lindner, Foto: Ed Koch 2018



Unterstützer der Naturschutzstation: Anja Libramm und Ingo Malter von STADT UND LAND. Foto: Ed Koch 2022

Während der Wildschweinbraten gut gewärmt auf seinen Verzehr wartete, bedankte sich **Björn Lindner** in seiner Begrüßungsrede bei allen Unterstützern namentlich. Besonders bewegend war das Statement eines JuniorRangers, der inzwischen für die Naturschutzstation auf Honorarbasis tätig ist. Er wies eindrücklich darauf hin, dass er und seine Mitstreiter noch nicht wüssten, wie es 2025 weitergehend wird. Die zugesagten Mittel des Bezirks reichen für ein halbes Jahr, und dann? Bleibt zu hoffen, dass die Unterstützer ihre Kanäle in den Senat nutzen, um dieses Projekt am Leben erhalten zu können.



Garten der Friedenauer Gemeinschaftsschule in der Rubensstraße 63.

Der Verein **bee4us** und der **Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg (lsfb)** setzen mit einer Reihe von Pflanzaktionen ein Zeichen für Biodiversität und die Berliner Stadtnatur. Im Laufe des Novembers werden in Zusammenarbeit mit den Fördervereinen von sechs

Schulen und Hortträgern im Bezirk Tempelhof-Schöneberg bis zu 7.000 Frühblüher auf den Schulgeländen gepflanzt.



Pflanzaktion am 8. November 2024

Ausgangspunkt für das Projekt war die Beobachtung des Vereins **bee4us** aus Tempelhof-Schöneberg, dass Kinder häufig zu wenig Stadtnatur erleben und von Erwachsenen hören, dass Insekten gefährlich seien. Zu einer vielfältigen Stadtnatur gehören aber Insekten, insbesondere Wildbienen. Was viele nicht wissen: Hummeln sind die ersten Wildbienen im Jahr, die auf Pollen und Nektar angewiesen sind. Krokusse und andere Frühblüher liefern dieses Angebot. Damit die Blumen ab Februar wieder erblühen, müssen ihre Zwiebeln bereits im Herbst des Vorjahres gepflanzt werden.



Die Vereinsvorsitzenden Martina Pachaly und Jürgen Sieglismund legten selbst Hand an und rammten die Spaten in den harten Boden, um darin beispielsweise Elfen-Krokusse zu versenken, die im Frühjahr blühen werden.



Der **Isfb** zeigte sich von der Idee begeistert, den Kindern einen Zugang zur Stadtnatur, die sie umgibt, zu eröffnen, und konnte sechs Schulfördervereine gewinnen, die die Pflanzaktionen in Zusammenarbeit mit pädagogischen Fachkräften vor Ort umsetzen.

bee4us und der Isfb kennen sich aus dem Landesnetzwerk für Bürgerengagement Berlin e.V., in dem beide Mitglied sind, da ihre Tätigkeiten auf ehrenamtlichem Engagement beruhen. *„Unser gemeinsames Projekt macht deutlich, dass Zivilgesellschaft wichtige Impulse setzen und den Kindern Zugang zu Themen bieten kann, die für die eigene Lebensumgebung von Bedeutung sind“*, so **Dr. Claudia Nickel**, Geschäftsführerin des Isfb. **Martina Pachaly** und **Jürgen Siegismund**, beide im Vorstand von bee4us, bestätigen: *„Bereits die Vorgespräche an den Schulen haben uns gezeigt, wie wichtig es ist, die Bildungseinrichtungen zu unterstützen. Durch die Zusammenarbeit tun wir nicht nur etwas für die Stadtnatur, sondern auch für das solidarische Miteinander in unserem Bezirk.“*

Dank der Finanzierung der Blumenzwiebeln und des Materials über den Fonds *„Sachmittel für freiwilliges Engagement in Nachbarschaften“ (FEIN)* des Bezirks Tempelhof-Schöneberg, können die Pflanzaktionen realisiert werden. Die pädagogischen Fachkräfte erhalten bereits im Vorfeld eine fachliche Einweisung. Die Kinder erwerben das Wissen anhand einer kindgerechten Geschichte über die Hummel Helga, bevor sie selbst die Blumenzwiebeln pflanzen.

bee4us e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der Berlin zur *„Wildbienen-Hauptstadt Europas“* machen möchte! Er setzt sich in Berlin für den Erhalt der Artenvielfalt von Bestäuber Insekten ein und für die Schaffung einer intakten Stadtnatur. Wissens- und Informationsvermittlung zu diesem Thema, hinweg über alle Altersgruppen, ist ein wesentlicher Bestandteil der ehrenamtlichen Arbeit. Darüber hinaus ist der Verein proaktiv im Austausch mit anderen Akteuren und entwickelt eigene Projektideen, z. B. Bau von Nisthilfen (Insektenhotels), Anlegen von Wildblumenwiesen oder Bepflanzung von Baumscheiben. <https://bee4us.berlin/>

Der **Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e.V.** (Isfb) ist die Spitzenorganisation der Berliner und Brandenburger Kita- und Schulfördervereine. Das Hauptziel des Verbands ist die Verankerung und Stärkung des zivilgesellschaftlichen Bildungseingagements und des Ehrenamts im frühkindlichen und schulischen Bildungsbereich. Seit 2004 unterstützt der Isfb die Gründung

und Professionalisierung von Kita- und Schulfördervereinen und trägt in Zusammenarbeit mit diesen maßgeblich dazu bei, Kitas und Schulen bei der Erfüllung ihrer Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungsaufgaben ideell, praktisch und finanziell zu unterstützen. Der Isfb hat derzeit knapp 880 Mitgliedsvereine, davon 280 in Brandenburg. Damit gehören ca. 74.000 Menschen dem Landesverband an. Der Isfb wird finanziell gefördert durch die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) sowie über das Programm *„Menschen stärken Menschen“* in Kooperation mit der spendenfinanzierten Stiftung Bildung. <https://www.isfb.de/>

Quelle: Isfb – Fotos: Ed Koch

Persönliche Anmerkungen...



Für mich war der Besuch der Friedenauer Schule eine Reise in die Vergangenheit. Von 1955 bis 1961 gehörte dieses Gebäude in der Rubensstraße zu mir wie die weit gelegene Wohnung in der Fregestraße. Ein Blick auf das Gebäude gemeinsam mit dem stellvertretenden Schulleiter **Daniel Dollezal** veranlasste mich zu dem unhöflichen Satz: *„genauso hässliche wie damals.“* Ja, schön ist das Haus nicht, halt in die Jahre gekommen, aber, so der Vize-Chef der Schule, es sei für den Unterricht ein sehr zweckmäßiges Bauwerk mit guten Räumlichkeiten. An vielen Ecken, so zum Beispiel im Eingangsbereich, wird gebaut und irgendwann in neuem Glanze erscheinen. Zu meiner Zeit war der Schulhof eine große langweilige Fläche, heute gibt es dort viele Spielmöglichkeiten und, wie erwähnt, den Schulgarten. Meine Erinnerungen an die Grundschulzeit sind überwiegend gut, was auch an den Lehrern lag, zum Beispiel **Hans Wolter**, der mir gezeigt hat, wie man die Titelseite einer Schülerzeitung gestaltet, was ich in der folgenden Oberschule sofort umsetzte.



Foto: Ed Koch

Das letzte Thema in unserem Umwelt-Wochenrückblick beschäftigt sich mit Wärmepumpen. Lassen wir einmal die ganzen Verwirrungen beiseite, die Klimaminister **Robert Habeck** mit dem Heizungsgesetz angerichtet hat. Im Kern sind Wärmepumpen die sinnvollste Alternative zu Öl- und Gasheizungen, und auf Dauer auch preiswerter. Niemand wird gezwungen, seine alte Heizung sofort durch eine neue zu ersetzen, aber irgendwann wird dieser Schritt unausweichlich sein.

Am Samstag hat **STIEBEL ELTRON** auf dem **EU-REF-Campus** über den Einbau von Wärmepumpen informiert, vor allem auch über die Fördermöglichkeiten. Bei Kosten von rund 30.000 Euro werden zwischen 30 und 70 Prozent vom Staat übernommen. **Patrick Faika** (Foto), Leiter Außendienst Region Ost, und seine Kollegen, hatten viel zu tun, denn das Interesse ist groß. Auf dem Foto ist rechts eine Anlage für außen zu sehen und daneben die für den Keller. Wer sich zugunsten einer Wärmepumpe von seiner Ölheizung trennt, hat plötzlich sehr viel zusätzlichen Platz in seinem Keller.

Googelt man den Begriff Wärmepumpen, erfährt man, dass die jeweils effizientesten Anlage bei allen drei Quellenarten - Erdreich, Luft und Grundwasser - von **STIEBEL ELTRON**, dem deutschen Marktführer, stammen. Eine gute Orientierung für Verbraucher bietet ein Test der **Stiftung Warentest**. Dabei hat das unabhängige Institut mehrere Modelle einem

Vergleich unterzogen. Als Testsieger konnten sich der Stiebel Eltron 232011, der Vaillant VED E 21/7 und der Stiebel Eltron DHB 21 ST durchsetzen.

Fast jedes Einfamilienhaus eignet sich für den Einbau einer Wärmepumpe. Aber: *„Je schlechter das Haus wärmegeklämt und je höher der Heizwärmebedarf des Hauses ist, umso teurer wird es“*, sagte Stiebel-Eltron-Chef **Kai Schiefelbein** in einem Gespräch mit der Zeitschrift **Capital**. *Hinzu kommt, dass die Anlagen auch einen Strombedarf haben, der im günstigsten Fall über eine eigene Photovoltaikanlage gedeckt wird.*

Noch ist für die Förderung genug Geld vorhanden, und es gebe auch keine zeitliche Begrenzung des Programms, sagt **Patrick Faika**, und hofft, dass auch eine neue Bundesregierung daran nichts ändern werde.

Dass **STIEBEL ELTRON** die Werbetrommel für Wärmepumpen rührt, ist verständlich. Zwar ist die Förderung ein Anreiz, auch wenn der Eigenanteil auch erst einmal finanziert werden muss. Im April 2024 berichtete aber die **tagesschau**, dass die Nachfrage rückläufig sei. *Das Unternehmen rechnet damit, in diesem Jahr etwa 35.000 Wärmepumpen zu verkaufen, 15.000 weniger als im Vorjahr.*

Das Hin und Her der Politik habe die Kunden verunsichert, womit die Diskussion über das Heizungsgesetz, die Deutschland über Monate bewegt hat, gemeint ist. Dass es, bedingt durch die rückläufige Nachfrage, bei **STIEBEL ELTRON** zu Kurzarbeit gekommen ist, kreierte Unternehmens-Chef Schiefelbein der Bundesregierung an. *„Die Politik hat diesen Menschen Schmerzen zugefügt.“* Beim Gebäudeenergiegesetz habe die Bundesregierung *„schlecht kommuniziert“*, und die Förderung für Hauseigentümer sei in *„ziemlich unnötige Turbulenzen“* geraten. *Die momentane Lage hält Schiefelbein für paradox. Die Zuschüsse für den Kauf einer Wärmepumpe seien so hoch wie nie, dazu gebe es zinsgünstige KfW-Kredite, und die Lieferzeiten seien kurz - und doch schnappt der Kunde nicht so zu wie erhofft. Die Vorbehalte seien „psychologischer Natur“ vermutet Schiefelbein. „Die negative Grundhaltung muss erst wieder verschwinden.“*

Und genau deshalb finden Informationsveranstaltungen statt. Weitere sind geplant, so **Patrick Faika**. Bei der Gelegenheit können die Interessenten gleich den **EU-REF-Campus** kennenlernen, auf dem die Klimaziele der Bundesregierung für 2045 schon heute erfüllt sind.

Ed Koch

08) Reden Sie mit uns. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-10

9. November 2024

49. Jahrgang

Reden Sie mit uns

Der 9. November wird gern als „Schicksalstag“ bezeichnet; Märzrevolution 1848, Novemberrevolution 1918, Hitlerputsch 1923, Reichspogromnacht 1938, aber eben auch der Fall der Berliner Mauer 1989. Die anfängliche Euphorie ist längst verfliegen, die bundesdeutschen Altparteien haben in den so genannten „neuen Ländern“ zunehmend einen schweren Stand. Grüne und FDP sind weitestgehend untergegangen, die SPD rutscht in drei Ländern unter zehn Prozent und kann sich noch in zwei behaupten, die CDU ist in zwei Ländern stärkste Kraft. Jenseits der Altparteien haben sich „Alternativen“ aufgetan, die davon leben, dass die demokratischen Kräfte offenbar den Menschen nicht mehr das bieten können, was sie sich wünschen. Das Vertrauen, das Anfang der 1990er Jahre vorhanden war, ist verschwunden. In vielen Gemeinden sitzen zunehmend partei-unabhängige Politiker auf den Bürgermeisterstühlen. Wo sind die sozial- und christdemokratischen Dorfschulzen geblieben? Um Regierungen in drei ostdeutschen Landtagen hinzubekommen, wird ein Bündnis gebraucht, das nicht einmal eine richtige Partei ist.

In einer Diktatur ist das Leben bescheiden, aber bequem. Man muss sich um wenig kümmern, alles regelt der Staat. Und wenn man brav die Klappe hält und unauffällig seiner Wege geht, kann einem nichts passieren. Demokratien basieren auf der Mitwirkung der Menschen. Das fängt mit dem Wählen an, was viele schon überfordert.

Die Altparteien haben sich zu lange auf ihren Erfolgen ausgeruht und versäumt, mit den Leuten zu reden. Es reicht nicht aus, zu Wahlen auf dem Marktplatz Kugelschreiber und bunte Prospekte zu verteilen. In vielen Gemeinden ist beispielsweise die AfD dauerpräsent, heißt, nicht allein zu Wahlen, sondern an jedem Markttag ist sie vor Ort. Die AfD Leute kümmern sich, sind im Dorf oder der Kleinstadt bekannt. Die Parteien, die sich noch als etabliert bezeichnen, müssen aus der schrumpfenden Komfortzone raus und ran an die Menschen. Egal, wann nun neu gewählt wird, der Wahlkampf ist in vollem Gange, die Helfer strömen aus, hängen Plakate auf und verteilen ihre Werbegeschenke. In den nächsten Wochen muss sich niemand einen Kugelschreiber kaufen. Die AfD muss eigentlich keinen Wahlkampf machen und auch keine Geschenke verteilen, sie kann sich bequem zurücklehnen. Die Wähler laufen ihr von allein zu. Die AfD liegt in allen Umfragen bei

18 Prozent und ist damit zweitstärkste Partei hinter der CDU. Der Höhenflug des BSW scheint gestoppt, nur noch sechs Prozent. Vielleicht begreifen die Menschen langsam, welche Mogelpackung ihnen aus Saarbrücken aufgetischt wird.

Eine wichtige Zielgruppe für alle Parteien ist die große Schar der Ehrenamtlichen, ohne die in unserem Land so gut wie nichts liefe. Um diese, das muss man wohlwollend zur Kenntnis nehmen, kümmern sich die Altparteien. Gestern fand der Jahresempfang der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg statt. Aus vielen Bereichen wurden Freiwillige eingeladen, vom Sportverein bis zum THW.



v.l.: Bundestagsabgeordneter Dr. Jan-Marco Luczak, Fraktionsvorsitzender Patrick Liesener, Europa-Abgeordnete Hildegard Bentele, Vize-Bürgermeister Matthias Steuckardt, Stadtentwicklungsstadträtin Eva Majewski, Schul- und Sportstadtrat Tobias Dallase, Bürgermeister und Finanzsenator Stefan Evers. Foto: Ed Koch

Die CDU ist die stärkste Kraft in Tempelhof-Schöneberg, auch wenn eine grün-rote Zählgemeinschaft im Bezirksamt sie daran hindert, sich zu entfalten. Bei der letzten Bundestagswahl kam aber Luczak nur auf den dritten Platz, hinter **Kevin Kühnert** und **Renate Künast**. Beide treten nicht mehr an, so dass Luczak wie 2009, 2013 und 2017 den Wahlkreis wieder direkt gewinnen könnte.

Als Festredner trat Finanzsenator **Stefan Evers** auf, der natürlich auf die aktuellen Ereignisse einging. Den Ehrenamtlichen dankte er ausdrücklich, machte aber keine Zusagen für die Honorarkräfte der freien Träger. Er versprach, das Geld gerecht verteilen zu wollen, und ließ nicht unerwähnt, dass es Einschnitte geben wird. Sieben Wochen vor dem Jahresende würden alle gern wissen, ob es 2025 weitergeht.

Kritisch blickte Evers auf den Vorgängersensat. Hätte es unter diesem keine „Ausgabenexplosion“ gegeben, stünden wir heute besser da. Er räume auf und arbeitet Tag und Nacht daran. Es müsse eine „Neuordnung“, sprich Verwaltungsreform geben. Wie soll diese aussehen? Reden Sie mit uns.

Ed Koch

1

09) So geht's nicht. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-09

8. November 2024

49. Jahrgang

So geht's nicht

Es ist vorbei. Die Gründe, die Vertrauensfrage auf den 15. Januar 2025 zu terminieren, stoßen auf Widerstand. Vertrauensfrage Jetzt! Das will laut ARD-Deutschlandtrend eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, nämlich 65 Prozent. Würde, wie es **Friedrich Merz** will, die Vertrauensfrage schon in der nächsten Woche gestellt, könnte die Neuwahl Anfang Januar stattfinden. Das hieße: Alle, die mit der Organisation der Wahl beschäftigt sind, ganz abgesehen vom Wahlkampf, könnten ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest vergessen. Ist es wirklich von Bedeutung, ob wir im Januar oder erst im März wählen?

Das sieht man in Hamburg anders: „Bei der Frage, wann denn nun Neuwahlen stattfinden könnten, spielt Hamburg übrigens eine gewichtige Rolle: Am 2. März ist die Bürgerschaftswahl, dieser Termin wird laut Landeswahlleiter nicht verschoben. Wäre die Bundestagswahl später, hätte die SPD im Bund womöglich Rückenwind, weil die Hamburger SPD traditionell eher gut abschneidet. Bei einer früheren Wahl könnte dagegen die Opposition profitieren.“

Bürgermeister **Peter Tschentscher** sagte dazu gestern im Rathaus nur so viel: Eine zeitgleiche Wahl wäre »nicht gut für die Demokratie«. Die Hamburgerinnen und Hamburger hätten einen eigenständigen Wahlkampf verdient, bei dem die Hamburger Themen nicht untergehen.“ Quelle: Newsletter Elbvertiefung DIE ZEIT

Die Union sollte aber, so weit wie möglich, den SPD Kanzler **Olaf Scholz** nicht ganz im Regen stehen lassen. Nach jetzigem Stand in den Umfragen, wird die Union die SPD brauchen, um Merz zum Kanzler zu machen. Es gibt keine anderen Optionen. Die nächste Bundesregierung dürfte mal wieder die Farben Schwarz und Rot tragen. Die FDP liegt derzeit bei fünf Prozent und träumt davon, einer künftigen Bundesregierung wieder angehören zu können. Jenseits der SPD könnte die Union eine Koalition mit den Grünen und der FDP schmieden. Gibt es aber wirklich jemand, der ernsthaft daran glaubt? Es ist derzeit kaum vorstellbar, dass die FDP, selbst wenn sie wieder in den Bundestag einzöge, noch systemrelevant wäre.

Zu unserem gestrigen Beitrag „Abgebrannt“ haben sich einige Leser kritisch geäußert, deren Meinung wir Ihnen nicht vorenthalten wollen: „Lieber Herr Koch, leider sind wir wieder einmal - eher selten - völlig unterschiedlicher Meinung! Ich habe sowohl das Statement des Kanzlers als auch die Stellung-

nahmen der anderen ‚Ampel‘-Vorsitzenden, und heute noch zusätzlich, die Pressekonferenzen aller Beteiligten sehr aufmerksam verfolgt. Sowohl Herr Habeck als auch Frau Baerbock haben sich sachlich und zurückhaltend geäußert. Anders der Bundeskanzler, der zwar seine Rede zügig und ungewohnt, auf den ersten Eindruck „freisprechend“, vorgetragen hat. Anderen Betrachtern ist dabei aber aufgefallen, dass seine Rede offensichtlich sehr lange und zielgerichtet vorbereitet war und er den Text vom Prompter abgelesen hat.“

Die persönlichen Anschuldigungen gegen Lindner ziemten sich aus meiner Sicht nicht für einen Regierungschef, sondern passen eher in die Buddelkiste. Bei nachträglicher Betrachtung zu diesem Verhalten werde ich nachdenklich was den Rückzug des Herrn Kühnert betrifft. Ich erinnere mich an dessen Wirken zur Verhinderung des Herrn Scholz als Parteivorsitzenden. Die zusätzlichen, heutigen Statements der Rest-Ampel, und auch die von Herrn Lindner, waren sehr sachlich und lassen (was zumindest einige Anmerkungen von Herrn Habeck zum Thema der Schuldenbremse betreffen) einige Zweifel an den ‚Aussagen‘ des Kanzlers zu.

Ich kann nur sehr hoffen, dass Herr Scholz den Mut findet, noch in der nächsten Woche die Vertrauensfrage zu stellen und damit eine schnellere Neuwahl möglich macht. Auch dieses zögerliche Verschieben dient wohl eher dem Wunsch doch noch die eigene Verantwortung zu verschleiern und der eigenen Partei eine bessere Ausgangslage bei der vorgezogenen Wahl zu verschaffen - wenn das mal nicht ‚in die Hose geht‘!?! Ein unwürdiges Schauspiel das Ganze.“

P.R.

„Ach nee, lieber Herr Koch, das war aber eine sehr unanständige Rede von Scholz. Da stimme ich ausnahmsweise mal nicht zu. Er hat nachgetreten und die FDP und Lindner zum Sündenbock gemacht. Das tut man nicht und ist auch faktisch nicht richtig. Man stelle sich nur vor, die Kinder Grundsicherung wäre so durchgegangen. Linder hat an vielen Stellen das Schlimmste verhindert. Dafür muss man ihm eigentlich dankbar sein.“

In dieser Lage jetzt eine rot-grüne Regierung, ist ein Abstrahm. Gottseidank kriegen die es alleine ja auch nicht mehr hin - ohne Finanzen und einem verlängerten Haushalt von 2024. Denn das Einzige, was denen einfällt, ist, jedes Problem mit Geld zuzuschütten. Oder noch ein bisschen mehr Bürokratie.“

S.Sch.

Ed Koch

1

10) Abgebrannt. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-06

7. November 2024

49. Jahrgang

Abgebrannt

Bei einer Veranstaltung der SPD am 2. November in Hamburg sagte die Parteivorsitzende **Saskia Esken** zur Lage der Ampel-Koalition: „Die Hütte brennt!“ Gestern ist sie abgebrannt, die Hütte.

Olaf Scholz hielt eine seiner besten Reden, live im Fernsehen. Geradezu staatsmännisch begründete er, warum er Finanzminister **Christian Lindner** rausgeworfen habe. Das Vertrauen, Grundlage jeder Zusammenarbeit, hat sich Stück für Stück verabschiedet. Lindners 18-Seiten Papier zur vermeintlichen Rettung der Wirtschaft, das auf wundersame Weise, gegen den angeblichen Wunsch von Lindner, das Licht der Öffentlichkeit erblickte, wurde als „Scheidungs-papier“ bezeichnet. Und genau das ist es.

Etwas weinerlich fiel das Statement von **Robert Habeck** aus. „Falsch und nicht richtig“, „tragisch“, und, die Entlassung von Lindner sei ebenso „folgerichtig wie unnötig.“ Es sprach der Philosoph. Lindner reagierte, wie Lindner eben reagiert, trotz und recht-haberisch. Scholz Statement sei lange vorbereitet gewesen, das kann man glauben, aber auch nicht. Es ist eher unwahrscheinlich, dass der Bundeskanzler ausgerechnet an diesem 6. November die Koalition platzen lassen wollte. An einem Tag, der in die Geschichte eingehen wird, markiert er doch mit der Wahl **Donald Trumps** zum Präsidenten der USA den Zeitpunkt, an dem die demokratischen Werte dieses Landes beginnen, den Mississippi hinunterzuzießen.

Am 15. Januar 2025 will **Olaf Scholz** die Vertrauensfrage stellen und im Falle sie negativ ausgeht, was vermutlich geschehen wird, könnten im März Neuwahlen stattfinden. Ich plane schon mal die 100 Euro Wahlhelfer-Erfrischungsgeld in mein März-Budget ein. Der Wahlkampf hat längst begonnen, eigentlich hat er nie aufgehört, seitdem die Ampel regiert. Was mir nicht gefallen wird, sind die zu erwartenden Schlagzeilen am 15. Januar 2025: „CDU, CSU, AfD, FDP, Linke und das BSW haben dem Bundeskanzler das Vertrauen entzogen!“ Diese Abstimmungsallianz wäre schädlich für unser Land.

Es liegt jetzt an der Union, ob es eine Totallähmung des Bundestages bis zum März 2025 geben wird, oder ob wenigstens notwendige Maßnahmen und Gesetze noch auf den Weg gebracht werden können. Es geht hierbei auch um die Unterstützung der Ukraine, die sich nach dem Sieg Trumps nicht sicher sein kann, wie lange sie dem Aggressor Putin und seinen nordkoreanischen Hilfstruppen standhalten kann.

Obwohl schon tausendmal erwähnt, müsste doch inzwischen allen noch so friedfertigen Menschen klar sein, dass ein Untergang der Ukraine einen Flüchtlingssturm auslösen wird, der uns überschwemmt. Die Ukraine zu unterstützen, ist Selbstverteidigung. Durch **Donald Trump**, der den Krieg ja innerhalb der nächsten Tage beenden will, gerät die Welt, gerät Europa und geraten wir in eine wirtschaftliche Schiefelage. Die guten Jahre, das müssen wir wissen, sind vorbei.



Screenshot rbb 24 / Abendschau

Michael Müller, Außenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion, malte im Gespräch mit **Volker Wiefrecht** in der **rbb-Abendschau** ein düsteres Bild über die zukünftige Zusammenarbeit mit den USA, sie sei unberechenbar geworden. Er wies allerdings auf die dadurch zunehmend größere Bedeutung der kommunalen Partnerschaften mit Städten in den USA hin. Zwischen Berlin und Los Angeles bestehen beispielsweise seit Jahrzehnten diese Kontakte.

Anders als andere Politiker, die durch ihre diplomatische Zwangslage Trump artig, wenn auch nicht herzlich, zum Sieg gratulierten, nannte Müller Trump das, was er ist, einen Lügner und Betrüger und einen verurteilten Verbrecher.

Ed Koch

01) Bloß keine Schokolade. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-33

30. November 2024

49. Jahrgang

Bloß keine Schokolade

Nikolaus, Weihnachtszeit, das heißt: Lebkuchen und Schokolade in jeder nur denkbaren Form. Immer gut als Geschenk für Kinder, denn sie mögen natürlich das süße Zeug. Wenn ich bei meinen Freunden, einem Ehepaar mit zwei Kindern, sieben und vier Jahre alt, nachfrage, was ich denn den beiden schenken könnte, ob Geburtstag, Ostern oder Weihnachten, vernehme ich die dringliche Bitte: „*Bloß keine Schokolade!*“ Und dann checken wir die Interessen der beiden ab. Er: Fußball, Kung Fu und Computer. Sie: Einhörner. Klingt nach Klischee, ist aber so. Die Auswahl an Büchern zu diesen Themen ist riesig. Am gestrigen *Black Friday* habe ich natürlich zugeschlagen und entsprechend eingekauft.

Bücher. Mögen sie uns ewig erhalten bleiben. Es gibt nichts Sinnvolleres, was man in seinen Händen halten kann. Man braucht keine wissenschaftlichen Studien, die belegen, wie wichtig das Heranführen an Büchern bei Kindern ist. Sie lieben die bunten Bilder, die alles zeigen, was es auf dieser Welt gibt, Natur, Tiere, Alltagsgegenstände, Menschen, deren Beruf die entsprechende Kleidung verrät. Als der Sohn meines Freundes noch jünger war, war es auch für mich ein großes Vergnügen, mit ihm gemeinsam anhand der Fotos Gegenstände, Tiere und Menschen in dem Buch zuzuordnen. Die Phase des Vorlesens, die seine Eltern sehr intensiv wahrnahmen, ist vorbei, inzwischen kann er selbst lesen und tut dies mit großer Freude.

Erkenntnisgewinn: Durch das Vorlesen kommen Kinder zum Selberlesenwollen. Und nichts ist wichtiger im Leben, als sich verbal artikulieren zu können. Davon hängt vor allem das weitere Berufsleben ab. Die immer wieder festgestellten Defizite bei Kindern nach dem Besuch der Kita oder Grundschule sind erschreckend, nicht nur bei Familien mit Einwandererhintergrund. Kitas und Schulen sind Bildungseinrichtungen, unbestritten. Wenn aber die Eltern zu Hause nicht nacharbeiten, gelingt es nicht. Die Eltern müssen sich kümmern. Anstatt ihre Kinder zu Weihnachten mit Süßigkeiten vollzustopfen, sollten sie sich die Zeit nehmen, mit ihnen in Büchern zu schmökern.

Sehr wichtig ist es, die Kinder in den Kitas sozusagen auf den Geschmack, sie also mit Büchern zusammenzubringen. Eine wichtige Funktion haben dabei die **Lesepatinnen und Lesepaten**, die ehrenamtlich in Kitas und Schulen unterwegs sind. Auch beim **Kita Eigenbetrieb Süd-West** sind sie im Einsatz, und zwar aktuell 43 in 16 Kitas. Die Einsätze sind

sehr individuell und werden direkt von den Kitas gesteuert und koordiniert. Hier reicht die Spanne von zweimal wöchentlich bis einmal im Monat oder Quartal mindestens eine Stunde aber auch deutlich länger. Die Einsätze werden mit der Leitung abgesprochen, welche Literatur verwendet wird. Allerdings kann sich der Eigenbetrieb bei seinen Lesepatinnen und Lesepaten zuverlässig auf eine außerordentlich passende Bücherwahl verlassen, sodass es im Grunde nur noch einer kurzen Abstimmung bedarf.



Einmal im Jahr lädt der Eigenbetrieb die Lesepatinnen und Lesepaten zu einem vorweihnachtlichen Treffen in seine Geschäftsstelle in Steglitz ein. Bei Kaffee und Kuchen tauschen sich die Vorleser aus und stellen dabei ihre Lieblingsbücher vor.



Die pädagogische Geschäftsleiterin **Sonya Mayoufi** und ihre Kolleginnen **Tanja Marienfeldt** und **Natalie Brückner** bedankten sich bei den Lesepatinnen und Lesepaten für deren Einsätze im letzten Jahr und hatten gemeinsam mit **Carola Thies** aus der Geschäftsstelle den Sitzungssaal weihnachtlich geschmückt und kleine Geschenke verpackt. Kaffee, Tee und Kuchen standen bereit, denn wenigstens einmal im Jahr etwas Süßes zu sich zu nehmen, ist erlaubt.

1



Am 29. November gab es noch einen Überraschungsgast und Unterstützer des Projektes, den SPD-Bundestagsabgeordneten

Ruppert Stüwe, der auch Kreisvorsitzender seiner Partei in Steglitz-Zehlendorf ist. „Jedes Jahr im November nehme ich am bundesweiten Vorlesetag teil. Dieses Jahr habe ich in der Kita an der Bäke vorgelesen. Ich finde es immer wieder toll, die Begeisterung der Kinder zu erleben, wenn sie in eine neue Geschichte eintauchen. Aber Vorlesen macht nicht nur Spaß, sondern ist auch ein wichtiger Baustein für die Entwicklung unserer Kinder, es weckt ihre Neugier und regt die Fantasie an. Der Vorlesetag ist eine tolle Initiative, um darauf aufmerksam zu machen.“, schreibt **Ruppert Stüwe** auf seiner Internetseite.



„Bereits seit 2004 ist der Bundesweite Vorlesetag auf gemeinsame Initiative von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn Stiftung Deutschlands größtes Vorlesefest und ein öffentliches Zeichen, um alljährlich am dritten Freitag im November Kinder und Erwachsene für die Bedeutung des Vorlesens zu begeistern. Beteiligten sich zu Beginn gerade einmal 1.900 Menschen, so schauen wir mittlerweile stolz auf über eine Million Teilnehmende in ganz Deutschland.“

Quelle: <https://www.vorlesetag.de/mitmachen/vorlesetag/event>

„Lesen ist der Schlüssel zum Lernen, macht Freude, eröffnet Kindern neues Wissen und neue Welten. Mit ihrem Engagement übernehmen die Lesepaten seit vielen Jahren Verantwortung für Berlins Kinder. Dafür danke ich ihnen und dem VBKI ganz herzlich!“
Bildungssenatorin **Katharina Günther-Wünsch**

Die **BERLINER LESEPATEN** wurden 2005 vom Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V. **VBKI** gegründet, um das bürgerschaftliche Engagement in Berlin zu stärken und einen Beitrag zur Chancengleichheit von Kindern zu leisten. Inzwischen ist es das größte Berliner Ehrenamtsprojekt im Bildungsbereich. Jede Woche gehen über 2.000 Lesepatinnen und Lesepaten mehrere Stunden in Berliner Schulen und Kitas. Mit ihrer freiwilligen Arbeit stärken sie die individuelle Lese- und Lernkompetenz von wöchentlich über 12.000 Kindern und Jugendlichen und fördern deren Sprachentwicklung.

Lesen ist eine Schlüsselkompetenz, die entscheidenden Einfluss auf nahezu alle Lebensbereiche hat. Der Erfolg in der Schule oder der Zugang zum Arbeitsmarkt sind ohne Lesekenntnisse schwer vorstellbar. Zugleich werden immer mehr qualifizierte Auszubildende gesucht. Doch ausgerechnet das Lesen macht vielen Schwierigkeiten – auch in Berlin.

Hier setzt die Arbeit der **BERLINER LESEPATEN** an. Wir wollen Kinder früh in ihrer schulischen Entwicklung unterstützen. Ehrenamtliche Lesepatinnen und Lesepaten gehen in Kitas und Schulen, wo sie die Lese- und Lernkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken. Im Mittelpunkt stehen Kitas mit einem Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache von über 40 Prozent oder einem entsprechenden Anteil von Eltern, die Transferleistungen erhalten. Grundschulen müssen in den Stufen 4 bis 7 laut Berliner Schultypisierung eingestuft sein.

Lesepatin oder Lesepate werden

Für das Engagement als Lesepatin oder Lesepate gibt es viele gute Gründe: etwas Sinnvolles zu tun, sich für benachteiligte Kinder und Jugendliche einzusetzen oder einfach die Freude am Lesen zu vermitteln. Die investierte Zeit trägt rasch Früchte. Die Schülerinnen und Schüler sowie Kita-Kinder machen Lernfortschritte und bringen ihren Lesepatinnen und Lesepaten Vertrauen und Dankbarkeit entgegen. Ihr Lächeln ist oft das schönste Geschenk an die Helfenden. Machen Sie mit! Die **BERLINER LESEPATEN** suchen ständig neue Freiwillige, denn der Unterstützungsbedarf an Schulen und Kitas steigt. Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme.

<https://lesepaten.berlin/lesepate-werden/>

Die Lesepatinnen und Lesepaten setzen sich parallel zum Unterricht mit einzelnen Kindern oder in Gruppen zusammen. Sie lesen selbst vor oder lassen sich Texte vorlesen. In der Kita liegt der Schwerpunkt auf dem Vorlesen und der Sprachförderung. In der Grundschule steht die Entwicklung der Lesekompetenz im Vordergrund. Die Lehrkräfte entscheiden über Inhalt, Art und Umfang der Unterstützung. Lesepatinnen und Lesepaten benötigen keine fachlichen Vorkenntnisse. Sie bewerten nicht und sind daher starke Partnerinnen und Partner für ihre Schützlinge. Es besteht das freiwillige Angebot, die Kinder zusätzlich in geschützten, digitalen Lese-/Lernräumen zu fördern. Quelle: VBKI

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch

02) FUTURE NOW – Central Asia. Zentralasiatischer Musik- und Filmfestival. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-32

29. November 2024

49. Jahrgang

100 Jahre STADT UND LAND

Wie kommt man auf den Namen **STADT UND LAND** für eine Wohnungsgesellschaft, die zur Gründung vor 100 Jahren noch „Märkische Scholle“ hieß? Das wurde gestern Abend bei der offiziellen Geburtstagsfeier im **Club Theater Berlin**, dessen Räumlichkeiten ältere unter uns noch als einen der angesagtesten Clubs Berlins, dem **Adagio**, kennen, vom **Prime Time Theater** in einer szenischen Darstellung erklärt. Ob historisch belegbar, wissen wir nicht.



Anke Plättner und **Volker Wieprecht** führten durch das Programm, das mit einem Talk der beiden Geschäftsführer **Natascha Klimek** und **Ingo Malter** begann. Es folgte die Festansprache des Regierenden Bürgermeisters **Kai Wegner** und eine Auf-führung des **Prime Time Theaters**, in der es natürlich um Wohnungssuche ging. Mit Blick auf seinen Bausenator **Christian Gaebler** äußerte **Kai Wegner** die Hoffnung, doch noch irgendwann die Zielmarke von 20.000 Wohnungen pro Jahr bauen zu können, 2023 waren es knapp 16.000.



Foto: Die ehemaligen Bausenatoren **Michael Müller** und **Andreas Geisel** gehörten auch zu den Gästen, ebenso wie **Peter Strieder** und **Sebastian Scheel**.

Die Liste mit den Namen derer, die nicht anwesend waren, ist kürzer als die, die sich bei stürmischem und regnerischem Wetter auf den Weg zum Potsdamer Platz gemacht hatten. Der halbe Senat war angetreten, von Finanzsenator **Stefan Evers** bis Innen-senatorin **Iris Spranger**. Und ansonsten alle, die in der Stadtgesellschaft unterwegs sind und auch Bezüge zur **STADT UND LAND** haben, wie **GASAG** Vorstand **Mattias Trunk** und **Kaweh Niroomand**, Geschäftsführer der **Berlin Recycling Volleys**, deren Förderung durch **SUL** auch weiterhin sichergestellt ist.



Foto: Und auch diese beiden Herren, **Sven Regen**, dessen Unternehmen **PIEREG Druckcenter Berlin** die Geschäftsberichte von **SUL** druckt, und **Ed Koch**, der, als er noch Veranstaltungskoordinator des Jugendamtes Tempelhof-Schöneberg war, **STADT UND LAND 2017** als Sponsor für das bezirkliche Spielfest gewinnen konnte. Ein Engagement, das bis heute hält. Foto: Kathy Franke



Foto: **Ingo Malter** am Stand seines Unternehmens beim Spielfest 2018 mit der damaligen Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler** und Spielfest-Leiter **Philipp Mengel**.

1



Besser hätte man es nicht planen können, dass am eigentlichen Geburtstag von SUL, dem 7. Juli, das Spielfest stattfand und es natürlich eine Geburtstagstorte gab. Apfel-Streusel und

Zitrone. Die 500 Portionen fanden im Handumdrehen ihre Abnehmer.



So schön und wichtig das Spielfest auch sein mag, das STADT UND LAND **Festival der Riesendrachen** auf dem Tempelhofer Feld, stellt mit über 100.000 Besuchern alles andere in den Schatten. **Kai Wegner** nannte es das größte Familienfest Berlins.

„Ich sehe die STADT UND LAND auf einem guten Weg und blicke trotz aller Herausforderungen optimistisch in die Zukunft. Das Unternehmen wird zwar 100 Jahre alt, ist aber in vielerlei Hinsicht jünger als es jemals war.“, sagt **Ingo Malter**, seit dem 1. August 2010 Geschäftsführer des Unternehmens.

Blättert man in der Chronik der Gesellschaft, dann zeigt sich natürlich, dass die Wechselbäder deutscher Geschichte um das kommunale Wohnungsbaunternehmen keinen Bogen gemacht haben. Inflation, Weltwirtschaftskrise, Krieg, Teilung, Wende, Mauerfall; dazwischen und danach Zeiten des Aufschwungs, des Neubeginns und des Umbaus. Die STADT UND LAND war immer mittendrin.

Zur Firmenphilosophie des Unternehmens gehört der Grundsatz, breite Schichten der Bevölkerung und besonders Menschen mit geringeren Einkommen mit Wohnraum zu versorgen.

Was mit dem Bau von 59 Wohnungen in Wittenau und Britz begann, fand in Neuenhagen in den Jahren 1928 bis 1930 in größerem Maßstab seine Fortsetzung: Raus aus der Enge und dem Mief der Berliner Mietskasernen – Licht, Luft und Sonne für alle, hieß es, als die Gartenheimsiedlung „Grüner Winkel“

entstand. Heute trägt sie den Namen Fallada-Siedlung, nach ihrem bekanntesten Bewohner, der hier eine recht glückliche und produktive Zeit verbrachte. Unter dem Dach der STADT UND LAND schrieb er seinen berühmten Roman „*Kleiner Mann, was nun?*“.

Ausdruck ihrer regen Bautätigkeit war die Tatsache, dass die SUL bereits Anfang der 30er Jahre ca. 2.400 Wohnungen in verschiedenen Ortsteilen von Groß-Berlin errichtet hat, so u. a. in Lichtenberg, Friedrichsfelde, Johannisthal, Neuenhagen, Pankow, Britz, Lichterfelde Süd und Wittenau. In Niederschöneweide und in Kleinmachnow baute das Unternehmen Einfamilienhäuser. Es entstanden vorbildliche Siedlungen für breite Bevölkerungsschichten.

Wichtige Stationen der Geschichte zeigten deren enge Verknüpfung mit den Geschicken der Stadt Berlin: Nahezu jede fünfte Wohnung der Gesellschaft war nach dem Zweiten Weltkrieg zerstört oder stark beschädigt; Enteignung im Osten und „Überleben“ unter der Obhut der GSW – von den ehemals 2.352 fast ausschließlich im Ostteil Berlins gelegenen Wohnungen verblieben nur noch 13 Wohnungen, zwei Garagen und ein Vorratsgrundstück im Westteil der Stadt im Besitz der Gesellschaft. Am 1. Januar 1958 wurde dann die STADT UND LAND wieder in die Eigenständigkeit entlassen mit rund 10.000 Wohnungen.

Die 1960er, 70er und 80er Jahre waren von intensivem Bauen und Sanieren geprägt – dafür standen Quartiere wie die John-Locke-Siedlung in Lichtenrade, die Rollberg- und die High-Deck-Siedlung in Neukölln oder die Landhäuser in Rudow.

Nach der Wiedervereinigung in den neunziger Jahren kam es zum Zusammenschluss mit der Wohnungsbau-Gesellschaft Treptow mbH und der umfassenden Sanierung deren Bestände. Wichtige Stationen dieses jüngsten Zeitabschnittes waren auch der Neubau der Siedlung Altglienicke und die Übernahme der Geschäftsbesorgung für die WoGeHe Wohnungsbau-Gesellschaft Hellersdorf mbH mit ehemals rund 20.000 Wohnungen in der Großsiedlung Hellersdorf.

Die ersten der 2000-er Jahre waren geprägt von Modernisierung, Sanierung und Konsolidierung. Knappe öffentliche Kassen, der Abbau von Subventionen und der Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung setzten die politischen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit des Konzerns im Jahr 2005.

Der Markt wurde und wird bestimmt von fehlendem Wirtschaftswachstum, steigender Arbeitslosigkeit und einer demografischen Entwicklung der Bevölke-



rung, die durch Überalterung, Geburtenrückgang und Vereinsamung geprägt ist. Vor diesem Hintergrund verschärfen sich die Wettbewerbsbedingungen am Berliner Immobilienmarkt weiter. Wachsende Leerstände und steigende Erlösausfälle waren die Folge.

Die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit galt in diesen Jahren unverändert der nachhaltigen Entschuldung. Sie zielte darauf ab, die Zins- und Tilgungslast weiter zu reduzieren. Im Mittelpunkt standen die Bewirtschaftung und die Pflege der Bestände. Umfangreiche Maßnahmen dienten der Bestandsaufwertung, dem zielgruppenorientierten Marketing, dem Ausschöpfen von Mieterhöhungspotenzialen und dem stringenten Kostenmanagement. Gleichzeitig wurden anspruchsvolle Sanierungsprojekte in diesen Jahren abgeschlossen, darunter das insgesamt 1.849 Wohnungen umfassende Grabenviertel in Hellersdorf und die Neuköllner „Siedlung der Düfte“ rund um die Holzmindener Straße mit ihren 334 Wohnungen in 6- und 8-geschossigen Gebäuden.

2010 waren rund 90.000 Menschen bei der STADT UND LAND zu Hause. Der Wohnungsmarkt war ein anderer als heute: Das Angebot war weit größer als die Nachfrage. Vor allem am Stadtrand. Das Unternehmen setzte auf Kampagnen: Das kommunale Wohnungsunternehmen warb für den Wohnstandort Hellersdorf fernab von Lärm und hektischem Innenstadttreiben. Hauptfigur der Kampagne war dieser sympathische Jedermann, der auf humorvolle Art und Weise mit den vielen Alltagsproblemen des Großstadtlebens konfrontiert wurde. Die Lösung seiner Probleme lautet stets: „Zieh nach Hellersdorf“.

Ab 2012 erfolgte der Umschwung auf Wachstum, wengleich der Entschuldungskurs fortgesetzt wurde. Erstmals seit vielen Jahren erhöhte die Gesellschaft durch einen Zukauf ihren Wohnungsbestand. Sie erwarb 341 Wohnungen in vier Wohnanlagen in Neukölln und Tempelhof-Schöneberg. 2013 wies sie einen Leerstand von 2,7 Prozent aus. Der Berliner Wohnungsmarkt hatte in den letzten Jahren einen Paradigmenwechsel vollzogen. Waren die so genannten Nullerjahre noch von einem Angebotsüberhang geprägt, so überstieg jetzt die Wohnungsnachfrage das Angebot. Berlinweit war kaum noch Wohnungsleerstand zu verzeichnen.

Im Jahr 2014 startete die STADT UND LAND mit einem Wohnungsbestand von 39.370 Einheiten ihre Wachstumsstrategie. Im Jahr 2024 verfügt das Unternehmen über 52.500 Wohnungen, was einer

Steigerung von etwa 33 Prozent entspricht. Bis 2033 soll dieser Bestand durch Ankauf und Neubau auf 56.254 Wohnungen erweitert werden. Im Planungszeitraum 2024 bis 2033 ist der Baubeginn für weitere 3.854 Wohnungen vorgesehen sowie ein Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Euro für den Ankauf und den Neubau bezahlbaren Wohnraums geplant.

Die Gesellschaft bietet die ganze Vielfalt des Wohnens in der Hauptstadt, heute gibt sie rund 100.000 Menschen ein Zuhause. Die Bestände werden sozial und umweltorientiert bewirtschaftet. Und nicht nur das. Bei SUL finden die unterschiedlichsten Menschen auch ihr berufliches Zuhause, von der Technikerin über den Cloudspezialisten bis zur Projektleitung im Neubau. Durch ihre Arbeit leisten die über 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung und dem Erhalt lebenswerter Kieze.

Ed Koch

(auch Fotos)
Quelle: SUL

Anhängend übersenden wir Ihnen drei frühere Beiträge über Projekte von STADT UND LAND, neue Häuser, neue Typen und energetische Sanierung der Bestände.

03) Merkel, who the fuck is Merkel? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-30

27. November 2024

49. Jahrgang

Merkel, who the fuck is Merkel?

Das Erfreuliche am Ende der Kanzlerschaft von **Angela Merkel** war, dass, als sie weg war, sie weg war. Keine überflüssigen Ratschläge an ihren Nachfolger, obwohl er welche hätte gebrauchen können, kein wöchentlicher Podcast, nicht einmal eine Kolumne in BILD. Sie hatte sich zurückgezogen, tauchte höchstens noch bei parteiinternen Feierlichkeiten auf, um entsetzt mit anzusehen, dass der Typ, den sie zu recht aus dem politischen Rennen genommen hatte, jetzt ihr Nach-Nach-Folger werden könnte.

Warum muss Angela Merkel nun unbedingt ein Buch herausgeben, aufwendig präsentiert im **Deutschen Theater**, von einer anderen Ruheständlerin, Ex-Moderatorin **Anne Will**, mit der Botschaft, dass sie mit sich im Reinen sei, auch mit ihrer Russland- und Flüchtlingspolitik. Auf 736 Seiten erklärt Merkel ihr Leben, 35 Jahre DDR, 35 Jahre wiedervereinigtes Deutschland einschließlich 16 Jahre Kanzlerschaft. Übrigens, heute im Deutschen Theater: **Corinna Harfouch** liest *Im Traum erscheint mir manchmal die tote Braut* von **Franz Kafka**.

Wissen wir nicht alles über Merkel aus zahllosen Dokumentationen, sogar im Spielfilmformat? Wozu das Buch? 42 Euro! Nein Danke. Ich lege es niemand unter den Weihnachtsbaum. Morgen Abend ist Merkel Solo-Gast bei **Maybrit Illner** im ZDF, eine kostenlose Werbung für ihr Buch. Da schaue ich mir doch lieber **extra3** mit **Christian Ehring** in der ARD an.

Anders als ihr Vorgänger **Gerhard Schröder** sucht **Angela Merkel** nicht zu jedem Thema die Öffentlichkeit. War es ihr nun zu langweilig, brauchte sie das Geld? Kaum vorstellbar. Jeder von uns hat ein Bild von Merkel vor Augen, vor allem von ihrer Kanzlerschaft. Wir brauchen keine Gebrauchsanweisung, wie wir dieses Bild verändern könnten. Es gibt wichtige Themen.

Zum Beispiel die Kultur in Berlin

Der **rbb** meldete gestern Abend: „*Finanzsenator sieht kaum noch Chance für ZLB-Umzug in Galeries Lafayette.*“ **Stefan Evers** hat seinem Parteifreund **Joe Chialo** nicht nur die Tour bei Nachverhandlungen für den Kulturhaushalt vermässelt, sondern gleich auch noch sein Lieblingsprojekt gecancelt. Mehr Niederlagen geht nicht. Es gab eine Zeit, da sind Politiker deswegen zurückgetreten. Chialo hat keine Hausmacht in der CDU. Er sollte gehen.

Kultur ist ein wichtiger touristischer Faktor in Berlin. Wird das Angebot geschwächt, könnte das Auswirkungen auf die Berlin-Besuche haben. Angesichts des Katalogs der Grausamkeiten, erscheint die geplante Erhöhung der City Tax, also der Übernachtungssteuer, von 5 auf 7,5 Prozent, vertretbar zu sein, zumal die Maßnahme 45 Millionen zusätzlich in die Landeskasse spülen soll.

Den meisten von Kürzungen betroffenen ist dieses Thema ziemlich egal. Sollte es aber nicht, denn die Touristen sind in vielerlei Hinsicht eine wichtige Einnahmequelle für die Stadt. In Amsterdam beträgt die Übernachtungssteuer 12,5 Prozent, während sie in allen anderen europäischen Städten deutlich darunter liegt.

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband, **DEHOGA Berlin**, hat sich in einem Offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner** gewandt, und darin **Friedrich Merz** zitiert, der beim DEHOGA-Branchentag sagte: „*Es muss alles getan werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen.*“ „*In Berlin geschieht derzeit genau das Gegenteil!*“, sagt der Verband.

„*Der Tourismus und das Gastgewerbe befinden sich nach multiplen Krisen, von denen einige noch nicht überwunden sind, weiterhin in einer Erholungsphase. Die Erhöhung der City Tax sowie Einschnitte im Kulturbereich gefährden nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit Berlins als Tourismus- und Kongressstandort und wirken sich zudem spürbar auf die Gastronomie aus.*“, heißt es in dem Offenen Brief.

„*Wir hätten es begrüßt und erwartet, wenn es im Vorfeld dieses Beschlusses eine Abstimmung mit der betroffenen Branche gegeben hätte, um gemeinsam tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Stattdessen wurden Entscheidungen erneut im Alleingang durch die schwarz-rote Koalition getroffen. Es gab bereits eine Landesregierung, die in Berlin abgewählt wurde, weil es an hinreichender Kommunikation mangelte.*“, gibt DEHOGA Berlin zu bedenken.

Das scheint ohnehin der Fehler zu sein, zu wenig mit den Betroffenen zu reden, sondern einfach von oben herab zu entscheiden, offenbar sogar an den zuständigen Senatsmitgliedern vorbei. Den größten Brocken bei den Kürzungen muss **Ute Bonde** verkraften, verantwortlich für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt in Berlin. Von einer „*erheblichen Bedrohung für die Erreichung der Klimaschutzziele*“ ist die Rede. Auch Frau Bonde hat keine Freunde im Senat. Und Tschüss.

Ed Koch

1

04) Ein Schulbesuch. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-25

21. November 2024

49. Jahrgang

Ein Schulbesuch



Türme haben in jeder Gemeinde nur wichtige Gebäude: Das Rathaus, die Kirche und die Schule. So war es einmal, und das war gut. Neue Rathäuser erkennt man nur noch am Eingangsschild und „moderne“ Schulen haben den Charme einer Industriehalle. Das Rathaus Friedenau (1917) erst Lauter-, dann Breslauer Platz, die Evangelische Kirche „Zum Guten Hirten“ (1893) am Fridrich-Wilhelm-Platz und die Schule (1903) am Perels-, früher Maybachplatz, sind die wichtigen „Landmarks“ von Friedenau.

Die heutige **Friedrich-Bergius-Schule** wurde als „Gymnasium Friedenau“ gegründet und hatte prominente Schüler, darunter den Namensgeber des Platzes, den Widerstandskämpfer **Friedrich Justus Perels** (1910-1945, von den Nazis ermordet), den früheren CDU-Vorsitzenden und Parlamentspräsidenten **Peter Lorenz** (1922-1987), den Theaterkritiker (Die Stimme der Kritik im RIAS), **Friedrich Luft**, (1911-1990), den SPD-Politiker **Egon Bahr** (1922-2015) und den Kommentator des DDR-Fernsehens (Der schwarze Kanal), **Karl-Eduard von Schnitzler** (1918-2001).

Zum Schulgebäude, über dessen Eingang der Spruch „*Wie die Saat so die Ernte*“ steht, gehörte auch ein Schuldirektorenwohnhaus. Heute befindet sich in diesem Gebäude eine Kindertagesstätte. Im Krieg wurde lediglich die Turnhalle der Schule zerstört. Den größten Schaden erlitt das Gebäude aber erst nach dem Krieg während der Berlin-Blockade. Am 25. Juli 1948 stürzte ein „Rosinenbomber“ beim Landeanflug auf Tempelhof auf das gegenüberliegende Haus Handjerystraße 2 ab. Das Dach der Schule wurde in Mitleidenschaft gezogen. Eine Gedenktafel

am Haus Handjerystraße 2 erinnert an die beiden US-Piloten, die damals ums Leben kamen. Das Gymnasium wurde wegen der Kriegs- und Nachkriegsfolgen geschlossen.



Aus dem Gymnasium wurde 1958 eine Realschule im Bezirk Schöneberg, zu dem der Ortsteil Friedenau gehört. Historisch wie das Gebäude ist auch das Schild am Eingang, auf dem immer noch Realschule steht, obwohl der Schultyp seit 2010 Sekundarschule heißt. Was für ein Fortschritt nach der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule, eine der vielen Schulreformen, die Berlin über sich ergehen lassen musste, in den meisten Fällen auf Initiative der SPD, die 35 Jahre lang und seit 1996 durchgängig die Schulsenatoren stellt.

Mittwoch, der 3. April 2019, 6:45 Uhr. Es verspricht, ein schöner Tag zu werden. Langsam hüllen die Sonnenstrahlen die Schule am Perelsplatz ein. **Michael Rudolph**, seit 2005 Schulleiter, ist seit vier Uhr morgens anwesend. Zuerst kümmert er sich um den Eingangsbereich, die Stufen, die in die Schule führen. Seine Schule gilt als „Brennpunkt“-Schule mit einem über 80prozentigen Anteil von Schülern mit Einwandererhintergrund. Friedenau gilt gemeinhin als ruhiger attraktiver Ortsteil, was in einigen Bereich auch zutrifft. Am Perelsplatz, auf der Treppe der Schule, treffen sich aber offenbar abends Jugendliche und Erwachsene, die sich ein Tütchen drehen und Alkohol konsumieren. Die Reste dieser abendlichen Treffen beseitigt am nächsten Morgen der Schulleiter. Er will nicht, dass seine Schüler durch Schmutz laufen müssen, um in ihre Schule zu kommen.



1



Für den Autor dieses Beitrages ist es ein ganz besonderes Erlebnis, das Schulgebäude zu betreten, verließ er es doch nach vierjähriger Schulzeit vor 54 Jahren und war seitdem nicht wieder dort. Der erste Blick galt dem Klassenzimmer von damals. Whiteboards gab es 1961 noch nicht, sondern die gute alte Tafel und viel Kreide. Und natürlich sah die Möblierung auch anders aus. Kompakter eben.



Auf den zweiten Blick lenkt Schulleiter **Michael Rudolph** nicht ohne einen gewissen Stolz. „Zeige mir Dein Klo und ich sage Dir, was Du bist.“ So saubere Toiletten haben wir zumindest in noch keiner anderen Schule gesehen. Die Toiletten sind nur in den Pausen geöffnet. Während des Unterrichts sind sie verschlossen. Und wer mal muss, darf sich den Schlüssel im Sekretariat gegen Unterschrift abholen.



Darüber mögen Kuschelpädagogen schmunzeln, aber in der Bergius-Schule werden keine Klorollen im Abfluss versenkt. Man rollt sich die benötigten Blätter vorher ab und verrichtet sein Geschäft. Es zählt der Erfolg. Das ist ohnehin die Maxime von **Michael**

Rudolph. Beim Gang durch die Toiletten fallen einem die vielen Bilder von zerstörten und verschmutzten Toiletten ein und die Kommentare der Eltern, dass ihre Kinder gar nicht mehr auf die Schulklos gehen wollen. Kann es sein, dass Lehrer und Schüler selbst dafür sorgen können, dass man sich vor Ekel nicht übergeben muss, wenn man nur an ein Schulklo denkt? Der Mensch ist für seine Umwelt verantwortlich.

Wenn eine Schule dazu beiträgt, dass die Kinder ein Gefühl dafür bekommen, dass eine saubere Umgebung angenehmer ist als eine verdreckte, ist schon viel erreicht worden. Spielen wir die, auch von vielen Pädagogen verhassten so genannten „Preußischen Tugenden“ noch ein bisschen weiter aus. Pünktlichkeit, Sauberkeit, Ordnung. Davon bekommt man keine Krätze, sondern ein besseres Lebensgefühl.



Inzwischen ist es bei unserem Besuch 7:25 Uhr. Es klingelt und der Hausmeister öffnet die Eingangstür. Der Schulleiter begrüßt die 420 Schülerinnen und Schüler, einige sogar mit Handschlag. 7:30 Uhr. Die Türen werden geschlossen. Es gelingt tatsächlich allen 420 Jugendlichen, in fünf Minuten in die Schule und ihre Klassenräume zu gelangen. Um 7:30 Uhr beginnt der Unterricht. Wer zu spät kommt, muss klingeln und bekommt vom Hausmeister einen Zettel, auf der die Verspätung festgehalten wird. Es gibt keine Toleranzgrenze. Ein kluger Mensch hat einmal gesagt, das Problem beim Zuspätkommen ist, dass man nicht früh genug losgegangen ist. Pünktlichkeit ist nicht verhandelbar. Mit der eigenen Unpünktlichkeit zieht man andere in Mitleidenschaft, die warten müssen. Pünktlichkeit ist also auch eine Frage der Wertschätzung anderen gegenüber und des Anstands.



Zur Wertschätzung anderen gegenüber gehört für **Michael Rudolph** auch, dass er stets mit Krawatte und Sakko anzutreffen ist. Nach der Kindertagesstätte ist die Schule die staatliche Einrichtung, die die jungen Menschen auf ihr weiteres Lebens vorbereitet. Und so ist das Motto der Schule: „Leistung fördern – Sozialverhalten fördern – Berufsfähigkeit erreichen.“ Am Ende der 10. Klasse erwerben die Schüler der Friedrich-Bergius-Schule durch eine Abschlussprüfung den mittleren Bildungsabschluss (früher „Realschulabschluss“ oder „Mittlere Reife“), der bei einem entsprechenden Notenbild zum Besuch der gymnasialen Oberstufe berechtigt. Eine intensive Zusammenarbeit der Friedrich-Bergius-Schule mit zahlreichen Ausbildungsbetrieben, der Industrie- und Handelskammer (IHK Berlin), weiterführenden Schulen sowie das von der Europäischen Union finanzierte Projekt „Job coaching“ erleichtern den Absolventen den Berufseinstieg.

Die Anmerkungen zur Schule sind Wikipedia entnommen.

Damit wir uns nicht missverstehen. Schulleiter und Lehrer in Freizeithemd und Jeans sind fraglos auch gute Pädagogen. Jeder kann herumlaufen, wie er will. Aber alle aus Steuergeldern finanzierten Mitarbeiter des öffentlichen Dientes vertreten die Stadt und den Staat gegenüber den Bürgern. Und das könnte man durch sein äußeres Erscheinungsbild zum Ausdruck bringen, ohne sich dabei etwas abzubauen.



Auch die Gestaltung des Schulleiterzimmers gehört dazu. In **Michael Rudolphs** Büro, das er sich mit seiner Stellvertreterin teilt, stehen ganz selbstverständlich die Insignien unseres Landes, die Flaggen der Bundesrepublik, Berlins und der Europäischen Union. Und, nicht zu vergessen, an der Wand ein Foto des Bundespräsidenten.



Nicht unerwähnt lassen wollen wir in diesem Bericht den Hinweis auf ein besonderes Schmuckstück der Schule, nämlich ein kleines Friedenau-Museum. Hier sind Produkte von Friedenauer Unternehmen zu sehen, wie zum Beispiel der Optischen Anstalt Goerz, die in der Rheinstraße beheimatet war und der Gebäudekomplex heute noch Goerz-Höfe heißt. Oder die Kunstgießerei Hermann Noack, die sich in der Fehlerstraße befand und der wir die Quadriga auf dem Brandenburger Tor und die Berlinale Bären zu verdanken haben.

Das Schmuckstück in der Museums-Sammlung ist aber dieser mechanische Schallplattenspieler. Zweimal an der Kurbel gedreht, die Spirale aufgezogen, und schon erklingt Musik mit diesem unvergleichlichen



Rauschen beim Abspielen von Schellackplatten.



Und natürlich liegt auf dem Teller eine Platte mit einem Lied über Friedenau. **Paul Godwin** mit seinen Jazz-Symphonikern und dem Klassiker: „In Friedenau, da weiß ich eine kleine süße Frau.“ Nachzuhören auf diesem Link:

<https://www.youtube.com/watch?v=aKIYuZ4u6VI>



Dieser Beitrag erschien am 4. April 2019 in **paperpress**. Die Berichterstattung in den Medien, bundesweit, sieht fünf Jahre später anders aus. Was ist geschehen? Das Lebenswerk von **Michael Rudolph** scheint zerstört zu sein.

Der **Tagesspiegel** schreibt: „In Berlin hat sich ein neuer Schulkandal entwickelt, der es durchaus mit dem berühmt-berüchtigten Neuköllner ‚Rütli-Fall‘ von 2006 aufnehmen kann. Das Kollegium berichtet von täglicher Gewalt und Bedrohung durch Schüler. Allerdings handelt es sich aktuell um die Friedenauer Friedrich-Bergius-Schule, die noch vor drei Jahren einen exzellenten Ruf hatte.“

In einem siebenseitigen Brandbrief beschreibt die Schulgemeinschaft die Zustände. Es vergehe kein Tag ohne verbale Beleidigungen und Bedrohungen von Lehrkräften durch Schüler. Jede dritte bis vierte Lehrkraft sei krankgeschrieben.

Der **Tagesspiegel** zitiert aus dem Brandbrief der Schule. Als „besonders besorgniserregend“ wird das „respektlose Verhalten der Schülerschaft während der Pausen und beim Toilettengang“ geschildert. Von dem abschreckendem Umstand des „Danebenmachens“ in den Jungs-Toiletten einmal abgesehen, bestehe die größte Angst der Schülerinnen und Schüler darin, „in kompromittierenden Situationen von Schulkameraden fotografiert oder gefilmt zu werden, die kurzzeitig und überraschend ihre Handys (deren Benutzung in der Schule verboten ist) unterhalb oder oberhalb der Trennwand in die Nebenkabine halten und abdrücken“.

Angstbehaftet seien inzwischen auch Pausenaufsichten wegen „Zusammenrottungen“ auf dem Schulhof, „die bedrohlich und nicht immer unter Kontrolle zu bringen sind“. Viele Lehrkräfte fühlten sich „in diesen Situationen körperlich bedroht und zahlenmäßig unterlegen“. „Häufig“ würden Schüler gefüllte Plastikwasserflaschen unterschiedlicher Größe „mit voller Wucht in zusammenstehende Schülergruppen, aber gelegentlich auch auf Aufsicht führende Lehrkräfte werfen“. Mehrfach komme das von den Schülern „bewusst inszenierte Abfeuern von Böllern und Knallkörpern“ hinzu. Derartige Schilderungen hatte es selbst aus der Neuköllner Rütli-Schule nicht gegeben, die seit Jahrzehnten als belastet galt, als die Kollegen 2006 den bundesweit beachteten Brandbrief schrieben.

Die langjährige Vorsitzende des bezirklichen Schulausschusses, **Martina Zander-Rade** (Grüne), sieht die Verantwortung für die negative Entwicklung der

Schule bei der Politik und Schulaufsicht. Die „existenzielle Krise“, die an die Rütli-Zustände erinnere, sei das Ergebnis „jahrelanger Vernachlässigung seitens der politischen Verantwortlichen“. Lehrkräfte und Schulleitung würden nahezu allein gelassen. Dieses Phänomen hatte die Bezirkspolitikerin bereits beim Umgang mit der Johanna-Eck-Schule beobachtet.



Michael Rudolph, der bis zu seinem Ruhestand vor drei Jahren Rektor der Friedrich-Bergius-Schule war, äußerte sich zur Lage in einem Gespräch im **rbb24 InfoRadio**. Als er 2005 die Schule übernahm, war sie in einem ähnlichen Zustand, erzählt er. Mit einfachen Maßnahmen konnte er die Situation damals in den Griff bekommen. Den Anfang machte er mit einem Schwerpunkt, auf den man vielleicht nicht sofort kommen würde – den Verspätungen. Wer zu spät kommt, fegt den Hof

„Es kamen damals 40, 50 Schüler von diesen 350 Schülern zu spät, ganz ohne Schuldbewusstsein, einfach so. Das hat natürlich unheimlich den Unterrichtsbetrieb gestört. [...] Wir haben dann ein System entwickelt [...]: Die Schüler wurden früh reingelassen und sobald es klingelte zur Stunde wurde die Tür ins Schloss fallen gelassen [...] und konnte von außen nicht mehr geöffnet werden. Verspätete Schüler klingelten, wurden reingelassen, wurden registriert. Und das ist das entscheidende: Sie durften nicht dann in die erste Stunde gehen, sondern sie mussten eine gemeinnützige Arbeit machen. Also jetzt um die Jahreszeit hätten die Blätter gefegt.“

Das Ergebnis: Innerhalb kurzer Zeit gingen die Verspätungen auf ein Minimum runter. „Da hat jeder Schüler mitbekommen und das war ganz zentral, dass die ganze Schulgemeinschaft gemerkt hat: Da passiert jetzt irgendwas, da werden Grenzen gesetzt. Und dann wurde es leichter, auch andere Grenzen zu setzen“, erzählt Rudolph.



Viel hat der ehemalige Schulleiter auch durch Gespräch mit den Schülern erreicht. „Darauf habe ich immer sehr viel Zeit verwendet und habe genau zugehört, hab den Schüler reden lassen: Was ist los, was hast Du gemacht, was ist das Problem? Und habe dann lange mit dem Schüler darüber gesprochen. Dann hat der hinterher was darüber aufgeschrieben: Ich habe heute das und das falsch gemacht, ich will aber später Fußballer werden und dann geht das nicht.“

Das sei für ihn ganz zentral gewesen, sagt Rudolph: „Die Schüler wussten, dass sie etwas falsch gemacht haben und sie haben sich auch durchaus bemüht, das wieder richtig zu machen. Das ist ja nicht so, dass Schüler alle die Regeln brechen wollen.“

Von der Schulaufsicht erwartet der Pädagoge wenig: „Die haben auch nur begrenzte Möglichkeiten und wenn man eine Schule verändern will oder entwickeln will, dann geht das nach meiner Erfahrung nur vor Ort, das heißt, die Leute, die vor Ort die Arbeit machen, die die Verantwortung tragen, die müssen sich zusammenraufen, müssen einen Weg finden. Die Schulaufsicht kann das begleiten, aber ob eine Schule funktioniert, entscheidet sich vor Ort.“

Es muss nicht gleich ein Untersuchungsausschuss gebildet werden, aber die Frage, was in den letzten drei Jahren nach dem Weggang von **Michael Rudolph** geschehen ist, darf erlaubt sein. So eine Entwicklung kommt nicht von ungefähr, sie baut sich von Tag zu Tag auf. Musste so lange gewartet werden, bis die Situation eskaliert?

Ed Koch

Quellen: paperpress-Archiv
Tagesspiegel – rbb24 InfoRadio

05) Obst und Gemüse. Der Einkauf. Von Ed Koch



Obst und Gemüse Der Einkauf

Am 14. Oktober 2024 besuchten wir den Fruchthof Berlin, siehe:

https://www.paperpress-newsletter.de/pdfs/630_oktober_2024/630-12%20-%2014.10.2024%20-%20Obst%20und%20Gemuese.pdf

Anlässlich dieses Besuchs verlostn wir zwei Einkäufe auf Wochenmärkten im Werte von jeweils 25 Euro. Gewonnen hatten **Elke Kraft**, mit der wir am 2. November 2024 auf dem Markt an der Prinzenstraße/Ecke Mariendorfer Damm einkaufen waren, und **Thomas Dreusicke**, mit dem wir und seiner Frau **Ute** am 20. November 2024 auf dem Winterfeldt-Platz nach Obst und Gemüse schauten.



Der Mariendorfer Markt ist nicht besonders attraktiv, die Anzahl der Stände ist überschaubar. Aber, vor allem Obst und Gemüse machen einen sehr guten

Eindruck. **Elke Kraft** hat einen Blumenkohl erworben und viel Obst gekauft, Orangen und Weintrauben. Für die 25 Euro hat sie eine Menge bekommen.



Auch **Ute** und **Thomas Dreusicke** haben viel für ihren Gewinn bekommen, Kartoffeln, Knoblauch, Granatapfel, Winterbirnen, Zwiebeln, Kräuterseitlinge und Pak

Choi, was noch am selben Tag zu einer Gemüsesuppe verarbeitet wurde.



Der Markt auf dem Schöneberger Winterfeldtplatz soll am Samstag ganz große Klasse sein. Am Mittwoch präsentierte er sich allerdings sehr bescheiden und übersichtlich. Aber auch hier überwogen die Obst- und Gemüsestände, die ihre Waren natürlich auf dem **Fruchthof Berlin** einkaufen.

Vom Einkaufen erholen kann sich auf beiden Märkten in angrenzenden Gaststätten. In Mariendorf in der **Remise** mit opulenten Frühstücksplatten und in Schöneberg bei **Maxway Coffee** mit leckerem Gebäck, und überall natürlich eine große Auswahl an Tee- und Kaffee-Sorten.

Mit **Elke Kraft** hat eine langjährige Unterstützerin von **paperpress** den Preis gewonnen, der wir auch zwei wichtige Mitglieder unseres Teams verdanken, ihre Söhne **Andie** und **Mathias Kraft**, Letzterer ist einer der beiden Vorsitzender des Paper Press e.V.

Und mit **Thomas Dreusicke** hat einer der bedeutendsten Industriellen in Tempelhof-Schöneberg und weit darüber hinaus gewonnen. Er ist Inhaber und Geschäftsführender Gesellschafter der **INDIA-DREUSICKE** Berlin mit Sitz in Marienfelde; seine Frau **Ute** ist Prokuristin in dem Unternehmen, das 1929 von **Felix Dreusicke** gegründet wurde. Seit 2006 ist **Thomas Dreusicke** Alleingesellschafter.

Formenbau – Vorrichtungsbau – 3-D Druck – Rapid Prototyping – Kunststoffspritzgussteile – Reinraumfertigung und Baugruppen sind die Geschäftsfelder des Unternehmens. Ihr vielleicht berühmtestes Produkt steht bei vielen zu Hause, die **Fritz Box**, die in

die ganze Welt verkauft wird. Die Älteren unter uns, die irgendwann einmal Schreibmaschineschreiben gelernt haben, können sich vielleicht an die farbigen Kappen erinnern, die sich auf den Tasten befanden, damit man Buchstaben, Zahlen und Zeichen nicht erkennen kann. So lernten Generationen quasi blind das Zehn-Finger-System. Diese Kappen wurden von **INDIA-DREUSICKE** hergestellt. <https://india-berlin.de/>



Als Unternehmer hat **Thomas Dreusicke** die gleichen Sorgen wie alle anderen auch, wenn es um die Gewinnung von Fachkräften geht. Seit langem sind wichtige Stellen unbesetzt. Die Rekrutierung, auch das ist kein Einzelfall, von neuen frischen Auszubildenden ist alles andere als einfach. Zwei Auszubildende waren im Marienfelder Werk tätig. Beide haben vorzeitig hingeschmissen, also ihre Ausbildung nicht beendet.

Knapp 36 Prozent aller Azubis ohne Hauptschulabschluss brechen ihre Ausbildung vorzeitig ab, 24 Prozent mit einem Realschulabschluss und 16 Prozent mit einem (Fach-)abitur. Quelle: Talen2go

Die gute Nachricht ist, dass es immer noch mehr sind, die bis zum Ende der Ausbildung durchhalten und gegebenenfalls im Unternehmen verbleiben. Doch was wird aus den Abbrechern? Immer wieder hören wir in Gesprächen mit Unternehmern, dass bei Bewerbungsgesprächen die ersten beiden Fragen lauten: „Was verdiene ich?“ „Wie lange muss ich dafür arbeiten?“ Die Mentalität war früher besser. Da interessierten sich die Bewerber zuerst dafür, was sie im Unternehmen lernen und machen können. Aus „Was kannst Du für Dein Unternehmen tun“ ist, „Was kann Dein Unternehmen für Dich tun“ geworden. Kein Wunder, dass Deutschland weltweit dort steht, wo es steht.

Ed Koch

06) Es grenzt an Betrug. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-23

21. November 2024

49. Jahrgang

Es grenzt an Betrug



Foto: Ed Koch

Am „Tag der Wahrheit“, dem 19. November 2024, als der Senat die Kürzungsbeschlüsse von knapp zehn Prozent des 40 Milliarden Euro umfassenden Landeshaushalts bekanntgab, sagte Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey** zum Thema 29-Euro-Ticket: „Die Menschen, die ein Ticket haben, haben für ein Jahr einen Vertrag gemacht. Und ich gehe ganz klar davon aus, dass wir einen Vertrauensschutz haben, dass also Tickets, die gekauft sind, auch gekauft sind zu einer Bedingung.“ Zitat: rbb24

So ist es unter ordentlichen Geschäftsleuten üblich. Wenn man, wofür auch immer, eine Abonnement mit einer Mindestlaufzeit von zwölf Monaten abschließt, dann kommt keine Seite vorher aus diesem Vertrag raus. Es sei denn, man ist der Senat von Berlin und missachtet diese Regeln. Auf der Seite der BVG haben wir keine Geschäftsbedingungen, die ein vorzeitiges Vertragsende möglich machen, gefunden.

Auf der Internetseite der BVG kann das 29-Euro-Ticket nicht mehr gebucht werden. „Wir befinden uns derzeit in Gesprächen mit der zuständigen Senatsverwaltung zum weiteren Verfahren mit dem Berlin-Abo. Dabei arbeiten wir an der bestmöglichen Lösung für unsere Kundinnen und Kunden. Wir bitten um Geduld und werden alle Kundinnen und Kunden rechtzeitig informieren.“

„Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) sagte am Mittwoch im Verkehrsausschuss des Abgeordnetenhauses zu den geplanten Haushaltskürzungen, für 2025 sollten alle Mittel, die für das Berlin-Abo eingeplant waren, eingespart werden. „Damit wird das 29-Euro-Ticket, so wie es heute besteht, 2025 nicht mehr bestehen.““ Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Johannes Kraft**, bestätigte dem rbb, dass in der schwarz-roten Koalition überlegt wird, die 29-Euro-Tickets entweder ins Deutschlandticket (ab

Januar 58 Euro pro Monat) oder in die Berliner Umweltkarte AB (71,40 Euro pro Monat) umzuwandeln. Laut Kraft könnten Kundinnen und Kunden von einem Sonderkündigungsrecht Gebrauch machen, wenn sie keine Umwandlung wollen. „Im Idealfall“, so Kraft zum rbb, greife die neue Regelung zum 1. Januar, so dass 2025 keine Subventionen mehr für das 29-Euro-Ticket nötig wären.“

Diesen Vorgang sollten sich Juristen einmal anschauen. Der gesunde Menschenverstand kommt da nicht mehr mit. Während einer Laufzeit eines Abonnements die Preise zu erhöhen, von 29 auf 58 bzw. 71,40 Euro, ist ein starkes Stück. Sehr „entgegenkommend“ ist es vom Senat, dass den 210.000 Abonnenten ein „Sonderkündigungsrecht“ eingeräumt werden soll. Die eine Vertragspartei ändert die Spielregeln und die andere darf sich wegen erheblicher Nachteile aus dem Spiel verabschieden. Hoffentlich gibt es Betroffene, die auf Vertragserfüllung klagen.

Worauf kann man sich noch verlassen? Wenn eine Senatorin am Dienstag etwas anderes verkündet als eine andere am Mittwoch, ist das keine vertrauensbildende Maßnahme. „Das 29-Euro-Ticket-Chaos ist perfekt“, kritisiert **Kristian Ronneburg**, verkehrspolitischer Sprecher der Linken. Gestern habe Senatorin Giffey noch von Vertrauensschutz gesprochen, „heute zieht Senatorin Bonde den Stecker und sagt den Berlinern, dass sie das Ticket so schnell wie möglich abschaffen will“, sagt Ronneburg am Mittwoch dem rbb. Er fordert den Senat auf, „politische Größe“ zu zeigen und „die Fahrgäste nicht hängen zu lassen, so dass sie zumindest 2025 noch mit dem 29-Euro-Ticket fahren können“. Das wäre dann Vertragserfüllung.

Die Kürzungsbeschlüsse fanden noch keine Berücksichtigung in der aktuellen Umfrage von **Infratest dimap** für den rbb, denn sie fand zwischen dem 14. und 18. November statt. Die **CDU** liegt derzeit bei 27 Prozent, einen Punkt besser als bei der **INSA**-Umfrage vom 13. Juli. Die **SPD** hingegen stürzt von 18 auf zwölf Prozent ab, die **Grünen** legen um fünf Punkte von 15 auf 20 zu. Auch die **AfD** verzeichnet ein Plus von drei Zählern von zwölf auf 15 Prozent. Die **Linke** mit sechs und das **BSW** mit sieben Prozent wären im nächsten Abgeordnetenhaus vertreten, im Gegensatz zur **FDP**, die bei vier Prozent liegt.

Um 10:00 Uhr beginnt heute die Sitzung des Abgeordnetenhauses. Thema der Aktuellen Stunde: Der Haushalt. Viel Vergnügen.

Ed Koch

1

07) Das ganz große Besteck. Von Ed Koch



Das ganz große Besteck



Foto: Ed Koch

Wenn man für eine Pressekonferenz vier Einladungen bekommt,

- vom CDU Landesverband Berlin
- vom SPD Landesverband Berlin
- von der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses und
- von der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses,

und als Teilnehmende angekündigt werden,

- der Regierende Bürgermeister und CDU-Landesvorsitzende, **Kai Wegner**
- die SPD-Landesvorsitzenden **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**
- der CDU-Fraktionsvorsitzende **Dirk Stettner**
- der SPD-Fraktionsvorsitzende **Raed Saleh**
- der Bürgermeister und Senator für Finanzen, **Stefan Evers**
- die Bürgermeisterin und Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe, **Franziska Giffey**,

dann muss es wirklich wichtig sein. Ist es auch. Es geht um Kürzungen im Haushalt von drei Milliarden Euro.

Lassen Sie uns zu Beginn eine Lanze für den Senat und der ihn tragenden Koalition aus CDU und SPD brechen. Keinem der Protagonisten macht es Spaß, Kürzungen und damit Leistungen für die Bürger verkünden zu müssen. Im Wesen eines Politikers liegt es, Wohltaten zu verteilen. Diese Zeit ist vorbei, das wurde in den 90 Minuten der Pressekonferenz im Abgeordnetenhaus deutlich. Es wird auch künftig nicht mehr Geld geben, wir werden uns mit dem begnügen müssen, was wir haben. Immerhin 400 Milliarden Euro, den größten Haushalt ever.

Der Koalition ist es gelungen, auf drei Milliarden geplanter Mehrausgaben zu verzichten. Etwas genüss-

lich wies **Kai Wegner** darauf hin, dass an dieser Frage, und in gleicher Höhe, die Bundes-Ampel-Koalition gescheitert sei. In Berlin betonten die Spitzen von Partei und Fraktion der Koalition, seien die Verhandlungen geräuschlos und ohne Streit erfolgt.

Sicherheit und sozialer Zusammenhalt hätten bei den Verhandlungen oberste Priorität gehabt. „Die soziale Stadt bleibe erhalten“, sagte die SPD-Vorsitzende **Nicola Böcker-Giannini** und ihr Co-Vorsitzender **Martin Hikel** sprach sogar von einem „wichtigen Meilenstein.“ Die Funktionsfähigkeit der Stadt bleibe erhalten, und sowohl CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** als auch Finanzsenator **Stefan Evers** wiesen darauf hin, dass es keinen **Personalabbau geben werde**. Stettner bot der Opposition Sondersitzungen des Haushaltsausschusses an, um über die Kürzungen zu beraten. Ob sich dadurch noch Veränderungen ergeben könnten, ließ er offen.

Die Aufgabe von Politik sei es, so SPD-Fraktionschef **Raed Saleh**, für Stabilität, Ruhe und Sicherheit zu sorgen. Es gäbe durch die Kürzungen keinen sozialen Kahlschlag, so Saleh. Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey** wies in ihrem Statement darauf hin, dass eine Milliarde Euro durch die Erhöhung von Einnahmen erzielt wurden. Das 29-Euro-Ticket wurde allerdings auf dem Altar der anderen Wohltaten, wie kostenlosem Schülerticket, Hort oder Schulessen geopfert. Das Sozialticket bleibe erhalten, auch wenn es von neun auf 19 Euro ansteigen wird. Wer ein Abo für das 29-Euro-Ticket abgeschlossen hat, kann es so lange nutzen, bis der Zeitraum von einem Jahr verstrichen ist. Neue Tickets werden nicht mehr ausgestellt, ab wann, ist offen. Noch kann also das Abo abgeschlossen werden, was ein heißer Tipp für Schnellentschlossene wäre.

Für Finanzsenator **Stefan Evers** ist heute der Tag der Wahrheit. Er sei stolz auf die Leistung der Koalition, auch wenn ihn viele Beschlüsse schmerzen. Die Mentalität der letzten Jahre, immer mehr Geld auszugeben, muss sich ändern, so Evers. Natürlich gibt es auch kleine Tricks, so zum Beispiel bei der Anschaffung der E-Busse für die BVG. Die benötigten 95 Millionen Euro werden kreditfinanziert. Auch wenn im Bereich Digitalisierung gespart werden müsse, bliebe immer noch genug übrig, sagt der Regierende. „Die Digitalisierung wird nicht am fehlenden Geld scheitern.“, so Evers.

Die wichtigste Botschaft der Pressekonferenz wurde eher nebensächlich erwähnt: **Die Bezirke sind von den Kürzungen ausgenommen**. Lassen Sie sich also nicht von ihrem Bezirksamt etwas anderes erzählen.



Natürlich sind nicht alle so zufrieden mit den Kürzungsbeschlüssen, wie die Koalition. Der **DEHOGA Berlin** zeigt sich enttäuscht über die Entscheidung zur Erhöhung der Übernachtungssteuer (City Tax) auf 7,5 % und sieht die Wettbewerbsfähigkeit Berlins als Tourismus- und Kongressstandort gefährdet. „In einer Zeit, in der die Branche immer noch die Auswirkungen der Pandemie und anderer Krisen spürt, setzt diese Maßnahme das falsche Signal.“, erklärt **Gerrit Buchhorn**, Hauptgeschäftsführer des DEHOGA Berlin. „Wir rufen den Senat dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, die den Tourismusstandort Berlin stärken, anstatt ihn zu belasten“, appelliert Buchhorn. Der DEHOGA Berlin und andere Verbände haben mehrfach angeboten, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Der **Landesjugendring Berlin** beklagt: *Koalition pfeift auf junge Menschen. Sieben Millionen Euro weniger für Kinder und Jugendliche: Die extremen Kürzungen der Koalition bei der Jugendarbeit zeigen, wie unwichtig junge Menschen in Berlin geworden sind. Eigentlich wollte die Koalition eine Jugendstrategie umsetzen. Die massiven Kürzungen beweisen nun das Gegenteil.*

„Es ist absolut unverständlich, dass Anwohner-Parkausweise weiterhin 10,20 Euro im Jahr kosten, die Angebote für Jugendliche aber zusammengestrichen werden.“, sagt **Lena Kiefer**, Vorsitzende des Landesjugendring Berlin. „All die Sonntagsreden darüber, wie wichtig die Jugend sei, kann sich die Berliner Koalition sparen. Mit den Haushaltsentscheidungen wird deutlich, dass junge Menschen der Berliner Landespolitik herzlich egal sind.“

Besonders schmerzhaft für Jugendverbände sind die Kürzungen im Bereich der Jugendarbeit und der politischen Bildung: „Hier brechen wichtige Angebote der politischen Bildung und der Demokratieförderung weg. Diese Entscheidungen sind absolut kontraproduktiv, wenn man gleichzeitig beklagt, dass junge Menschen das Vertrauen in die Politik verlieren. Das ist dann kein Wunder mehr“, so Kiefer.

Auch die freien Träger der Jugendarbeit trifft es hart: Hier sollen Tarifsteigerungen für die Angestellten wohl nicht weiter finanziert werden. Viele von ihnen werden Mitarbeitenden kündigen müssen, um verbliebene Angestellte weiterhin tarifgerecht bezahlen zu können. Auch diese Dynamik führt zu weniger Angeboten für Kinder und Jugendliche in Berlin.

Der **Bund für Umwelt und Natur** beklagt die radikalen Kürzungen bis 40 Prozent bei Umwelt- und

Klimaschutzvorhaben. *Keine Erhöhung bei Parkgebühren und Anwohnenden-Parkausweisen, keine Verpackungssteuer, kein Entnahmeentgelt für Oberflächenwasser, keine Änderung der Wassergebühren. Im Rahmen ihrer Haushaltskürzungen lässt die Koalition jährliche Einnahmepotenziale liegen, die leicht einen dreistelligen Millionenbetrag pro Jahr erreichen könnten. All diese Steuern, Abgaben und Gebühren könnten dabei eine erhebliche Lenkungswirkung für Umwelt, Klima und Ressourcen erzielen – hätten also nicht nur einen hohen fiskalischen Nutzen. Offensichtlich messen CDU und SPD dem Schutz der Lebensgrundlagen der Menschheit eine niedrige Priorität zu. Die Systematik der Haushaltskürzungen lässt für den BUND Berlin keinen anderen Schluss zu.*

Zu den Sparbeschlüssen von Schwarz-Rot erklären die Fraktionsvorsitzenden der Grünen **Bettina Jarasch** und **Werner Graf**: „Schwarz-Rot macht Politik gegen die Menschen: Alle, die in Berlin unterwegs sind, werden die Sparbeschlüsse von Schwarz-Rot besonders bitter zu spüren bekommen. Mit der Verdopplung des Sozialtickets werden die Ärmsten am härtesten getroffen. Der ÖPNV wird kaputtgespart und Klimaschutz findet nicht mehr statt. Das Versprechen der funktionierenden Stadt wurde leichtfertig aufgegeben.“

Die Verkehrswende wird gestoppt: Eine Stadt ohne funktionierenden ÖPNV ist eine Stadt, die nicht funktioniert. Die Mittel für den ÖPNV werden mitten in der BVG-Krise massiv gekürzt. Beim Sozialen wird gekürzt: Das Sozialticket wird mehr als verdoppelt (19 statt 9 €). Das betrifft 200.000 Berlinerinnen und Berliner. Der Klimaschutz bleibt auf der Strecke: Am Anfang hieß es noch von Wegner und Giffey, man wolle 5-10 Milliarden mehr für den Klimaschutz über ein Sondervermögen finanzieren. Versprechen gebrochen: Nun wird auch noch das, was vom Klima- und Umweltschutz übrig war, um über 20 Prozent gekürzt. Sparen auf Kosten der Zukunft.

400 Milliarden Euro ist scheinbar eine große Summe, in der aber auch alle Personalkosten enthalten sind. Die Spielräume werden immer kleiner. Geschenke und Wohltaten wird es nicht mehr geben. Womit machen die Parteien dann Wahlkampf, wenn sie nichts mehr versprechen können? Die Bürger sollten sich bei jedem Versprechen vorrechnen lassen, wie es finanziert werden kann. In den nächsten Tagen wird noch hektisch diskutiert, was gut ist, aber dann geht's weiter. Untergehen wird Berlin nicht.

Ed Koch

08) Langzeitschäden. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-21

18. November 2024

49. Jahrgang

Langzeitschäden

Heute Abend treffen sich die Koalitionäre von CDU und SPD, um über den Entwurf des Berliner Haushalts zu entscheiden. Das letzte Wort hat dann das Parlament. Es ist davon auszugehen, dass die Senatpläne weitestgehend umgesetzt werden.

Schaut man sich die Liste an, die der **rbb** gestern veröffentlichte, ist die einzusparende Summe gewaltig, auch wenn drei Milliarden Euro „nur“ etwa zehn Prozent des Gesamthaushalts ausmachen. **André Schulze**, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen, „erwartet vom Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner** (CDU), dass er in der kommenden Plenarsitzung am Donnerstag eine Regierungserklärung zu den Haushaltsbeschlüssen der Koalition abgibt. Die Folgen für die Stadt sind gravierend und CDU und SPD müssen sich endlich der Debatte im Parlament stellen, statt weiter im Hinterzimmer Entscheidungen zu treffen. Die Stadt braucht endlich auch im Detail Klarheit über die Folgen der Senatspolitik.“

Auf dem Jahresempfang der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg am 8. November 2024, blickte Finanzsenator **Stefan Evers** (CDU) kritisch auf den Vorgängerschaten an SPD, Grünen und Linken. „Hätte es unter diesem keine Ausgabenexplosion gegeben, stünden wir heute besser da.“, so Evers.

660 Millionen Euro sollen in der der Senatsverwaltung für **Mobilität, Verkehr und Umwelt** gestrichen werden. „Es ist der größte Einzelposten bei den Einsparungen.“ Zu den Grausamkeiten gehören Kürzungen beim ÖPNV in der Innenstadt und bei Neubauprojekten. „Der Landeszuschuss an die BVG für den Kauf von Elektrobusen wird nach den bisherigen Überlegungen der Koalition komplett wegfallen. Die Busflotte bis 2030 auf Elektroantrieb umzustellen, dürfte sich damit erledigt haben.“ Straßenbahnverlängerung, Verbesserung des Radverkehrs und die Sicherheit im Straßenverkehr sind ebenfalls betroffen. Bauarbeiten am Tempelhofer Damm sollen entfallen. Es wäre schön, wenn die laufenden Maßnahmen wenigstens zu Ende gebracht werden könnten.

Klimaschutz, wozu? 20 Millionen weniger. Maßnahmen zum **Gewässerschutz**, weshalb? **Grün Berlin** bekommt weniger. 70 Millionen sollen bei der **Verwaltungsdigitalisierung** gestrichen werden. **E-Akte**, was ist das? Was noch? Fahrzeuge und Technik bei **Feuerwehr und Katastrophenschutz**. Berliner Bäderbetriebe. „Betroffen sind davon Investitionen in die Bäder. Beim **Schul- und Sportstättenanierungspro-**

gramm will die Koalition ebenfalls den Rotstift ansetzen.“

„Auch im **Kita-, Schul- und Jugendbereich** wird in zahlreichen Bereichen zum Teil deutlich weniger Geld fließen. Beispielsweise in der **freien Jugendhilfe** könnten sich die Einbußen auf annähernd drei Millionen Euro summieren.“ Es hat sich schon immer als kontraproduktiv erwiesen, wenn Geld für die Prävention gespart wird. Allein ein Jugendlicher, der durch ein präventives Angebot nicht auf die schiefe Bahn gerät, spart eine Menge Geld. Kosten-Nutzen-Rechnungen stellt der Senat jedoch nicht an.

Berlin ist besonders stolz auf seine kostenfreien Angebote bei Kitas und Schulen, zum Beispiel dem Hortbesuch, das Mittagessen an den Grundschulen und die Lernmittelfreiheit. Alles Errungenschaften, die in der Spree zu versinken drohen.

Auch wenn sich Kultursenator **Joe Chialo** (CDU) für seinen Bereich noch so stark macht, Kürzungen bei den Theatern, dem Konzerthaus und den Philharmonikern wird es ebenso geben wie bei Museen, Projekten und Veranstaltungen.

Das **Kulturangebot** Berlins ist ein Magnet, der tausende von Touristen in die Stadt bringt. Und schon sind wir wieder bei der Kosten-Nutzen-Frage, die sich nicht dadurch beantwortet, indem man beispielsweise die **Übernachtungssteuer** erhöht.

Der **Hotel- und Gastronomieverband (DEHOGA Berlin)** warnt eindringlich vor den negativen Folgen einer weiteren Erhöhung der **Übernachtungssteuer** und fordert die Berliner Landesregierung auf, auf diese zu verzichten.

Der **Tourismus** und das **Gastgewerbe**, die stark unter den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gelitten haben, stehen weiterhin unter großem Druck. Viele Betriebe sind noch immer mit pandemiebedingten Krediten belastet, während steigende Kosten für Energie und Personal sowie anhaltende Konsumzurückhaltung die Lage zusätzlich verschärfen. Die Branche erholt sich nur langsam. Aktuell liegt die Auslastung der Hotels noch 16,4 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2019. Weitere Belastungen durch zusätzliche Steuern sind der falsche Weg.

Die bestehende Belastung durch die **Übernachtungssteuer**, die im April dieses Jahres kurzfristig auf Geschäftsreisende ausgeweitet wurde, hat bereits zu erheblichen Herausforderungen geführt. Eine weitere Erhöhung dieser Steuer wird die Wettbewerbsfähigkeit des Berliner Gastgewerbes schwächen und die Attraktivität der Stadt als Tourismus- und Kon-



gressstandort mindern. Steuererhöhungen führen zwangsläufig zu Preissteigerungen, die von den Gästen akzeptiert werden müssen – eine potenziell abschreckende Wirkung auf Besucher.

Der DEHOGA Berlin spricht sich entschieden gegen eine Erhöhung der Übernachtungssteuer aus und prüft rechtliche Schritte. Zusätzliche Steuern würden die ohnehin angespannte Lage der Branche weiter verschlechtern. Anstatt die Steuerlast zu erhöhen, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die den lokalen Konsum stärken und Berlin als Reiseziel attraktiver machen. Der DEHOGA Berlin hebt hervor, dass Vorschläge wie die Ausweitung der Außengastronomie und zusätzliche Sonntagsöffnungen im Einzelhandel dazu beitragen werden, die Umsätze der Betriebe zu steigern und zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren – ohne Mehrbelastungen für Unternehmen und Bürger. Diese Maßnahmen wurden dem Senat bereits mehrfach vorgeschlagen, sind jedoch bislang nicht umgesetzt worden. Die Blockade der Sonntagsöffnungen bleibt angesichts der angespannten Haushaltslage besonders unverständlich.

Der DEHOGA Berlin fordert außerdem den Ausbau der internationalen Erreichbarkeit und eine optimierte und langfristige Veranstaltungsplanung, um Berlin stärker in den Fokus internationaler Besucher zu rücken. Messen, Kongresse und Großveranstaltungen werden den Tourismus nachhaltig fördern und die wirtschaftliche Stabilität der Stadt sichern.

Fazit: Eine Erhöhung der Übernachtungssteuer wird die bestehende Belastung verschärfen und die Wettbewerbsfähigkeit der Branche gefährden. Der DEHOGA Berlin fordert die Politik auf, gemeinsam mit der Branche an nachhaltigen Konzepten zu arbeiten, um Berlin als Reiseziel zu stärken und die wirtschaftliche Stabilität zu fördern.

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Noch ist Berlin attraktiv für Besucher; die Preise für Kultur, Hotel und Gastronomie sind für viele halbwegs erschwinglich. Es geht aber nicht nur um Touristen, sondern auch um die Einheimischen, die gern ein Restaurant besuchen möchten. Immer wieder lesen wir von Gaststätten, die aufgegeben haben, weil sie die Kosten nicht mehr bewältigen konnten und die Gäste ausblieben. Nicht nur im Zentrum, sondern auch in den Kiezen darf der Italiener, Grieche oder Kroate an der Ecke nicht verschwinden. Wer einmal weg ist, kommt nie wieder, ein irreparabler Langzeitschaden.

Ed Koch

Quellen: rbb / DEHOGA Berlin

09) Vom Umgang mit dem Gedenken. Gedenktafel für KZ-Außenlager in Lichtenrade eingeweiht. Von Uwe Januszewski



paperpress

seit 1976



Nr. 631-15

13. November 2024

49. Jahrgang

Vom Umgang mit dem Gedenken

Gedenktafel für KZ-Außenlager in Lichtenrade eingeweiht

Im Rahmen des Gedenktafelprogramms des Bezirks Tempelhof-Schöneberg wurde am Montag, dem 11. November 2024, im Bornhagenweg in Lichtenrade, eine Informationstafel zum ehemaligen Außenlager des KZ Sachsenhausen eingeweiht. In Lichtenrade befand sich von 1943 bis zum 20. April 1945 ein Außenlager des Konzentrationslagers. Die Häftlinge waren politische Gefangene aus vielen europäischen Ländern und mussten unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Die Nationalsozialisten nutzten die Arbeitskraft der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bis zur Erschöpfung und zum Tod dieser Menschen.



Die neue Gedenktafel ergänzt die 1987 aufgestellte Stehle aus Eisenbahnschienen. Bereits in den 1990er Jahren gab es Kritik, dass diese Art des Gedenkens nicht ausreichen sei. Je mehr es Informationen durch Zeitzeugen, die im Lager gefangen gehalten wurden, gab, umso lauter wurde die Forderung zu ergänzenden Erläuterungen.

Bei der jetzigen Einweihungsfeier erinnerte **Dr. Andreas Bräutigam** von der Lichtenrader Geschichtswerkstatt daran, dass ein langer Weg von zehn Jahren zwischen der Idee und der Verwirklichung gegangen werden musste. Er freue sich, so Bräutigam weiter, dass es auch gelungen sei, die seit Jahren verblasste Inschrift an der Gedenkstehle wieder herzustellen. Der stellvertretende Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat für Kultur, **Matthias Steuckardt** (CDU), machte in seiner Rede deutlich, wie wichtig es sei, vor Ort, wie an diesem besonderen Gelände, an die Zeit zwischen 1933 und 1945 zu erinnern. Seit den 1980er Jahren ist das Gelände des ehemaligen Außenlagers eine Station der „*Stadtrundfahrten zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof*“, die vom Paper Press e.V. 1980 gegründet wurden, und heute gemeinsam mit dem

Verein Stolpersteine an der B 96 e.V. durchgeführt, und von der Bruno und Else Voigt-Stiftung gefördert werden.



An der Einweihung nahmen neben Vize-Bürgermeister Matthias Steuckardt und Dr. Andreas Bräutigam, auch die frühere Bildungsstadträtin Jutta Kaddatz (CDU) und die ehemalige SPD-Bezirksverordnete Ingrid Kühnemann teil.

Gedenktafel Seebad Mariendorf noch ohne offizielle Einweihung



Eine weitere, neue Gedenktafel aus dem Gedenktafelprogramm des Bezirks erinnert in der Ullsteinstraße 159 an das ehemalige Seebad der jüdischen Familie Lewisohn. Sie wurde bisher nicht offiziell eingeweiht.

Dort, wo sich heute eine Senioren-Residenz befindet, befand sich von 1876 bis 1950 ein öffentliches Schwimm- und Sportbad, das über die Grenzen der damaligen Gemeinde Mariendorf bekannt war. In den 1920er Jahren galt es als „*größte und schönste Sportbadeanstalt Groß-Berlins*“. **Adolf Lewisohn** galt als Visionär. Er baute nicht nur das Seebad, sondern setzte sich für den Bau des Gaswerks Mariendorf und des Teltowkanals ein. Dieser führt seit 1906 direkt an der Ullsteinstraße vorbei.

Nach dem Tod ihres Vaters 1927 übernahm **Helene Lewisohn** die Leitung des Bades. Aufgrund ihres jüdischen Glaubens sah sie sich ab Anfang 1930 immer mehr Anfeindungen durch die NSDAP ausgesetzt. Die mit der Machtübernahme durch Hitler zunehmende Verfolgung der jüdischen Bevölkerung machte auch vor dem Seebad nicht halt. 1934 musste bereits ein Großteil des Grundstückes unter Wert verkauft werden, bevor die endgültige „*Arisierung*“ stattfand. Helene Lewisohn wurde enteignet

1



und bekam dafür einen Betrag von 151,25 Reichsmark. Der Schwimmverein „Friesen 1895 e.V.“ übernahm den Schwimmbetrieb und „freute“ sich, dass die Badeanstalt dem „jüdischen Einfluss entzogen wurde“ und nunmehr von „deutschen Volksgenossen betreut und verwaltet wird“.

Im Zweiten Weltkrieg beschädigt, wurde das Gelände noch bis 1950 als Badeanstalt genutzt, bevor es zugeschüttet und dem Wohnungsbau und dem Bau einer Seniorenresidenz diente. Die Nazizeit und den Zweiten Weltkrieg überlebte Helene Lewisohn in einer Gartenlaube. Das Entschädigungsverfahren endete Anfang der 1950er Jahre mit einem Betrag von 1.000 DM. Eine Rückübertragung fand nicht statt. Helene Lewisohn starb 1957 völlig mittellos in Berlin.

Quellen zur Familie Lewisohn: Tagesspiegel Bezirksnewsletter Tempelhof-Schöneberg vom 11.05.2021, Internetseite „schwimm-blog-berlin.de“ vom 11.11.2024 und aus der Ausstellung des Bezirks „Kommt schwimmen! - Das Seebad Mariendorf von 1876 bis 1950“ aus dem Jahr 2021

Gerda-und-Wolfgang-Szepansky-Promenade: Schriftzug völlig unkenntlich

Gegenüber dem ehemaligen Seebadgelände befindet sich eine Grünanlage mit Wegführung zwischen Mariendorfer Damm und Rathausstraße, die 2021 nach **Gerda und Wolfgang Szepansky** benannt wurde.

paperpress schrieb zur Namensgebung am 21. Juli 2021: „Antifaschismus war das Credo ihres Lebens. Gerda arbeitete als Autorin zum Thema Nationalsozialismus und Widerstand. Wolfgang Szepansky, der von 1940 bis 1945 im KZ Sachsenhausen eingesperrt und Mitglied des Sachsenhausenkomitees war, hat Tausenden Menschen als Zeitzeuge, unter anderem fast 30 Jahre bei den Stadtrundfahrten durch Tempelhof, zur Verfügung gestanden. 1996 wurden beide mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt.“

Mit Blick auf die viermal zerstörte Gedenktafel für Wolfgang in der Methfesselstraße in Kreuzberg sprach die damalige Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, **Angelika Schöttler** (SPD), die Hoffnung aus, dass dieses Benennungsschild unbeschädigt bleibt.

Die Realität sieht anders aus. Völlig verschmiert sind die Namenstafeln an den Eingängen zur Gerda-und-Wolfgang-Szepansky-Promenade. Nicht nur „tags“ befinden sich auf den Schildern, sondern seltsamerweise auch sog. „Antifa-Aufkleber“. Wissen linke Aktivisten nicht, wer die beiden waren? Immer noch

klebt ein Zettel der LINKEN über dem Schild mit dem Hinweis zu einer Kundgebung am Geburtstag von Wolfgang Szepansky, dem 9. Oktober. Hätte man nicht aus diesem Anlass eine Reinigungsaktion vornehmen können?



Nach wie vor auffällig auch die Lücke zwischen dem Benennungsschild und dem Hinweis auf einen gemeinsamen Fuß- und Radweg. Hier sollte, so war es Wille der Initiatoren der Benennung, und es gab auch eine Zusage der damaligen Stadträtin für Grünflächenpflege, **Christiane Heiß** (Grüne), eine Erläuterung zu dem Namen geben.

Es ist löblich, dass mit großformatigen Informationstafeln, die auch mit Brailleschrift und einem QR-Code versehen sind, im Bezirk Tempelhof-Schöneberg an die Zeit zwischen 1933 und 1945 erinnert wird, aber Erinnerung muss auch gepflegt werden.

Politische Zusagen sollte das Bezirksamt einhalten oder muss die Öffentlichkeit, wie bei der Informationstafel im Bornhagenweg, auch bei der Gerda-und-Wolfgang-Szepansky-Promenade zehn Jahre auf eine Erläuterung warten?

Uwe Januszewski
(auch Fotos)

10) Berlin freute sich. Von Ed Koch



Berlin freute sich

Es ist nicht entscheidend, wie lange ein Politiker ein bestimmtes Amt innehat, historisch bedeutend ist, was in dieser Zeit geschieht. **Walter Momper** hatte Glück in seinem Leben. Am 16. März 1989 löste der Sozialdemokrat den CDU-Bürgermeister **Eberhard Diepgen** ab, der am 24. Januar 1991, nach Ende der rot-grünen Momper-Koalition und verlorenen Neuwahlen der SPD, als Regierender Bürgermeister ins Rathaus Schöneberg, Sitz des West-Berliner Senats, zurückkehrte.

Walter Momper war in seiner Amtszeit nicht nur von November 1989 bis Oktober 1990 Bundesratspräsident, die Nummer Zwei im Staate nach dem Bundespräsidenten, sondern auch der Regierende Bürgermeister, der die Maueröffnung am 9. November 1989 von der West-Seite der Stadt aus managte. Sein roter Schal wurde zu seinem Markenzeichen und ein Verkaufsschlager, denn jeder Sozialdemokrat lief nun auch mit einem roten Schal durch die Gegend. Sein Spruch: „Berlin, nun freue Dich!“, ging um die Welt. Momper hatte weltweit einen Bekanntheitsgrad, den nach ihm kein Regierender Bürgermeister mehr erreichte, auch nicht **Klaus Wowereit**. In allen Geschichtsbüchern sieht man Momper in der ersten Reihe, während sein Vorgänger und Nachfolger Diepgen weiter hinten stehen musste.



Foto: Ed Koch

In unregelmäßigen Abständen lädt der Bundestagsabgeordnete **Michael Müller**, einer von Mompers Nachfolgern, sowohl als Regierender Bürgermeister, als auch als Bundesratspräsident, in sein Wilmerdorfer Wahlkreisbüro ein, um mit interessanten Persönlichkeiten zu diskutieren. Knapp 80 Gäste kamen gestern Abend in die Bleibtreustraße, um jene Geschichte noch einmal aus berufenem Munde zu hören, die man als Berliner kennt, den Fall der Mauer. Es ist im Ergebnis schön, aber auch erschreckend,

wie die DDR-Führung die Kontrolle über den Arbeiter- und Bauernstaat, nur wenige Tage nach dem 40-jährigen Jubiläum am 7. Oktober 1989, verlor. Anerkennend muss man sagen, dass die Staatsorgane, allen voran Polizei und Armee, zum Glück nicht bereit waren, auf ihre demonstrierenden Landsleute zu schießen. Und so ging diese deutsche Revolution, im Gegensatz zu früheren, in die Geschichtsbücher als „friedliche Revolution“ ein, bei der kein Schuss fiel und niemand zu Schaden kam.



Foto: Fred Baumgart

Schon 1991 gab **Walter Momper** sein erstes Buch, „Grenzfall“ mit einem Geleitwort von **Willy Brandt**, heraus. Beim legendären „Suppentreff“ im Jugendfreizeitheim Mariendorf, stellte Momper am 17. Dezember 1991 sein Buch im Gespräch mit dem Autor dieses Beitrages vor. Bei diesem Veranstaltungsformat durften sich die prominenten Gäste eine Suppe aussuchen, die zubereitet und den Besuchern kredenzte wurde. Bei Momper gab es Linsensuppe.

In diesem Buch, wie auch in dem 2014 erschienenen Werk: „Berlin, nun freue Dich!“, hat **Walter Momper** die spannende Geschichte des Mauerfalls aufgeschrieben. Im Fototeil des Grenzfall-Buches ist zu sehen, dass Momper ein sehr geschätzter Gesprächspartner, national und international war, zu Besuch bei **George Bush** im Weißen Haus im April 1989, mit **Michail Gorbatschow** in Bonn im Mai 1989, mit **Ronald Reagan** im September 1990 an der Mauer, und natürlich immer wieder mit **Willy Brandt**, **Helmut Kohl** und **Richard von Weizsäcker**. Beide Bücher sind bei verschiedenen Buchhandlungen für wenig Geld zu erhalten. Es sind Bücher über eine Geschichte, die sich kein Romanautor ausdenken kann. Das wahre Leben ist besser als jede Fiktion.



PAPER PRESS

Jugendpolitischer Presseklub Berlin 1976-1989



Zur Wahrheit gehört auch, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen über den Umgang mit dem Mauerfall gab. Am 20. November 1989 titelte **paperpress**: „Keine Wiedervereinigung, sondern ein Wiedersehen!“ Mit **Walter Momper** teilten wir die Meinung, dass es nun nicht zwangsläufig zur Wiedervereinigung kommen müsse:

„Wir halten es mit Walter Momper, was derzeit in unserer Stadt abläuft. Der Regierende Bürgermeister wies in seiner Ansprache am 10. November vor dem Rathaus Schöneberg darauf hin, dass mit der Öffnung der Grenzen zwar die Begegnung aller Deutschen ermöglicht wird, aber die Existenz zweier deutscher Staaten unangetastet ist. Das Volk der DDR ist souverän genug, über alle Angelegenheiten selbst zu entscheiden.“

Diese Ansicht war damals weit verbreitet, konnte sich aber, wie wir wissen, nicht durchsetzen. *Schon am 28. November 1989 legte **Helmut Kohl**, ohne vorherige Absprache mit dem FDP-Koalitionspartner, dem Kabinett und den westlichen Bündnispartnern, im Bundestag das überraschende Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vor. Er lehnte das Zwei-Staaten-Konzept von **Oskar Lafontaine** ab, nach dem die Bundesrepublik Beiträge zur Stabilisierung der DDR-Wirtschaft erbringen sollte.* Wikipedia

Während Lafontaine vorrechnete, was eine Wiedervereinigung kosten würde, versprach Kohl blühende Landschaften. Seine CDU gewann deutlich die erste und einzige freie DDR Volkskammerwahl im März 1990 und die erste gesamtdeutsche Wahl im Dezember desselben Jahres. Wie die Geschichte weiterging, wissen wir. Der Spirit von 1989 bleibt aber erhalten. Berlin, nun freue Dich, damals wie heute!

Ed Koch

11) Das Ende vom Anfang denken



paperpress

seit 1976



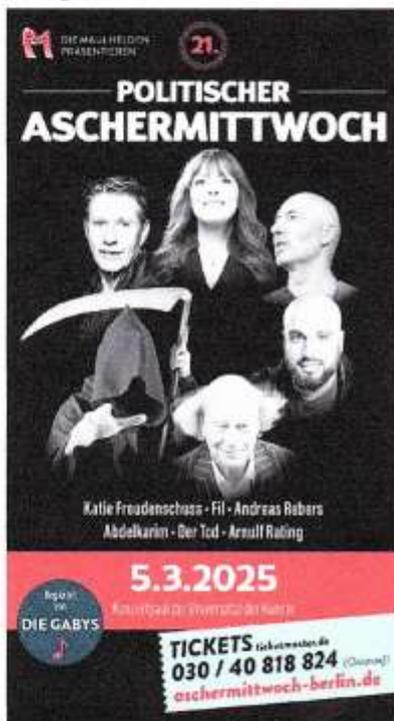
Nr. 631-12

11. November 2024

49. Jahrgang

Das Ende vom Anfang her denken

Heute ist der 11.11., das heißt, die fünfte Jahreszeit beginnt. Neben den professionellen Narren aus der Politik tummeln sich wieder die Amateurnarren auf den Straßen und in den Fernsehprogrammen. Am Aschermittwoch, dem 5. März 2025, ist dann alles wieder vorbei, auf jeden Fall die Bürgerschaftswahl in Hamburg am 2. März, aber vielleicht auch schon die Bundestagswahl.



Einmal im Jahr zieht es unsere politische Führungriege jenseits von Wahlen zum wählerischen Volk. Das ist ihr Politischer Aschermittwoch in der Provinz. Es fließt reichlich Bier unter dem Vorwand, dem Wahlvolk reinen Wein einzuschenken. Was scharf daherkommt, ist oft schal und nüchtern, nur schwer zu ertragen. Das beweist: wir haben Fachkräftemangel – auch beim politischen Personal. Ein weltweiter Trend. Politik wird zunehmend wie das Klima: überhitzt und unberechenbar. Europa findet sich eingeklemmt zwischen Trump und Putin. Die Spaltung der

Gesellschaft spiegelt sich bei den Wahlen. Nicht nur in den USA und in der EU ist der gelobte Wertewesten schwer nach rechts gerückt.

In Deutschland machen es scheinbar viele einfach so wie im Straßenverkehr: Wenn die Ampel kaputt ist, gilt rechts vor links. Der Politische Aschermittwoch Berlin füllt an diesem Tag das Vakuum in der Hauptstadt. In Zeiten von wachsenden Filterblasen und lobbybetreutem Infotainment sind klare Worte eine erfrischende Notwendigkeit. Als Gegenstück zum Stimmungsauftrieb der Parteien ist der Politische Aschermittwoch in Berlin mittlerweile gute Tradition.

Der Politische Aschermittwoch in Berlin präsentiert Jahr für Jahr eine Handvoll auserlesener Künstler, die sich extra zu diesem Anlass zusammenschließen, und begeistert nicht nur weit über tausend Zuschauer live, sondern wird von mehreren großen Radiostationen in Deutschland übertragen und erreicht auch über das Netz immer mehr Fans.

Den perfekten, rockigen Sound für den Aschermittwoch liefern

- **Die Gabys**
- **Abdelkarim**, der Marokkaner Ihres Vertrauens aus Bielefeld
- **Der Tod**. Er holt alle, vergisst niemanden, nimmt jeden mit. Biologisch. Nachhaltig
- **FIL**. Wenn es überhaupt noch Anarcho-Komik in Deutschland gibt, dann bei ihm
- **Katie Freudenschuss**. Berührend und lustig, melancholisch und böse. Premiere: Der Aschermittwoch-Song
- **Andreas Rebers**. Mit Biss zeigt er: die Spaltung der Gesellschaft ist ein Geschäftsmodell

Durch den Abend führt: **Arnulf Rating**, der lange Blonde mit dem breiten Scheitel, erfrischend und unkorrekt.

21. Politischer Aschermittwoch Berlin
Mittwoch, 5. März 2025, Konzertsaal der UdK
Hardenbergstr. 33, 10623 Berlin
Beginn: 20 Uhr - Einlass: 19 Uhr
Tickets von 24 bis 79 Euro.
Tickettelefon: 030 40 818 824
Online-Tickets buchbar über:
www.aschermittwoch-berlin.de
Veranstalter: Maulhelden Büro
Web: www.maulhelden.de

Bedenken Sie also bitte das Ende, den Aschermittwoch, vom Anfang her, denn heute beginnt der Vorverkauf!

12) Unvergessen: Wolfgang Neuss und Wolfgang Müller. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 631-08

8. November 2024

49. Jahrgang

Unvergessen: Wolfgang Neuss und Wolfgang Müller



Sie waren zwei großartige Schauspieler und Kabarettisten, **Wolfgang Müller** (1922-1960) und **Wolfgang Neuss** (1923-1989). Neuss war zweifelhafte der scharfzüngigste Kabarettist des

Landes. Gerade in Zeiten wie diesen, wo alles zu entgleisen scheint, ist es heilsam, sich an die alten Zeiten zu erinnern, wo eben doch vieles besser war.



Wolfgang Neuss verlor seinen Freund, Kollegen und Weggefährten **Wolfgang Müller** früh durch einen Flugzeugabsturz. Danach war alles nicht mehr so wie zuvor. Aber, Neuss Tätigkeit als Kabarettist ist in

die Geschichte eingegangen. Im Tode wurden beide wiedervereint. Ihre Gräber befinden sich auf dem Waldfriedhof Zehlendorf (Urnen-Grabstätte 027 - 177). An Neuss Todestag, dem 3. Dezember, wird um 11:00 Uhr ein neuer Gedenkstein an den Gräbern eingeweiht. **Johannes-Sebastian Strauß** alias **JS. Strauß**, Großneffe von **Wolfgang Müller**, hält die Erinnerung an die beiden wach, pflegt und verwaltet das Familiengrab. Über seinen Großonkel hat er ein Buch geschrieben: „Der Star, der vom Himmel fiel – Wolfgang Müller.“

Der neue Gedenkstein wurde von Strauß und durch Spenden finanziert. Neben Einzelspenden u.a. durch Mitglieder der SPD-Seniorenvertretung, war vor allem die **Günter Neumann Stiftung** ein wichtiger Sponsor. **Arnulf Rating** und **Klaus Lederer** werden einige kurze Worte zur Einweihung des Steins sprechen. Die Kabarettisten **Günter Rüdiger** und **Frank**

Lüdecke, haben ebenso ihre Teilnahme zugesagt wie Müller/Neuss' Ex Kollegin **Brigitte Grothum**.

Zur nächsten Hommage an Müller und Neuss lädt Strauß für den 10. Dezember 2024, um 20:00 Uhr, in das Theater Zimmer 16, Florastraße 16, 13187 Berlin-Pankow, ein.

Zum 100sten Geburtstag seines Großonkels ist Strauß 2022 in die Kleinkunstszene reingerutscht und hat Gefallen daran gefunden. Am 10. Dezember wird er Anekdoten erzählen, und gelegentlich Witze über dies und das, im Vergleich von 33 und 45 zu 24 machen. Das sich diese Epochen jemals wieder ähnlich werden würden, hat kaum jemand für möglich gehalten.



JS. Strauß (r) und **Timo Tietz** sind seit der Festwoche „Legalize Neuss“ im Dezember 2023 im Duo als **Firlefanzbrüder** unterwegs auf den Kleinkunsth Bühnen. Sie nutzen kompromisslos ihr Wissen, um 45 und 24 gegenüberzustellen.

„Kabarett war einmal politischer Widerstand. Doch heutzutage ist dies Metier eher wie ein Furz im Fahrstuhl“, sagt Strauß. **JS. Strauß** und **Timo Tietz** haben ihren Platz in der Kleinkunstszene eingenommen wie eine Schmerztablette. Ihrem selbst erteilten Bildungsauftrag folgen sie bedingungslos. Strauß hat diese Mission nicht vom Herrgott erteilt bekommen, sondern vom Cousin seines Vaters, dem Kabarettisten und Schauspieler Wolfgang Müller. Mit der Biografie von Wolfgang Müller in der Hand verbreitet Strauß dessen frohe Botschaft und berichtet auch Altes von Neuss. So sind die beiden Firlefanzbrüder zwei Vernünftige von heute, die über Verrückte von gestern sprechen.

Quelle und Fotos: <https://firlefanzbrüder.de/>
Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

13) Future now – Central Asia. Zentralasiatischer Musik- und Filmfestival



paperpress

seit 1976



Nr. 631-07

7. November 2024

49. Jahrgang

FUTURE NOW – Central Asia

Zentralasiatisches Musik- und Filmfestival



Filmstill: *Shambale* (2021, Kirgisistan), Regie: Artykpai Suyundukov

Seit mehr als 30 Jahren verbinden diplomatische Beziehungen Deutschland und die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. „FUTURE NOW – Central Asia“ ist ein Musik- und Filmfestival im November, das verschiedene künstlerische Perspektiven aus jenen fünf Ländern einem deutschen Publikum präsentieren will. In einer mehrtägigen Akademie treffen junge Musikerinnen und Musiker aus Deutschland und den fünf zentralasiatischen Staaten zusammen. Sie präsentieren ihren jeweiligen nationalen Beitrag, hören einander zu und komponieren als Kollektiv die Übergänge zwischen den nationalen musikalischen Beiträgen. Mit traditionellen und klassischen Instrumenten stellen sie eine Verbindung zu zeitgenössischer Musik her.

Beim Festivalsauftritt am 12. November in der Philharmonie Berlin (Kammermusiksaal) erlebt das deutsch-zentralasiatische Konzert seine Premiere. Dem Konzert folgen fünf Spielfilme, die am 13. und 14.11. sowie am 18., 19. und 20.11. im delphi LUX (Yorck Kinos) dem Berliner Publikum Traditionen und kulturelle Praktiken durch die Linse junger zentralasiatischer Filmschaffender zugänglich machen. Der Ticketverkauf für alle Veranstaltungen beginnt am 7. Oktober.

Im musikalischen Teil des Festivals gehen junge Musikerinnen und Musiker aus den fünf zentralasiatischen Staaten und Deutschland der Frage nach, wie Naturelemente, etwa Holz, Luft, Feuer, Erde, Metall und Wasser aus ihrer nationalen Perspektive klingen, komponieren und verbinden die Einzelbeiträge und präsentieren das Ergebnis beim Auftaktkonzert von FUTURE NOW am 12. November in der Berliner Philharmonie (Kammermusiksaal).

Ein zentraler Bestandteil von **FUTURE NOW** stellt die musikalische Akademie dar, bei der die jungen Musikerinnen und Musiker auf die fachkundige Unterstützung von **Mathias Hinke**, Komponist und

Musikvermittler, seit 2024 auch Teil des künstlerischen Leitungsduos des Jugendorchesterfestivals **Young Euro Classic**, vertrauen können. Sechs Trios – eines aus jedem zentralasiatischen Staat und eines aus Deutschland – kommen zusammen und erarbeiten gemeinsam die Übergänge zwischen traditionellen und zeitgenössischen Werken aus ihrer Heimat. Dabei verschmelzen die kasachische Musiktradition Kuy, zeitgenössische Werke junger tadschikischer Komponistinnen und Komponisten, Klänge kirgisischer Nationalinstrumente und weitere überraschende Elemente zu einem beeindruckenden musikalischen Ganzen. Kulturelle Eigen- und Feinheiten werden offengelegt und dienen als Grundlage für einen breiteren Austausch über die Musik hinweg.

Eine Reihe mit Spielfilmen aus den beteiligten zentralasiatischen Ländern gibt einen Einblick in aktuelle gesellschaftliche Themen. Alle Filme setzen sich mit dem Verhältnis von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auseinander.



Filmstill: Kazakhfilm Studio

Der kasachische Beitrag **On the Edge** (original: Na Grani) handelt von den Verstrickungen mehrerer Jugendlicher, die aus unterschiedlichen sozio-ökonomischen Verhältnissen stammen. Von den Erwachsenen in ihrem Leben missverstanden und mit strengen Rollenerwartungen konfrontiert, kochen zwischen den jungen Männern Konflikte hoch, die einen tragischen Ausgang nehmen.

Der Film erhielt einen Preis von der Griechischen Kritikervereinigung beim Internationalen Filmfestival für Kinder und Jugendliche „Olympia“ 2019 und den Sonderpreis der Jury für das beste Drehbuch sowie eine Auszeichnung des UNICEF-Fonds beim Internationalen Filmfestival „Listapad“ in Belarus.

In **Istarin Inslisce** (Turkmenistan) taucht ein Lehrer wortwörtlich mit seiner Klasse in die Welt des Dichters **Mahtumkuli Firakis** ein, in der sich Geschichten und Geschichte des 18. Jahrhunderts

1



vermischen. **Shambala** (Kirgisistan) setzt sich ebenfalls mit der Vermischung von Realität und Fiktion auseinander. Der siebenjährige Protagonist wächst mit den Legenden und Mythen seiner Heimat in den Bergen auf, die von den erwachsenen Figuren als bedeutungslos missachtet werden.



Filmstill: *Fortune* (2022, Tadschikistan), Regie: Muhiddin Muzaffar

Der tadschikische Film **Fortune** zeigt die Freundschaft von Kahhor und Mannon, die letztendlich an den schwierigen und hoffnungslos wirkenden Verhältnissen unter der sowjetischen Besetzung zerbricht.



Filmstill: *Sunday* (2023, Usbekistan), Regie: Shokir Kholikov

Sunday aus Usbekistan erzählt die Geschichte eines alten Ehepaares, das von der modernen Welt abgehängt wird und dessen Lebensweise in Zukunft verloren gehen wird.

Die Filmvorführungen werden begleitet von kurzen Gesprächsrunden mit Repräsentanten der Filme und jungen deutschen Filmschaffenden.

Programmübersicht

Filme als Originalversionen mit englischen Untertiteln

Dienstag, 12.11.2024

20:00 Uhr, Kammermusiksaal Philharmonie

Konzert mit sechs Trios aus Zentralasien und Deutschland, die traditionelle und zeitgenössische Werke sowie Eigenkompositionen präsentieren.

Mittwoch, 13.11.2024 - 20:00, delphi LUX

On the Edge (2018) Regie: Aldiyar Bayrakimov. Anschließendes Gespräch, Moderation: Julia Kuniß.

Donnerstag, 14.11.2024 - 20:00 Uhr, delphi LUX

Istarin Inslisce (2022, Turkmenistan), Regie: Arslan Eyebdiyev. Gespräch mit einem der Darsteller des Films im Rahmen der Veranstaltung.

Montag, 18.11.2024 - 20:00 Uhr, delphi LUX

Shambala (2021, Kirgisistan), Regie: Artykpai Suyundukov. Anschließendes Gespräch mit Filmschaffenden.

Dienstag, 19.11.2024 - 20:00 Uhr, delphi LUX

Fortune (2022, Tadschikistan), Regie: Muhiddin Muzaffar. Anschließendes Gespräch mit dem Regisseur.

Mittwoch, 20.11.2024 - 20:00 Uhr, delphi LUX

Sunday (2023, Usbekistan), Regie: Shokir Kholikov. Anschließendes Gespräch mit dem Hauptdarsteller Abdurakhman Yusuvaliyev.

FUTURE NOW – 12. bis 20. November 2024

Das gesamte Festivalprogramm und Tickets für alle Veranstaltungen sind ab dem 7. Oktober abrufbar unter: www.futurenow.berlin

Preiskategorien Konzert: 26 € / 20 € / 14 € (plus Vorverkaufsgebühr) Preiskategorien Filme: 11 € / 10 €

Kinotickets können auch über die Website der Yorck-Kinos www.yorck.de erworben werden.

Tickets für das Konzert erhalten Sie auf der Website sowie über die Ticket-Hotline von Ticketmaster (+49 / (0)30 / 8410 8909, erreichbar Montag–Sonntag: 10–18 Uhr) und an allen bekannten Vorverkaufsstellen.

Veranstalter

FUTURE NOW – Central Asia ist ein Musik- und Filmfestival, das die vielfältigen Kulturtraditionen Zentralasiens und ihren zeitlichen Wandel in den Mittelpunkt stellt. Es wird von der **Dr. Gabriele Minz GmbH** in Kooperation mit **Young Euro Classic** geplant und durchgeführt. Diese Plattform für kulturellen Austausch wird gefördert vom Auswärtigen Amt.

Quelle: Artefakt Kulturkonzepte

Österreich (Seiten E 102 – E 87)

01) Österreichs Elefant. Welche Lehren können aus den Wahlen in der Alpenrepublik gezogen werden? Ein Thema steht besonders im Fokus

Von Eszter Kováts

15.10.2024



Festzelt der FPÖ: Die Freiheitlichen konnten vom Dauerthema Migration besonders profitieren.-*picture alliance / Fotokerschi / picturedesk*

Zwei Wochen nach der Parlamentswahl in Österreich ist immer noch nicht klar, welche Parteien die nächste Regierung bilden werden. Die rechtsextreme Freiheitliche Partei (FPÖ) hat die Wahlen mit fast 29 Prozent der Stimmen klar gewonnen, doch die mit 26 Prozent zweitstärkste konservative Volkspartei (ÖVP) schließt eine gemeinsame Koalition aus, solange Herbert Kickl die FPÖ anführt. Bei den Freiheitlichen scheint es jedoch bislang keine Option, einen Spitzenkandidaten fallenzulassen, der das beste Ergebnis in der Parteigeschichte eingefahren hat. Daher wird die ÖVP wohl eher eine Koalition mit den Sozialdemokraten (SPÖ) eingehen, die mit 21 Prozent den dritten Platz erreichten, und möglicherweise auch die NEOS einschließen, die mit neun Prozent der Stimmen auf dem vierten Platz landeten.

Die ÖVP hat in der Wirtschafts- und Migrationspolitik zwar größere Übereinstimmungen mit den Freiheitlichen, steht jedoch bei Rechtsstaatlichkeit und Außenpolitik der SPÖ und den NEOS näher. Zudem könnte sie in dieser Konstellation den Kanzler stellen, statt als Juniorpartner der FPÖ zu regieren. Dieses breitere Bündnis, die „Koalition der Verlierer“ (Kickl) ist allerdings auch kein Stabilitätsversprechen: Die deutsche Ampelregierung gilt allen bürgerlichen Parteien als warnendes Beispiel, wie schwierig grundlegende Entscheidungen – etwa in der Wirtschaftspolitik – in einer so breiten Koalition werden können.

Robert Misik schrieb vor ein paar Tagen [in Social Europe](#), ÖVP und SPÖ (sowie NEOS) stünden nunmehr in der Verantwortung, durch die Bildung einer Koalition die Rechtsextremen zurückzudrängen. Man kann seine Bedenken durchaus verstehen, aber der Aufbau einer Brandmauer um die Wahlsieger könnte in demokratischer oder taktischer

Hinsicht auch die falsche Strategie sein. Zumal die ÖVP im Wahlkampf ein Bündnis mit der FPÖ (ohne Kickl) nicht ausgeschlossen hatte und damit 26 Prozent der Stimmen erzielte. Das lässt darauf schließen, dass 55 Prozent der österreichischen Wählerinnen und Wähler keine apokalyptischen Befürchtungen angesichts einer FPÖ-Regierungsbeteiligung hegen und sich betrogen fühlen könnten, wenn man ihnen sagt: „Es ist ja schön, dass Sie von Ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, aber Sie haben falsch abgestimmt.“ Der Ausschluss von der Regierungsbildung und die Sparpolitik, die in den nächsten Jahren nötig sein wird, um das Haushaltsdefizit aufzufangen, könnten die Rechtsaußenpartei noch weiter stärken, mit dem Ergebnis, dass sie in den anstehenden Landtagswahlen und der nächsten Nationalratswahl in fünf Jahren noch mehr Stimmen gewinnen würde.

Karl Nehammer, der amtierende Bundeskanzler und Chef der ÖVP, gab zu verstehen, sein Widerstand gegen eine Koalition mit Kickl habe nicht mit dem FPÖ-Programm zu tun. Am Wahlabend erklärte Nehammer, die ÖVP nehme die Sorgen der fast 30 Prozent, die für die FPÖ gestimmt hatten, „ernst, sehr ernst“. Es gehe ihm um die Methoden, mit denen der Populist Kickl die Probleme des Landes lösen will.

Allerdings ist die Partei nicht so viel anders als ihr Vorsitzender, und in zwei von drei Bundesländern, in denen die FPÖ als Juniorpartner gemeinsam mit der ÖVP regiert, sitzen enge Weggefährten Kickls in den Landesregierungen. Daher erscheint eine „FPÖ ohne Kickl“ weder politisch noch ideologisch als realistische Option. Im Wahlkampf wollte die ÖVP womöglich – offenbar erfolglos – mit diesem Motto die Kickl-Gegner unter den ÖVP-Wählern halten und nicht allzu radikale Wählerinnen und Wähler von der FPÖ gewinnen. Doch für eine Annäherung an SPÖ und NEOS im Namen von Verantwortung und Stabilität, um nicht als „Sicherheitsrisiko“ (Nehammer über Kickl) zu erscheinen, könnte der Ansatz „FPÖ ja, Kickl nein“ einen Weg nach vorne weisen.

Das Wahlergebnis zeigt, dass es keiner der anderen Parteien gelungen ist, die Motive der FPÖ-Wähler zu verstehen.

Das Wahlergebnis zeigt, dass es keiner der anderen Parteien gelungen ist, die Motive der FPÖ-Wähler zu verstehen, oder eine Alternative zu formulieren und glaubwürdig zu vertreten. Das ist nicht nur ein österreichisches Problem; wir haben in den letzten Jahren Ähnliches in verschiedenen europäischen Ländern erlebt, was zeigt, wie hilflos die demokratischen Eliten dem Aufschwung der Rechtsextremen gegenüberstehen.

Das Ergebnis der SPÖ muss bitter für die materialistisch orientierte Linke sein. Unter der Führung von Andreas Babler konnte die Partei im Vergleich zu 2019 keine Zugewinne erzielen (sie verlor 0,1 Prozentpunkte) und kaum FPÖ-Wähler und Nichtwähler anlocken. Nach der aktuellen Wahlanalyse stammen von über einer Million SPÖ-Stimmen nur 29 000 von Menschen, die 2019 FPÖ gewählt hatten, und 54 000 von Nichtwählern. Zugleich verlor die Partei 65 000 Stimmen an die FPÖ. 18 000 Menschen, die 2019 die SPÖ gewählt hatten, gingen in diesem Jahr nicht zur Wahl. 50 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter stimmten für die FPÖ.

Babler war ein glaubwürdiger Kandidat für eine materialistische Vision. Er stammt aus dem Gewerkschaftsmilieu und hatte Arbeitskämpfe ausgefochten. In einem Interview gab er sogar zu, Marxist zu sein – jedoch kein orthodoxer Marxist, der alle Themen jenseits von Arbeit als „dumme Identitätspolitik“ abtut. Es gelang ihm, feministische, ökologische und Zuwanderungsthemen als Klassenfragen zu formulieren, sich auf die Probleme der weniger Privilegierten zu konzentrieren und sich an die Seite der Arbeitenden und Entrechteten zu stellen, ob in der Produktion oder in der Gesundheitsversorgung. Er präsentierte konkrete

Vorschläge zu Umverteilung, Integration und einem sozial gerechten ökologischen Wandel. Die Parteimitglieder, die Babler unterstützten, hofften darauf, Wut und Ängste der FPÖ-Wähler von „Migranten“ und der „Covid-Diktatur“ auf die „oberen zwei Prozent“ umlenken zu können. Auf diese Oberklasse zielte auch Bablers Wahlversprechen einer Vermögens- und Erbschaftssteuer, doch damit irritierte er lediglich die Wirtschaftseliten, vermochte aber nicht die politische Fantasie der FPÖ-Wähler und der Nichtwähler anzuregen.

Allerdings erhielt er auch kaum Unterstützung – weder von den Medien, denen es vor allem um die Frage der Darstellung von Politikerinnen und Politikern ging, noch von seiner eigenen Parteiführung, die sein Programm in einer geleakten internen Mail mitten im Wahlkampf als „unseriös“ abqualifizierte. Trotz seiner genauen Kenntnis der alltäglichen Kämpfe der Arbeitenden stellte man ihn als Traditionalisten dar, der noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen sei. Diese Ereignisse aus den letzten Wahlkampfwochen können jedoch auch nicht erklären, warum sein Programm seit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden im Juni 2023 außerhalb der Parteibasis keinerlei Zugkraft entwickeln konnte. Kurzfristig muss er nun in den Koalitionsverhandlungen mit ÖVP und NEOS, die wirtschaftlich eher rechts ausgerichtet sind, seine linke Vision bewahren. Mittelfristig stellt sich die Frage, ob die Partieliten der anderen Fraktionen versuchen werden, Babler zu verdrängen. Langfristig werden sich ideologische und strategische Fragen von Neuem stellen.

2022 verdreifachte sich die Zahl der Asylanträge in Österreich und erreichte einen neuen Höchststand.

Dies alles wird man in den kommenden Jahren analysieren und bedenken müssen, und ein Element dieser Überlegungen wird das Thema Migration sein. Zur großen Enttäuschung der SPÖ, die sich im Wahlkampf auf Eigentumsfragen, Arbeitsbedingungen, Inflation und Umverteilung konzentrieren wollte, ging es den Wählerinnen und Wählern vor allem um die Zuwanderung. In Umfragen vor Wahlkampfbeginn erklärten 43 Prozent der Befragten, Migration und Asyl seien die wichtigsten Probleme, mit denen sich die Politik befassen solle. Sie seien die Ursache für soziale und kulturelle Spannungen, die nicht allein in Klassenbegriffen formuliert werden könnten.

Das Thema kam in Österreich nicht vorrangig durch die Medien auf die Agenda, sondern durch seine spürbare Präsenz im Alltag der Menschen: 2022 verdreifachte sich die Zahl der Asylanträge in Österreich und erreichte einen neuen Höchststand seit 2015; 2023 gab es immer mehr Familienzusammenführungen für Syrerinnen und Syrer; der Anteil der Kinder, die bei der Einschulung kein Deutsch sprechen, stellte die staatlichen Schulen vor beachtliche Probleme; in den migrantisch geprägten Vierteln Wiens kam es verstärkt zu Messerstechereien und Bandenkriegen; erst vor ein paar Wochen musste ein Konzert von Taylor Swift nach einer Terrordrohung abgesagt werden, der Anschlag wurde vereitelt.

Auch die Ereignisse in Deutschland beeinflussten die Stimmung in Österreich: Ende August erstach ein abgelehnter Asylbewerber bei einem Stadtfest in Solingen drei Menschen, und Anfang September schoss ein Österreicher bosnischer Herkunft auf das israelische Generalkonsulat in München – in beiden Fällen waren die Täter radikalisierte junge Männer mit Verbindungen zum Islamischen Staat.

Die genannten Beispiele zeigen, dass das komplexe Thema Migration viele miteinander verknüpfte Probleme umfasst: Spannungen durch illegale Grenzübertritte, kulturelle Barrieren bei der Aufnahme von Geflüchteten sowie Folgen für die Sozialsysteme, die naturgemäß Zwietracht zwischen den Menschen am unteren Ende der sozialen Leiter erzeugen. Damit verbunden ist die Frage, auf welche Sozialleistungen Geflüchtete Anspruch haben sollten, damit Österreich nicht – wie Kickl sagt – zum „Asylmagnet“ wird.

Seite E 86 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 853 vom 07.11.2024

Das Risiko, bei einer Terrorattacke getötet zu werden, ist statistisch gesehen zwar sehr gering, doch es ist verständlich, dass solche Angriffe Angst auslösen.

Alle Herausforderer der FPÖ haben sich im Wahlkampf ernsthaft mit illegaler Einwanderung und mit Sicherheitsfragen beschäftigt.

Asyl, Arbeitsmigration, Integration, Kriminalität, Islamismus, Terrorismus und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sind sehr unterschiedliche und komplexe Themen. Man muss sorgfältig mit ihnen umgehen und die legitimen Sicherheitsbedenken der Bevölkerung ernst nehmen, ohne die Probleme zu sehr zu vereinfachen und Sündenböcke zu benennen. Alle Herausforderer der FPÖ haben sich im Wahlkampf ernsthaft mit illegaler Einwanderung und Sicherheitsfragen beschäftigt und diese Themen nicht per se als „rechts“ oder „rassistisch“ eingeordnet. Doch die Wahlergebnisse legen nahe, dass sie offenbar nicht den Eindruck erwecken konnten, sie hätten Antworten auf diese Probleme. Eine Partei, die einen bloßen „Asylstopp“ fordert, hat es da natürlich einfacher. Zweifelsohne handelt es sich um ein komplexes Problem, das in den nächsten Jahren gelöst werden muss.

Angesichts der konkreten Realität vieler Menschen, in der sie kulturelle und gesellschaftliche Spannungen erleben, die nach wirksamen und nachhaltigen Lösungen schreien, scheint weder die Einordnung gesellschaftlicher Konflikte und wahlentscheidender Themen als Klassenfragen noch ein rein an Menschenrechten orientierter Diskurs von Ein- und Ausschluss zu funktionieren.

Rußen Timur Aksak, Kolumnist des linksliberalen österreichischen Wochenmagazins *Falter*, fasste es nach den Wahlen kurz und bündig zusammen: „So muss ich mir die Frage stellen, ob die politischen Mitbewerber der FPÖ – vor allem links der Mitte – überhaupt erkennen wollen, dass die Themen Migration, Asyl, aber auch Islamismus nun einmal wichtige Themen für die Bevölkerung sind und bleiben werden. Fast möchte ich in meiner Verzweiflung brüllen: ‚It’s the migration, stupid!‘ Doch dann sehe ich Bilder von spontanen Anti-FPÖ-Demos in Wien und fürchte, dass die etablierten Kräfte aus Politik, Gesellschaft und Kunst auch dieses Mal gewillt sein werden, nichts aus ihren eigenen Versäumnissen zu lernen.“

Rufe nach einer Brandmauer gegen Extremismus und Proteste gegen eine Partei oder ein Wahlergebnis erscheinen demnach wie Verblendung, wie Strategien, die nur der Selbstvergewisserung oder den Interessen der Eliten dienen, aber nicht geeignet sind, Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, wie man an den Erfolgen der deutschen AfD sehen kann. Im Gegenteil, solche Aktionen gießen eher noch Öl ins Feuer. Wenn die Eliten abgekoppelt scheinen von den Problemen, die viele Teile der Wählerschaft erleben, dann werden anti-elitäre und anti-pluralistische Parteien zu einer brauchbaren Alternative. Wenn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diesen Trend umkehren wollen, werden sie sich glaubwürdiger und nicht allein in Klassenbegriffen mit der konkreten, materiellen Realität befassen müssen.

Dies ist eine gemeinsame Veröffentlichung von Social Europe und dem IPG-Journal.

Aus dem Englischen von Sabine Jainski



Eszter Kováts, Wien/Budapest

Eszter Kováts ist Marie Skodłowska-Curie Post Doc-Forscherin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien sowie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Central European University. Von 2012 bis 2019 war sie für das ostmitteleuropäische Genderprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest verantwortlich.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/oesterreichs-elefant-7843/?utm_campaign=de_40_20241015&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Ukraine (Seiten E 89 – E 94)

01) Pakt für die Ukraine. Im Wahlkampf wird die Unterstützung für Kiew infrage gestellt. Dabei gäbe es einen Weg, diese gegen populistische Angriffe zu verteidigen
Von Karsten Jung

21.11.2024



picture alliance/dpa | Jörg Carstensen

Deutschland befindet sich im Wahlkampfmodus, im Wettstreit der Parteien droht die Unterstützung der Ukraine unter die Räder zu kommen. Wie verlässlich diese zukünftig sein wird, wird wesentlich vom Ausgang der Wahl abhängen, die am 23. Februar 2025 fast auf den Tag genau drei Jahre nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die gesamte Ukraine stattfinden wird. Bis dahin – und bis zur Verabschiedung eines neuen Haushaltsplans durch eine neue parlamentarische Mehrheit – werden absehbar jedenfalls keine zusätzlichen Mittel für Kiew bereitstehen.

Und das zu einer Zeit, in der die militärische [Lage an der Front für die Ukraine](#) zunehmend prekär erscheint und mit dem Amtsantritt von Donald Trump in den USA am 20. Januar kommenden Jahres ihr bisher mit Abstand wichtigster Unterstützer auszufallen droht. Trump, sein Vizepräsident J.D. Vance und wichtige Mitglieder seines außenpolitischen Teams sind erklärte Gegner einer Fortsetzung der militärischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine. Trumps Sohn und Berater, Donald Trump Jr., richtete wenige Tage nach der Wahl auf Instagram eine eindeutige Botschaft in Richtung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj: „[You're 38 days from losing your allowance](#)“ – „In 38 Tagen verlierst Du Deinen finanziellen Zuschuss“. Nun droht mit Deutschland auch noch der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine – jedenfalls zeitweise – wegzubrechen.

Dabei geht es nicht allein um Finanzmittel und Militärhilfen. Auch die Geschlossenheit des Westens bei der politischen und diplomatischen Unterstützung der Ukraine scheint zunehmend gefährdet. Als *lame ducks* werden Joe Biden und Olaf Scholz den politischen Druck auf Akteure wie Viktor Orbán nicht wie bisher aufrechterhalten und die Fliehkräfte innerhalb der Unterstützerkoalition der Ukraine eindämmen können. Tatsächlich gilt auch

Seite E 90 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Deutschland selbst unter den Unterstützern der Ukraine offenbar zunehmend als unsicherer Kantonist. Es sollte der europäischen Zentralmacht jedenfalls zu denken geben, wenn der polnische Premierminister Donald Tusk bei seinem Versuch, eine europäische Unterstützerguppe für die Ukraine als Gegengewicht zu Donald Trump zu mobilisieren, einen weiten Bogen um Berlin macht. Hier wurde augenscheinlich bereits viel Vertrauen verspielt.

Die Unsicherheit, die sich vor diesem Hintergrund in der Ukraine breit macht, ist mit Händen zu greifen: So [kritisierte Selenskyj](#) das jüngste Telefonat des Bundeskanzlers mit dem russischen Präsidenten am 15. November scharf: „Der Anruf von Olaf öffnet meiner Meinung nach die Büchse der Pandora“, sagte er in seiner abendlichen Videobotschaft. Dahinter steht die Befürchtung, dass die mächtigen Unterstützer der Ukraine einen Deal mit Putin über die Köpfe Kiews und der mittel- und osteuropäischen Partner hinweg verhandeln können.

Noch immer spricht sich eine klare Mehrheit von 57 Prozent der Deutschen für die militärische Unterstützung der Ukraine aus.

Befürchtet wird, dass sich die deutsche Ukraine-Politik unter dem Druck eines weiteren Erstarkens von AfD und BSW in der Wählergunst im aufziehenden Wahlkampf noch zögerlicher als bisher gestalten könnte. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des vergangenen Europawahlkampfes sowie der Landtagswahlkämpfe in Sachsen, Thüringen und Brandenburg erscheint dies nicht ganz unbegründet. Selbst ansonsten durchaus entschlossen auftretende Ukraine-Unterstützer wie Friedrich Merz hatten ihre Forderungen – etwa nach der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern – zu Gunsten der Wahlkämpfer im Osten zeitweise deutlich gedämpft. Auch im Bundestagswahlkampf könnten wohlfeile Rufe nach einem vermeintlichen „Frieden“ um fast jeden Preis bei einer von eigenen wirtschaftlichen Sorgen und Ängsten geplagten Bevölkerung eher verfangen als Durchhalteparolen der Ukraine-Unterstützer. Dabei belegen aktuelle Zahlen der Körber-Stiftung, dass noch immer eine klare Mehrheit von [57 Prozent der Deutschen sich für die militärische Unterstützung](#) der Ukraine aussprechen (im Vergleich zu gerade einmal 25 Prozent, die selbiges auch für Israel fordern). Auch ist eine – wiewohl knappe – relative Mehrheit von 47 Prozent der Deutschen dafür, dass die Ukraine ihren Kampf fortsetzen solle, um das gesamte von Russland besetzte Territorium zurückzuerobern.

Nicht nur eine klare Bevölkerungsmehrheit, auch sämtliche Parteien der demokratischen Mitte tragen die Unterstützung der Ukraine, wiewohl mit unterschiedlichen Akzentuierungen, seit nunmehr fast drei Jahren mit. Sie alle zeigten sich jedoch in den zurückliegenden Wahlkämpfen, wiederum in unterschiedlicher Form, nicht immun gegenüber populistischem Druck – sei es in Form des „Egopazifismus“ einer [selbsternannten Friedensbewegung](#) oder einer nationalpopulistischen „Unser Land zuerst“-Rhetorik. Die Risiken – und die potenziellen Konsequenzen – eines Nachgebens gegenüber solchem Druck wären im Bundestagswahlkampf ungleich gravierender als auf Landesebene: Eine tatsächliche, statt nur deklaratorische, Aufgabe oder Reduktion der Unterstützung der Ukraine, zumal zum jetzigen Zeitpunkt, hätte gravierende Folgen für die fundamentalen Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland.

Seit nunmehr 1 000 Tagen verteidigt die Ukraine auch unsere Sicherheit und unsere Freiheit.

Seit nunmehr 1 000 Tagen verteidigt die Ukraine auch unsere Sicherheit und unsere Freiheit, indem sie den russischen Imperialismus und Expansionismus in die Schranken weist. Gerade in einer Zeit, in der die US-amerikanische Sicherheitsgarantie nicht mehr in

gleicher Weise unbedingt und unbeschränkt gilt wie in der Vergangenheit, wäre es für die Sicherheit Deutschlands und Europas fatal, wenn von der Ukraine das Signal ausginge, dass sich Rechtsbruch und militärische Aggression in Europa auszahlen. Die Aufrechterhaltung der Ukraine-Unterstützung muss daher im gemeinsamen Interesse aller Parteien liegen, die staatspolitische Verantwortung tragen. Um diese Verantwortung gegen populistische Spaltungsversuche abzuschirmen und die Unterstützung der Ukraine gegen wahltaktische Vereinnahmung zu schützen, könnten die Parteien der demokratischen Mitte für den heraufziehenden Wahlkampf einen „Pakt für die Ukraine“ schließen, der sich in seiner Anlage an dem im Mai dieses Jahres von CDU, CSU, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei vereinbarten „[Kodex für faire Wahlkämpfe](#)“ orientiert: Er markiert gemeinsame Positionen, die zwischen den Parteien der Mitte unstrittig sind und auf deren Grundlage sich den Vertreterinnen und Vertretern der populistischen Ränder begegnen ließe.

Konkret könnte eine solche überparteiliche Vereinbarung zur Ukraine-Politik drei Punkte umfassen: als Erstes ein klares Bekenntnis, dass Russlands Angriff auf die Ukraine und die europäische Friedensordnung nicht erfolgreich sein darf und die Ukraine den Krieg gewinnen muss. Zweitens die Selbstverpflichtung, die finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine fortzusetzen und gegebenenfalls auch den Wegfall der US-Hilfen (teilweise) zu kompensieren. Und drittens die Zusicherung, dass nur die Ukraine selbst über die Aufnahme und Bedingungen von Friedens- beziehungsweise Waffenstillstandsverhandlungen entscheiden kann.

Sofern sich alle Parteien der demokratischen Mitte – und damit aller Wahrscheinlichkeit nach auch die zukünftigen Koalitionäre – bereits zu Beginn des Wahlkampfs auf diese drei zentralen Punkte verständigen würden, könnte es gelingen, das Thema im Wahlkampf zu de-politisieren und gegen populistische Angriffe von ganz links wie ganz rechts abzuschirmen. Vor allem aber würde sich daraus ein starkes demokratisches Mandat für eine künftige Bundesregierung ergeben, die Unterstützung der Ukraine entschlossen fortzuführen. Dies würde tatsächlich Verlässlichkeit bedeuten – für die Ukraine, aber auch für unsere internationalen Partner und die Rüstungsindustrie. Wenn die Spitzenkandidaten der Parteien der demokratischen Mitte zu Beginn der heißen Wahlkampfphase zusammenkämen, um einen solchen „Pakt für die Ukraine“ zu unterzeichnen, dann würden sie am Vorabend der Amtseinführung von Donald Trump ein wichtiges Signal der Entschlossenheit und Verlässlichkeit der deutschen und europäischen Ukraine-Politik senden.



Karsten Jung, Düsseldorf

Prof. Dr. Karsten Jung lehrt Politikwissenschaft an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Seine Fachgebiete sind deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, internationale Beziehungen sowie neue Formen sicherheitspolitischer Kooperation.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/pakt-fuer-die-ukraine-7929/?utm_campaign=de_40_20241121&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Kein Grund zur Panik. Trumps Wahl verstärkt die Sorgen in der Ukraine. Es braucht ein realistisches Verständnis der Lage im Land – und einen Waffenstillstand.

Von Julija Mendel

11.11.2024



picture alliance/Anadolu/Fermin Torrano Viele ukrainische Soldaten sind mit ihren Kräften am Ende.

Als die Ergebnisse der US-Präsidentenwahlen bekannt wurden, brach in den sozialen Medien erwartungsgemäß Panik aus, insbesondere was die Zukunft der Ukraine betrifft. Experten und Journalisten zeigten sich überzeugt, eine erneute Präsidentschaft von Donald Trump sei nicht weniger als eine absolute Katastrophe für die Ukraine. Die Realität ist jedoch weitaus nüchterner zu betrachten, als es das Drama in den Social Media nahelegt. Denn auch ein Harris-Sieg wäre aus ukrainischer Sicht kein eindeutiger Grund zur Freude gewesen.

Ich habe beide Wahlkampf-Kampagnen genau verfolgt und dabei festgestellt, dass Trump in Bezug auf die Ukraine vor allem dazu aufruft, „den Krieg zu beenden“. Viele interpretierten dies als einen verschleierte Appell zur Kapitulation, aber die Wahrheit ist nuancierter. Und: Diese Botschaft findet bei einer weniger lautstarken Gruppe in der Ukraine großen Anklang – nämlich bei denen, die täglich unter Bombardierungen leiden und deren Leben sich seit der vollumfänglichen Invasion Russlands in einem endlosen Kreislauf der Zerstörung abspielt.

Vor einem Jahr schrieb die *New York Times*, die Ukraine werde unweigerlich vor einer schwierigen Entscheidung stehen: Will sie die eigene Bevölkerung oder das Staatsgebiet schützen? Drei Jahre nach Beginn dieses Krieges – inklusive geschlossener Grenzen, einer zusammenbrechenden Wirtschaft und eines Exodus der Bürgerinnen und Bürger – ist diese Beobachtung nur noch treffender geworden. Unser nationaler Diskurs ist nach wie vor auf Gebietsgewinne als das ultimative Maß für einen Sieg fixiert. Dabei ist der wahre Kampf doch der für das Überleben der ukrainischen Nation selbst.

Aufrufe, den derzeitigen Krieg zu unterbrechen (sei es womöglich auch nur vorübergehend), um die Nation zu retten, werden oft als naiv abgetan – typischerweise von denen, die weit von der Front entfernt sind. Kritikerinnen und Kritiker argumentieren: „Putin wird wieder

Seite E 93 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

angreifen.“ Das mag stimmen. Doch nach dieser Argumentation scheint es notwendig, dass wir horrende menschliche Verluste und die potenzielle Auslöschung der ukrainischen Nation hinnehmen und rechtfertigen, weil es eine hypothetische zukünftige Bedrohung geben könnte. Man könnte auch sagen: Jetzt sterben, um zu vermeiden, dass man möglicherweise später stirbt.

Eine rein militärische Lösung war für die Ukraine nie ein realistischer Weg zum Erfolg.

Eine rein militärische Lösung war für die Ukraine nie ein realistischer Weg zum Erfolg, selbst wenn es *unbegrenzte* finanzielle und militärische Unterstützung des Westens gegeben hätte. Dies ist keine Kritik an unseren Streitkräften. Tatsächlich haben unsere Truppen, sowohl Berufs- als auch eingezogene Soldaten, bei der Verteidigung der Demokratie gegen die russische Tyrannei außerordentlichen Mut und Widerstandsfähigkeit bewiesen. Wir müssen uns jedoch der ernüchternden Realität stellen: Die Kosten dieses Krieges untergraben nach und nach die eigentliche Grundlage der ukrainischen Nation.

Wer ist naiver? Ich, die mit Menschen in der ganzen Ukraine spricht und ihre Hilferufe erhält, oder diejenigen, die ihre Schlüsse aus Tiktok und Twitter ziehen und sich an offizielle Stellungnahmen klammern? Naivität kann gefährlich sein. Sie kann Leben kosten – in unserem Fall tausende.

Kann und wird Donald Trump den Krieg beenden? Ich weiß es nicht. Was ich weiß, ist, dass in den höchsten Positionen, unter westlichen Politikern und Diplomaten schon seit langem über einen Waffenstillstand diskutiert wird. Ein Waffenstillstand – wie unvollkommen er letztlich auch sein mag – dürfte wohl das Beste sein, worauf wir in naher Zukunft hoffen können.

Seit der gescheiterten Gegenoffensive 2023 hatte die Ukraine keine realistische Chance, gewisse Landstriche zurückzuerobern.

Denn während eines Waffenstillstands könnten wir neue Verteidigungsanlagen errichten, die wir vor der Invasion nicht gebaut hatten und jetzt unter ständigem Beschuss nicht bauen können. Wir könnten unsere fragile, kollabierende Wirtschaft teilweise wiederbeleben. Wir könnten unsere Grenzen wieder öffnen, Wahlen abhalten und der Welt zeigen, dass wir es geschafft haben, die Demokratie, für die wir gekämpft haben, zu bewahren. Es gibt noch so viel mehr, das wir wiederaufbauen müssen – Gesundheitswesen, Bildung, Infrastruktur. Ein Waffenstillstand würde uns auch den nötigen Spielraum verschaffen, um unser Militär weiter zu stärken, seine Übungen und seine Einsatzbereitschaft zu verbessern. Sollte Putin tatsächlich erneut angreifen, wären wir somit weitaus besser vorbereitet und stünden auf festeren Füßen als jetzt in diesem zermürbenden Abnutzungskrieg.

Was das Staatsgebiet betrifft: Seit der gescheiterten Gegenoffensive 2023 hatte die Ukraine keine realistische Chance, gewisse Landstriche zurückzuerobern. Daran wird auch alle Unterstützung auf Twitter nichts ändern. Tatsächlich haben wir in den vergangenen Monaten mehr Territorium verloren als im gesamten Jahr 2023: Allein zwischen August und September waren es etwa 478 Quadratkilometer.

Das ist nicht allein die Schuld des Westens. Wenn man sich dort überhaupt nicht um die Ukraine scheren würde, hätte man nicht die immense Unterstützung geleistet, die wir 2022 und 2023 erhalten haben. Die unangenehme Wahrheit bleibt aber: Die potenzielle Rückeroberung unserer Gebiete würde sehr viel Zeit, strategische Geduld und eine Kombination aus militärischer Stärke und diplomatischem Geschick erfordern.

Seite E 94 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Im Moment hingegen wird die Ukraine unter der Belastung des erbittert fortgeführten Krieges von Tag zu Tag schwächer. Deshalb brauchen wir Beständigkeit, Entschlossenheit und ein klares, realistisches Verständnis für die Situation hier in der Ukraine. Dramatisierende Rhetorik hilft uns nicht. Wir müssen die Wahlentscheidung des amerikanischen Volkes – und die Entscheidungen der Weltgemeinschaft – mit kühlem Kopf und offenem Herzen annehmen.

Die englische Originalversion dieses Artikels erschien zuerst in der [Kyiv Post](#).

Aus dem Englischen von Tim Steins



Julija Mendel, Kiew

Julija Mendel ist Journalistin und Politikberaterin aus der Ukraine. Von Juni 2019 bis Juli 2021 arbeitete sie als Pressesprecherin der Regierung von Präsident Wolodymyr Selenskyj.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/kein-grund-zur-panik-1-7911/?utm_campaign=de_40_20241112&utm_medium=email&utm_source=newsletter

R u s s l a n d (Seiten E 95 – E 104)

01) Putins Kurswechsel. Der Kreml antwortet auf westliche Sanktionen mit staatlich gelenkter Kriegswirtschaft – und verschafft sich damit gesellschaftlichen Rückhalt

Von Felix Jaitner

21.11.2024



Hochofen Nummer 3 im Hüttenwerk Alchevsk – Russlands Industrie hat auf Kriegswirtschaft umgestellt.- *picture alliance/dpa/TASS | Alexander Reka*

Seit Beginn des russischen Einmarsches in der Ukraine wird in Deutschland regelmäßig der Zusammenbruch der Wirtschaft vorausgesagt. Die Sanktionen, prophezeite Außenministerin Annalena Baerbock, würden Russland ruinieren. Und tatsächlich gab es in den ersten Kriegsmonaten viele Anzeichen, die diese Annahme stützten: Eine große Zahl westlicher Unternehmen verließ den russischen Markt und der Autoindustrie gingen aufgrund unterbrochener Lieferketten die Teile aus, sodass Fabriken geschlossen oder stillgelegt werden mussten. Die Wirtschaft befand sich im steilen Sinkflug und im Westen währte man sich im Aufwind.

Doch die [russische Wirtschaft hat nicht nur überlebt](#), sie befindet sich sogar auf einem Wachstumspfad. Als Reaktion auf die sanktionsbedingte Wirtschaftskrise und die militärischen Niederlagen in der Ukraine im Sommer 2022 vollzog die russische Regierung einen Strategiewechsel, der als [Militär- oder Kriegskeynesianismus](#) bezeichnet wird. Im Kern beschreibt der Kriegskeynesianismus eine staatlich gelenkte makroökonomische Politik, die darauf abzielt, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch höhere Militärausgaben zu steigern. Seit der Invasion in der Ukraine hat Russland seine Militärausgaben verdreifacht. Allein auf den Verteidigungshaushalt entfallen [40 Prozent der Staatsausgaben](#), verglichen mit 14 bis 16 Prozent vor 2022. Die steigende Industrieproduktion treibt die russische Volkswirtschaft aus der jahrelangen Stagnation. Im Jahr 2023 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 3,6 Prozent, während für dieses Jahr ein Wachstum zwischen 2,5 und 3 Prozent erwartet wird.

Von der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik profitieren in erster Linie Unternehmen des Rüstungssektors, aber auch Zulieferer wie der Maschinenbau oder die Stahlindustrie.

Von der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik profitieren in erster Linie Unternehmen des Rüstungssektors, aber auch Zulieferer wie der Maschinenbau oder die Stahlindustrie. Diese fordern seit Langem eine stärker protektionistische Wirtschaftspolitik, da ihre westliche (und zunehmend chinesische) Konkurrenz die globalen Absatzmärkte dominiert. Darüber hinaus profitieren die Angestellten der produzierenden Sektoren, die zu den großen Verlierern der kapitalistischen Transformation in Russland gehören. Während in den vergangenen 30 Jahren überwiegend soziale Nöte und prekäre Beschäftigungsverhältnisse den Alltag dieser Menschen prägten, hat sich die materielle Lage vieler Menschen seit Kriegsbeginn deutlich verbessert. Im Jahr 2023 [stiegen die Realeinkommen](#) nach Angaben des staatlichen russischen Statistikdienstes Rosstat um 5,8 Prozent. Trotz zum Teil erheblicher regionaler Unterschiede haben sich die Löhne im verarbeitenden Gewerbe mehr als verdreifacht, in einigen Fällen sogar verfünffacht. Während Weber im Dezember 2021 etwa 250 bis 350 US-Dollar erhielten, sind inzwischen Löhne bis zu 1 300 Dollar möglich.

Der Kriegskeynesianismus sollte nicht auf wirtschaftspolitische Maßnahmen in Kriegszeiten reduziert werden. Er ist vielmehr Teil einer [langfristigen politischen Strategie](#), die insbesondere von nationalkonservativen Fraktionen in der russischen Elite vertreten wird und darauf abzielt, die starke Abhängigkeit des Landes vom Rohstoffexport zu verringern und somit den russischen Einfluss auf die sich herausbildende multipolare Weltordnung zu stärken. Seit der Invasion in der Ukraine hat die russische Regierung partiell ihre traditionell monetaristische Finanzpolitik aufgegeben. Die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen, die höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen oder die Ersetzung des Einheitssteuersatzes (*flat tax*) zugunsten eines progressiven Systems wurden von den Wortführern des neoliberalen Lagers, wie der Zentralbankchefin Elvira Nabiullina, stark kritisiert, konnten aber nicht verhindert werden. Stattdessen wurde das nationalkonservative Lager durch die [Ernennung des Verteidigungsministers Andrej Beloussow](#) weiter gestärkt.

Die Veränderungen in der russischen Wirtschaft werden auch im Außenhandel immer deutlicher.

Die Veränderungen in der russischen Wirtschaft werden auch im Außenhandel immer deutlicher. Als Folge der westlichen Sanktionen und der Förderung der Industrie konzentrieren sich viele Unternehmen stärker auf die [BRICS-Länder und den Globalen Süden](#) als noch vor zehn Jahren. Während die USA und die EU auf eine Abkopplung von China drängen, vertiefen Russland und China ihre technologische Zusammenarbeit über den Verteidigungssektor hinaus. Schon vor der russischen Invasion stellte das Carnegie-Institut fest, dass sich [Russland in aller Stille in eine technologische Pax Sinica integriert](#). Auch der Handel mit den Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion EAWU sowie mit Indien, dem Iran und Afrika gewinnt weiter an Bedeutung. Auffällig ist, dass Russland nicht nur Rohstoffe in diese Länder liefert, sondern dass neben der traditionell internationalisierten Rüstungsindustrie auch der agroindustrielle Komplex, der IT-Sektor und der Maschinenbau zunehmend versuchen, neue Märkte zu erschließen.

Die Wirtschaftsbeziehungen zu China verdeutlichen jedoch die Abhängigkeit Russlands im Bereich der Hochtechnologiegüter, die auch für den Handel mit westeuropäischen Ländern, insbesondere Deutschland, typisch war. Während Russland hauptsächlich Rohstoffe (fossile Energie) exportiert, importiert es im Gegenzug Maschinen, Anlagen und Konsumgüter. Ein wichtiger Unterschied besteht jedoch darin, dass China große Mengen an Rüstungsgütern oder Technologie zum Bau von Atomkraftwerken von Russland kauft. Dennoch ist die Abhängigkeit im Hochtechnologie- und Konsumgüterbereich ein wichtiger Grund, warum es auf russischer Seite starke Vorbehalte gegen ein enges Bündnis mit China gibt.

Eine weitere Kehrseite des Kriegskeynesianismus sind die wachsenden regionalen Unterschiede: Während die industrialisierten Regionen in Westrussland und im Ural von der staatlichen Nachfrage nach Rüstungsgütern profitieren, fallen die wirtschaftlich isolierten Regionen im Nordkaukasus und im arktischen Norden weiter zurück. Neben den regionalen vertiefen sich auch die sozialen Ungleichheiten. Im Dienstleistungssektor sind prekäre Beschäftigung und niedrige Löhne besonders weit verbreitet. Die [Streikwelle der Kurierfahrgewerkschaft](#) macht dies deutlich. Zudem steigt die Zahl der Familien, deren Angehörige im Krieg gefallen sind oder die das Land in Folge des Krieges verlassen haben und oft in prekären Verhältnissen im Ausland leben.

Der Kriegskeynesianismus der Regierung hat eine soziale Basis in der Bevölkerung.

Es wird deutlich: Der Kriegskeynesianismus der Regierung hat eine soziale Basis in der Bevölkerung. Die Unternehmensführung und die Angestellten – insbesondere Facharbeiterinnen und Facharbeiter – aus den produzierenden Sektoren unterstützen die Politik, da sie die Interessen dieser Schichten gezielt bedient. Das bedeutet nicht, dass Angestellte den Krieg gegen die Ukraine zwangsläufig befürworten. Aber die deutlichen materiellen Verbesserungen verschaffen der Regierung gerade in den sozialen Schichten Rückhalt, die unter der anhaltenden Wirtschaftskrise und dem Abbau des Sozialstaats – Stichwort Rentenreform – besonders betroffen waren.

Diese Ausgangslage erinnert an die Jahre des Wirtschaftsbooms der ersten beiden Putin-Administrationen von 2000 bis 2008. Doch es gibt wichtige Unterschiede: Getragen von steigenden Rohstoffpreisen basierte das hohe Wirtschaftswachstum damals in erster Linie auf der Ausweitung der Öl- und Gasexporte, eine Konstellation, von der besonders zwei Gruppen profitierten: die Besitzer der Rohstoffkonzerne und die städtischen Mittelschichten, vor allem jene, die im Handel, im Finanz- und Immobiliensektor beschäftigt sind. Als größter Abnehmer von russischen Energierohstoffen hatten diese sozialen Gruppen ein großes Interesse an engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit dem Westen.

Dagegen funktioniert der Kriegskeynesianismus nur unter den Bedingungen einer wirtschaftlichen Entkopplung mit dem Westen und geht mit einer wirtschaftlichen und politischen Ausrichtung Russlands nach Asien einher. Dies schafft ein gefährliches innenpolitisches Gefüge, in dem relevante gesellschaftliche Schichten ein Interesse am Konflikt mit dem Westen (und der Ukraine) oder zumindest an der Fortsetzung des Kriegskeynesianismus haben, da sie materiell oder politisch davon profitieren. Dies erschwert nicht nur eine Friedenslösung für die Ukraine, sondern auch vertrauensbildende Maßnahmen und eine Annäherung zwischen Russland und dem Westen nach einem Ende der Kampfhandlungen.



Felix Jaitner, Berlin

Dr. Felix Jaitner ist Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt auf Entwicklungskonflikten des russischen Machtblocks. Zuletzt erschien von ihm das Buch *Russland: Ende einer Weltmacht. Vom autoritär-bürokratischen Staatssozialismus mit Ressourcenextraktivismus und Kriegswirtschaft in die Zukunft?*

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/putins-kurswechsel-7933/?utm_campaign=de_40_20241121&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Was bedeutet Trumps Wahlsieg für Russland? Moskau macht Fortschritte in der Ukraine. Doch eigentlich gibt es im Kreml wenig Grund zum Optimismus

Von Tatiana Stanovaya

19.11.2024



Was hat Trump vor? -picture alliance/dpa/TASS | Alexander Ryumin

In den letzten Monaten schien dem russischen Präsidenten Wladimir Putin das Glück hold zu sein. Die Unterstützung des Westens für die Ukraine lässt allmählich nach und direkte Verhandlungen mit Russland sind offenbar nicht länger eine abwegige Idee. Zudem setzt sich der Rechtsruck in der westlichen Politik mit Donald Trumps Sieg bei den US-Präsidentenwahlen nahtlos fort. Es hat den Anschein, als stünde Moskau kurz davor zu bekommen, was es will. Das ist jedoch irreführend: Die Lage Russlands ist in Wahrheit sehr viel komplizierter, als sie wirkt. Tatsächlich gibt es im Kreml wenig Grund für Optimismus.

Nach fast drei Jahren Krieg in der Ukraine bestreitet kaum jemand, dass Russland gerade die Oberhand auf dem Kriegsschauplatz hat. Die russischen Truppen kommen immer weiter voran. Sie haben nicht nur mehr Waffen und Soldaten, sondern setzen Kiew auch mit den Angriffen auf die kritische Infrastruktur unter Druck. Die Chancen einer erneuten ukrainischen Gegenoffensive scheinen minimal zu sein. Und in Russland gibt es keinerlei Anzeichen für eine politische Krise. Einfach ausgedrückt: Putin ist am Drücker.

Das Problem für Putin ist, dass keine westliche Führung – einschließlich Trump – einen Plan zur Beendigung des Krieges im Sinn hat, der für den russischen Staatschef annähernd akzeptabel wäre.

Seite E 99 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Viele erwarten, dass Trumps Wahlsieg zu einer Wiederaufnahme der hochrangigen Kontakte zwischen Washington und Moskau führen wird. Zudem glaubt man, dass die USA die Unterstützung für die Ukraine reduzieren werden und dass es zu Uneinigkeit in der NATO kommen wird. All das läuft jedoch nicht zwangsläufig auf einen Sieg für den Kreml hinaus. Das Problem für Putin ist, dass keine westliche Führung – einschließlich Trump – einen Plan zur Beendigung des Krieges im Sinn hat, der für den russischen Staatschef annähernd akzeptabel wäre. Keine der angedachten Lösungen kommen auch nur in die Nähe der russischen Forderungen, dass die NATO die Ukraine niemals aufnehmen wird oder dass in Kiew eine pro-russische Regierung eingesetzt wird.

Auch wenn es mehrere Wege gibt, die Putin einschlagen könnte, um diese Ziele zu verfolgen und zu erreichen, scheint keiner davon wirklich erfolgversprechend. Der erste ist natürlich der militärische Weg. Aber führende Fachleute sind sich einig, dass Russland zwar zuletzt vorrücken konnte, aber nicht genug Soldaten und Ausrüstung hat, um die ukrainischen Städte einzunehmen. Alles, was Russland tun könne, sei die langsame Verschiebung der Front nach Westen, wobei es dabei hohe Verluste mache.

Der zweite Weg wäre die Kapitulation Kiews. Anders gesagt, wäre das die Ablösung von Wolodymyr Selenskij durch einen Regierungschef von fragwürdiger Legitimität, der bereit wäre, Putin das Land auf einem silbernen Tablett zu überreichen. So eine vollständige Kapitulation würde nicht nur einen Waffenstillstand beinhalten, sondern auch die Anerkennung aller russischen Forderungen, darunter die Neutralität der Ukraine, eine drastische Verkleinerung der ukrainischen Armee, eine Verfassungsänderung, um den pro-russischen Gruppen Begünstigungen einzuräumen, und natürlich der Verzicht auf Gebiete.

Moskau versucht, sowohl die Ukrainerinnen und Ukrainer als auch den Westen davon zu überzeugen, Selenskij „abzuservieren“.

In der Tat versucht Moskau, sowohl die Ukrainerinnen und Ukrainer als auch den Westen davon zu überzeugen, Selenskij „abzuservieren“ und einen gefügigeren Regierungschef ins Amt zu hieven. Aber trotz all der Probleme, vor denen die Regierung in Kiew steht, weist nichts darauf hin, dass es eine spürbare Bewegung in diese Richtung geben würde. Und die Wahrscheinlichkeit, dass die politischen Verhältnisse in Kiew sich dahingehend ändern, dass die russischen Forderungen ernsthaft in Erwägung gezogen werden, scheint sehr gering.

Der dritte Weg sind größere politische Veränderungen im Westen, die dazu führen, dass die westlichen Regierungen die Ukraine dazu drängen, eine für Moskau akzeptable Regierung zu bilden. Viele glauben, dass dies das Szenario ist, auf das der Kreml jetzt setzt. Hört man jedoch zu, wie sich die westlichen Regierungen – einschließlich Trump – gerade zur Ukraine äußern, wird deutlich, dass niemand einen Regierungswechsel in Kiew auch nur erwähnt. Selbst diejenigen, die für Verhandlungen sind, wollen weder eine Kapitulation der Ukraine noch eine Marionettenregierung in Kiew.

Der Kreml bereitet die russische Bevölkerung schon seit einiger Zeit auf einen letzten Vorstoß in der Ukraine vor, mit dem ein strategischer Durchbruch gelingen soll, der zu Verhandlungen über eine Kapitulation der Ukraine führt. Sollte dies nicht bald passieren, ist Russland zu einer weiteren Mobilisierung mit allen damit einhergehenden politischen Risiken gezwungen, um eine größere Eskalation auf dem Kriegsschauplatz zu suchen. Die russischen Behörden haben immer wieder die Rekrutierungsprämien erhöht, um neue Soldaten zu verpflichten, aber der Mangel an Rekruten wird immer größer. Bei den erheblichen Verlusten an Männern und Ausrüstung wird es für Russland schon schwer, das derzeitige Vormarschtempo in der Ukraine aufrechtzuerhalten.

Seite E 100 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Die Wahl von Trump bringt den Kreml in eine schwierige Lage.

All das bedeutet, dass die Wahl von Trump den Kreml in eine schwierige Lage bringt. Wie Putins Sprecher Dmitri Peskow bereits äußerte, werden die russischen Verantwortlichen genau beobachten, was der designierte Präsident macht. Sie werden Trumps erste Schritte abwarten, um zu sehen, ob das Gerede von der „günstigen Gelegenheit“ zu etwas führt oder nicht.

Theoretisch könnte dieses Abwarten bedeuten, dass Russland auf eine weitere Eskalation verzichtet. Der Kreml könnte sogar den Druck auf Kiew verringern, um ein Zeichen zu setzen, dass er für neue Ideen offen ist. Aber es gibt auch viele in der russischen Politik, die es für Zeitverschwendung halten, auf Trumps Aktionen zu warten. Sie sind der Meinung, dass Russland seinen derzeitigen Vorteil im Kriegsgeschehen nicht für leere Versprechungen über Gespräche mit Washington aufs Spiel setzen sollte. Denn ihrer Logik zufolge gehen im politischen Establishment der USA sowieso immer die Hardliner als Sieger hervor.

Im Endeffekt hängt Russlands Siegesstrategie – genau wie die der Ukraine – von Prozessen ab, über die es keine Kontrolle hat. Von daher schwankt Russland zwischen der Möglichkeit eines Waffenstillstands und weiterer militärischer Eskalation hin und her. Jeder falsche Schritt Moskaus geht mit enormen Risiken einher, etwa zu einer neuen Mobilisierung gezwungen zu sein, zu radikaleren Maßnahmen greifen zu müssen, um die Kontrolle im Inland zu bewahren, oder gar die direkte Konfrontation mit NATO-Soldaten. Trotz der aktuellen Fassungslosigkeit über Trumps Wahlsieg hat der Westen immer noch eine maßgebliche Rolle bei der Entscheidung über die Zukunft der Ukraine zu spielen.

Dieser Artikel erschien zuerst in [Carnegie Politika](#).

Aus dem Englischen von Ina Goertz



Tatiana Stanovaya, Berlin

Tatiana Stanovaya ist *Senior Fellow* am *Carnegie Russia Eurasia Center*. Sie ist außerdem Gründerin des politischen Analyseunternehmens *R.Politik. Reality of Russian Politics* und Mitglied der französisch-russischen Handelskammer.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/was-bedeutet-trumps-wahlsieg-fuer-russland-7925/?utm_campaign=de_40_20241119&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Gebären fürs Vaterland. Der Kreml sucht fieberhaft nach Wegen, die Geburtenrate zu steigern und appelliert an den Nationalstolz junger Frauen. Verfängt die Propaganda?

Von Daria Boll-Palievskaya

Europa 14.11.2024



Kanonenfutter für künftige Kriege? Russische Kinder werden schon früh ans Militär herangeführt.- *picture alliance/dpa/Tass | Yevgeny Messman*

Die Lösung klingt so einfach: „Man muss einfach so viele Kinder wie möglich gebären und sie so gut wie möglich erziehen. Den Rest erledigen sie selbst“, so formulierte der Gouverneur der Region Kurgan, Wadim Schumkow, in seinem Telegram-Kanal die Antwort für das demografische Problem Russlands. Die Demografie ist tatsächlich eine der größten Herausforderungen, vor denen Russland steht. In diesem Jahr liegt die Geburtenrate auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren, während die Sterberate gleichzeitig ansteigt. Der Bevölkerungsrückgang hat sich im ersten Halbjahr 2024 laut Schätzungen der russischen Statistikbehörde Rosstat im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um das 1,8-Fache verstärkt. Auch die Geburtenrate sinkt weiter: Im ersten Halbjahr 2024 wurden 2,7 Prozent weniger Kinder geboren als im gleichen Zeitraum des Jahres 2023. Angesichts dieser alarmierenden Entwicklungen reagiert die Politik jedoch nicht mit ausgewogenen demografischen Maßnahmen, sondern mit reiner Propaganda. Der russische Gesetzgeber sucht fieberhaft nach Wegen, Frauen zu mehr Geburten zu bewegen – und zwar eher mit Peitsche als mit Zuckerbrot.

Bereits 2022 wurde in die Staatsduma ein Gesetzentwurf eingebracht, der die „Childfree-Propaganda“, also die „Propaganda der Kinderlosigkeit“, verbieten sollte. Der Entwurf wurde damals abgelehnt, doch am 12. November 2024 verabschiedete das russische Parlament das Gesetz: Das Verbot der „Propaganda der Kinderlosigkeit“ sei für die nationale Sicherheit erforderlich. Laut Elvira Aitkulowa, Mitinitiatorin des Gesetzes und Abgeordnete der Putin-Partei *Einiges Russland*, verbreiten Anhänger der „Kinderlosigkeits“-Ideologie „Ideen eines freiwilligen Verzichts auf Kinder“ und förderten so eine Entvölkerung. Das Gesetz soll traditionelle Familienwerte stärken und gegen die Verbreitung von Informationen im Internet, in Medien, Filmen und der Werbung vorgehen, die den Verzicht auf Kinder propagieren. Für Verstöße drohen empfindliche Geldstrafen: bis zu umgerechnet etwa 4 000 Euro für Einzelpersonen und bis zu 50 000 Euro für Unternehmen.

Das Gesetz wurde noch nicht einmal in erster Lesung verabschiedet, hat aber bereits praktische Folgen gezeigt. Die Administratoren haben eines der größten Internetforen „Das Glück der Mutterschaft“ geschlossen. In diesem Forum tauschten sich mehrere zehntausend Frauen über Probleme rund um das Muttersein aus. Man könnte sich fragen, was Frauen *mit* Kindern mit der Ideologie der Kinderlosigkeit zu tun haben. Dies war ein Akt der Selbstzensur. Doch die Ängste der Frauen sind sehr nachvollziehbar. Was als Propaganda für Kinderlosigkeit gelten wird, bestimmen die Machthaber. Einige Experten äußerten bereits die Befürchtung, dass darunter auch Werbung für Verhütungsmittel und Kondome fallen könnte. Wadim Schumkow verglich Anhänger der „Childfree“-Bewegung gar mit Satanisten, die einen „offenen Konflikt mit Gott“ führen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Mutterschaft und Kindheit der Russisch-Orthodoxen Kirche, Priester Fjodor Lukjanow, bezeichnete das Verbot als eine notwendige „Maßnahme zum Selbstschutz der Gesellschaft“ gegen schädlichen Einfluss von außen. Seiner Ansicht nach sei die Ideologie dieser Bewegung von „westlichen Strategen“ entwickelt worden.

Allerdings scheinen die russischen Parlamentarier den Kampf einer nicht existierenden Gefahr erklärt zu haben. Obwohl sie die „Kinderlosigkeits“-Bewegung für eine nationale Bedrohung halten, wollen in Russland laut einer aktuellen Studie lediglich 2,4 Prozent der Frauen und 3,5 Prozent der Männer keine Kinder. Diese Zahlen stammen aus einer 2022 von Rosstat durchgeführten Umfrage zu den reproduktiven Plänen der Bevölkerung und sind seit 2012 nur leicht gestiegen.

Fast die Hälfte der Russen wünscht sich sogar zwei Kinder, doch häufig mangelt es an finanziellen Mitteln, um diesen Wunsch zu erfüllen.

Die Annahme, es gebe ein weit verbreitetes Streben nach Kinderlosigkeit, entbehrt also jeder Grundlage. Fast die Hälfte der Russen, 45 Prozent, wünscht sich sogar zwei Kinder, doch häufig mangelt es an finanziellen Mitteln, um diesen Wunsch zu erfüllen. Wie eine Studie der *Higher School of Economics* (HSE) zeigt, liegt das Einkommensdefizit von Familien mit Kindern um das 4,3-Fache über der staatlichen Unterstützung. Familien mit Kindern sind die am stärksten gefährdete Gruppe im Hinblick auf das Armutsrisiko, heißt es in der Studie.

Es ist nicht so, dass die russische Regierung keine Maßnahmen zur Verbesserung der Demografie ergriffen hätte. Seit 2007 gibt es das sogenannte „Mutterschaftskapital“ – eine einmalige Zahlung bei der Geburt eines Kindes, die für den Erwerb von Immobilien oder die Ausbildung der Kinder genutzt werden kann. Für das Jahr 2025 sind jedoch nur 536 Milliarden Rubel (umgerechnet circa 5,3 Milliarden Euro) für das Mutterschaftskapital vorgesehen, was lediglich 0,27 Prozent des BIP entspricht. Auch die Bedingungen für die vergünstigte Familienhypothek, ein weiterer zentraler Mechanismus des Staates zur Unterstützung von Familien, wurden zum 1. Juli 2024 verschärft. Familien können die Vorzugsrate von sechs Prozent nur noch dann in Anspruch nehmen, wenn sie mindestens ein Kind unter sechs Jahren haben – unter den alten Bedingungen konnte das Programm von Familien mit einem Kind bis 18 Jahre genutzt werden.

Langfristig angelegte demografische Maßnahmen sind also teuer. Verbote, die traditionelle Werte stärken sollen, verursachen hingegen kaum Kosten und lassen sich in einem autokratischen System leicht umsetzen. Kein Wunder also, dass die Liste solcher Einschränkungen stetig wächst. So wurde es Mitte 2023 privaten medizinischen Kliniken in einigen Regionen Russlands untersagt, Abtreibungen durchzuführen. Im Juni empfahl das

Gesundheitskomitee der Staatsduma dem Gesundheitsministerium, die Abtreibungsfrist von zwölf auf neun Wochen zu verkürzen. Zudem gibt es Vorschläge, eine Steuer auf Kinderlosigkeit einzuführen – wie einst in der Sowjetunion – und die Einnahmen für die Modernisierung russischer Waisenhäuser zu nutzen. Diese Maßnahmen fügen sich in die Reihe von Aktionen russischer Gesetzgeber gegen vermeintliche Bedrohungen ein. So verbot der Oberste Gerichtshof Russlands im November 2023 die Tätigkeit der – faktisch nicht existierenden – „internationalen LGBT-Bewegung“, die als extremistisch eingestuft wurde. Als nächstes soll die Jugend-Subkultur der [Quadrobics](#) verboten werden, deren überschaubare Anhängerschaft sich mit Tieren identifiziert, Masken trägt und Tierverhalten nachahmt.

Das Verboten vermeintlich „destruktiver“ Subkulturen zeigt die Orientierungslosigkeit des Kremls bei der Lösung echter Probleme wie der Demografie. Um sicherzustellen, dass russische Jugendliche nicht von westlichen Einflüssen verführt werden, sondern frühzeitig an die Familienplanung denken, wurde ein neues Schulfach namens „Familienkunde“ eingeführt. Ziel des Faches ist es, bei den Schülern pro-familiäre Werte und Vorstellungen über Ehe, Kinderreichtum und Keuschheit zu verankern, um die demografischen Probleme des Landes zu lösen, wie es im Fachprogramm heißt.

Putin äußerte auf dem Östlichen Wirtschaftsforum im September, dass es in Russland wieder in Mode kommen solle, viele Kinder zu haben, wie früher, als russische Familien sieben, neun oder zehn Kinder hatten. Am selben Tag forderte die Duma-Abgeordnete Zhanna Ryabtsewa die Russinnen auf: „Gebären, gebären und nochmals gebären“. In der Region Tscheljabinsk erhalten Studentinnen unter 24 Jahren deshalb auf Initiative des Gouverneurs eine Million Rubel für die Geburt eines Kindes. All diese Appelle, Verbote, Strafen und Erziehungsmaßnahmen scheinen jedoch kaum Einfluss auf das Geburtenwachstum in Russland zu haben. Bereits 2023 räumte Putins Sprecher Dmitri Peskow ein, dass die Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate nicht das gewünschte Ergebnis gebracht hätten. Laut Prognosen von Rosstat wird die Anzahl der Geburten von 2023 bis 2027 von jährlich 1,244 Millionen auf 1,140 Millionen sinken. Nach Ansicht des unabhängigen Demografen Alexej Rakscha wären zur Steigerung der Geburtenrate in Russland jährlich mehr als sechs Billionen Rubel (circa 60 Milliarden Euro) zur Armutsbekämpfung nötig. „Im Idealfall sollte für jedes Kind eine bedingungslose Zahlung in Höhe des Existenzminimums bis zur Volljährigkeit oder zum Universitätsabschluss gewährt werden“, sagte er der unabhängigen Zeitschrift *Serena*.

Putin bezeichnet den „Schutz des Volkes, die Förderung von Mutterschaft und Kindheit sowie die Erhöhung der Lebenserwartung“ als die grundlegende Leitlinie der staatlichen Politik. Die Kampagne zur Förderung von Familienwerten und die Aufforderung an Frauen, mehr und früher Kinder zu bekommen, haben jedoch kaum etwas mit dem „Schutz des Volkes“ zu tun und wirken zynisch in einem Land, das einen Krieg gegen seinen Nachbarn führt. Die Lippenbekenntnisse des Kremls stehen in scharfem Widerspruch zur Realität, in der das genetische Erbe und wertvollste Kapital Russlands – seine jungen Männer – Tag für Tag auf den Schlachtfeldern der Ukraine sterben. Genaue Zahlen sind schwierig zu finden. Bereits ein Jahr nach Kriegsbeginn lag nach Schätzungen des Centers for Strategic and International Studies die Anzahl der Getöteten und Verwundeten auf Seiten der Russischen Föderation bei etwa 200 000 bis 250 000. Eine gemeinsame Studie von BBC und *Mediasona* von diesem Oktober kommt auf 72 000 getötete russische Soldaten. Die NATO schätzt, dass sich allein dieses Jahr die Zahl der verwundeten oder getöteten russischen Soldaten auf 600 000 verdoppelt hat.

Kinder für das Land zu gebären, ohne zu fragen, wie viel Geld es dafür gibt – das sei wahre Heimatliebe.

Seite E 104 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Den Sinn und Zweck der regelrechten „moralischen Panik über die Geburtenrate“, wie Alexej Rakscha es nennt, die die russischen Behörden in den letzten Monaten entfacht haben, erklärte Michail Minenkow, Bürgermeister von Newinomyssk, in einer Radiosendung: „Du bist deinem Vaterland etwas schuldig, aber das Vaterland schuldet dir nichts.“ Kinder für das Land zu gebären, ohne zu fragen, wie viel Geld es dafür gibt – das sei wahre Heimatliebe.

In der russischen Sprache gibt es eine geflügelte Redewendung: „Die Weiber werden schon neue gebären“, womit die verächtliche Haltung der (militärischen) Befehlshaber gegenüber dem Wert des menschlichen Lebens gemeint ist. Mit der einen Hand nimmt der Kreml junge Männer und schickt sie ins Kriegsgetümmel, während er mit der anderen Hand vehement an die Gesellschaft appelliert, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Die Appelle, für das Vaterland zu gebären, erscheinen wie ein strategischer Plan – um sicherzustellen, dass es auch in 20 Jahren genug „Material“ gibt, das an die Front geschickt werden kann. In einer Gesellschaft, in der Leben geopfert werden, wird das Gebären von Kindern zur Pflicht und die Zukunft der nächsten Generation zur potenziellen Ressource für den Machterhalt des Kremls.



Daria Boll-Palievskaya, Düsseldorf

Daria Boll-Palievskaya ist freie Journalistin und Autorin. Sie ist Redakteurin der unabhängigen Online-Zeitung *rusland.NEWS* und schreibt u.a. für *Zeit Online* und den MDR.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/gebaeren-fuers-vaterland-7896/?utm_campaign=de_40_20241114&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Keine Berichte

Italien (Seiten E 107 – E 109)

01) Melonis Maskerade. Im Ausland moderat, zu Hause Hardlinerin: Italiens Regierungschefin treibt gekonnt ihre rechte Agenda voran – ohne die Mehrheit im Land zu verprellen

Von Anna Momigliano

21.11.2024



picture alliance/Zumapress/Mauro ScrobognaGeschickter Balanceakt: Giorgia Meloni weiß genau, was sie tut.

Als die italienische Regierung vor kurzem ein Gesetz verabschiedete, das Leihmutterschaften auch im Ausland mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen belegte, gab es einigen Aufruhr. Doch der Protest hielt nicht lange an. Die Maßnahme wurde natürlich von einigen progressiven Prominenten kritisiert: „Kann mir jemand erklären, warum das ein Verbrechen ist?“, fragte die Komikerin Luciana Littizzetto in der beliebten abendlichen Talkshow *Che Tempo Che Fa* („Wie ist das Wetter?“). Elly Schlein, die Vorsitzende der Demokratischen Partei, die sich in der linken Mitte verortet, nannte das Gesetz „scheußliche Propaganda auf dem Rücken von Kindern“. Italiens größte LGBTQ+-Organisation *Arcigay* bezeichnete es als „schwerwiegende Verweigerung individueller Rechte“ und kündigte Proteste an.

Doch am Tag nach dem Parlamentsbeschluss waren die Titelseiten der Zeitungen stattdessen voll mit Artikeln über die Haushaltskürzungen. Das Thema verschwand daraufhin weitgehend aus den Nachrichten und wurde nur noch in kleinen, progressiven Kreisen auf sozialen Medien diskutiert. Dies ist ein weiteres Beispiel für ein mittlerweile vertrautes Muster: Ein Beschluss der Regierung unter Italiens rechter Ministerpräsidentin Giorgia Meloni sorgt bei den Linken für Empörung, findet auch in den Medien einigen Widerhall, entfacht jedoch keine breite gesellschaftliche Debatte. Das Gesetz wird verabschiedet, Melonis Zustimmungswerte bleiben hoch, und Italien rückt mit kaum mehr als einem Schulterzucken nach rechts.

Es ist bekannt, dass Meloni, deren politische Laufbahn im postfaschistischen *Movimento Sociale Italiano* begann, sich als Ministerpräsidentin eine erfolgreiche Doppelidentität aufgebaut hat: Im Ausland ist sie moderat, zuhause Hardlinerin. So demonstrierte ihre Regierung angesichts der russischen Invasion auf internationaler Bühne stets Unterstützung für die Ukraine und die NATO, obwohl Meloni selbst in der Vergangenheit durchaus lobende Worte für Wladimir Putin gefunden hatte.

Auch daheim musste Meloni Balanceakte vollführen, um ihre rechtskonservative Agenda durchzusetzen, ohne die Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen. Bis jetzt ist ihr das gelungen: In Italien, einem Land mit notorisch kurzlebigen Regierungen und Zustimmungsraten, wurde die Ministerpräsidentin zu einem ungewöhnlichen Stabilitätsanker. Die Faktencheck-Website *Pagella Politica* zeigte in einer vergleichenden Analyse von Meinungsumfragen seit 2008, dass die Zustimmungsraten ihrer Regierung zwar nicht überragend, aber seit ihrer Amtseinführung konstant geblieben sind – ein scharfer Kontrast zu den meisten Vorgängerkabinetten. Ihre Regierung zählt damit zwei Jahre nach der Wahl bereits zu den langlebigsten in der italienischen Geschichte.

Ihre Regierung zählt damit zwei Jahre nach der Wahl bereits zu den langlebigsten in der italienischen Geschichte.

Diese Beständigkeit verdankt sie nicht bloßem Glück oder Zufall. Meloni gelang es, sich den Rückhalt ihrer Fans zu sichern und zugleich die halbherzige Unterstützung einer breiteren, moderateren Wählerschaft zu erlangen, indem sie Maßnahmen erließ und Reden hielt, die rechts genug waren, um Erstere zufriedenzustellen und Letztere nicht zu verschrecken.

Dazu gehört in Italien auch das Verbot der Leihmutterschaft. In den USA sind sowohl uneigennützige als auch kommerzielle Formen der Leihmutterschaft weit verbreitet und genießen breite Unterstützung. In Italien hingegen galt Leihmutterschaft schon immer als Verbrechen. Das neue Gesetz geht nun noch einen Schritt weiter und stellt sie auch bei Inanspruchnahme im Ausland unter Strafe. Kommerzielle Leihmutterschaft, bei der die Leihmutter für das Austragen der Schwangerschaft bezahlt wird, ist in der gesamten EU verboten, und in Italien sprechen sich etwa 76 Prozent der Befragten dagegen aus. Manche italienische Linke betonen, Leihmutterschaft sei Ausbeutung, vor allem gegen Bezahlung, und Prominente, die sich dafür aussprechen, wägen ihre Worte sorgfältig ab. Auch Littizzetto äußerte sich nicht zustimmend: „Ich kenne bei einem solchen komplexen, riesigen, schwierigen Thema keine Gewissheiten“, sagte sie bei ihrem Auftritt in *Che Tempo Che Fa*.

Ähnlich wie mit dem Gesetz zur Leihmutterschaft plant Meloni nun, ein neues Sicherheitspaket zu verabschieden, das die Rechte von Demonstrierenden erheblich einschränken würde. Zudem hat sie ein Abkommen mit Albanien geschlossen, um Asylsuchende während der Prüfung ihrer Anträge dort unterzubringen – auch wenn ein Gerichtsbeschluss diesen Plan vorläufig gestoppt hat. Darüber hinaus hält sie den staatlichen Rundfunksender RAI fest unter Kontrolle.

All diese Maßnahmen sind zwar auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu verorten, aber nicht völlig außerhalb des italienischen Mainstreams. Nach Umfragen wünscht sich die überwiegende Mehrheit der Italienerinnen und Italiener eine stärkere Polizeipräsenz. Ein Meinungsbild von 2023 ergab, dass sich 64 Prozent der Bevölkerung für schärfere Grenzkontrollen aussprechen und 45 Prozent der Aussage, Einwanderer seien eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, voll und ganz zustimmen. Zudem sind die Italienerinnen und Italiener seit den Zeiten Silvio Berlusconi an politisch streng kontrollierte Medien gewöhnt.

Seite E 109 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 854 vom 05.12.2024

Giorgia Meloni hat es allerdings auch sorgfältig vermieden, gesellschaftliche Themen anzugehen, die zu Spaltungen führen könnten, weil sie entweder zu ideologisch aufgeladen sind oder den Eindruck von Selbstüberschätzung erwecken könnten. So beschränkte sie sich beispielsweise bei der Abtreibungsfrage, die rund 80 Prozent der Italienerinnen und Italiener unterstützen, auf rein symbolische Aussagen.

Indem sie solche Fallstricke geschickt umging, konnte Meloni den Eindruck von Arroganz und Überheblichkeit vermeiden – eine Haltung, die schon so manchen italienischen Politiker zu Fall brachte. Ein Beispiel ist Matteo Renzi, Ministerpräsident von 2014 bis 2016, der seinen Verbleib im Amt an ein ehrgeiziges Verfassungsreferendum knüpfte, das der Exekutive mehr Macht verleihen sollte. Nach einer krachenden Niederlage musste er jedoch zurücktreten. Oder Matteo Salvini, Innenminister von 2018 bis 2019 in einer Koalition, in der er als beliebtester Politiker – wenn nicht sogar als inoffizieller Chef – galt. Salvini drängte auf vorgezogene Neuwahlen, scheiterte jedoch spektakulär und verlor an Einfluss, bevor er als Melonis Stellvertreter wieder auf der politischen Bühne erschien. Zweifellos wird auch Giorgia Meloni eines Tages zu weit gehen. Doch derzeit scheint sie genau zu wissen, was sie tut.

© *The New York Times*

Aus dem Englischen von Sabine Jainski



Anna Momigliano, Mailand

Anna Momigliano ist eine italienische Journalistin und Redakteurin des Magazins *Studio*. Sie schreibt unter anderem für die führende italienische Zeitung *Il Corriere della Sera*

Keine Berichte